**Geschichte Österreichs seit 1815**

**1. schriftlicher Prüfungstermin: Do., 28.1. 2015, 13.15h – 14.45h; HS 50**

**Pflichtlektüre für Prüfung:**

**im Internet abrufbar** Demokratiezentrum Wien [www.demokratiezentrum.org](http://www.demokratiezentrum.org/)

Unter link Wissen auf link Wissensstationen gehen

Wissensstation Heim.at; unter Artikel: Ernst Bruckmüller, Die Entwicklung des Österreichbewusstseins

Wissensstation Opfermythos; unter Artikel: Heidemarie Uhl, Das „erste“ Opfer. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik

[Irene Bandhauer-Schöffmann, 1938 – Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und NS-Herrschaft](http://wirtges.univie.ac.at/Wiso/Eigner/Banfhauer-Schoeffmann.pdf), in: Scheutz/Strohmayer (Hg.), Von Lier nach Brüssel Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck u.a. 2010, 273-303.

**Empfohlene Literatur zur Vertiefung (in Auswahl):**

Gesamtdarstellungen**:**

Ernst Bruckmüller, Sozialgeschichte Österreichs. Wien 2001, 2. Auflage.

Felix Butschek, Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart. Wien-Köln-Weimar 2011

Peter Eigner/Andrea Helige (Hg.), Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Wien 1999.

David F. Good, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750 – 1914. Wien u.a. 1986.

Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien 1994, insb. S. 23-181.

Hannes Leidinger/Verena Moritz: Die Republik Österreich 1918/2008. Überblick, Zwischenbilanz, Neubewertung. Wien 2008.

Helmut Rumpler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatszerfall in der Habsburgermonarchie. Wien 1997.

Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien 1995.

Roman Sandgruber, Das 20. Jahrhundert. Geschichte Österreichs. Wien 2003.

Martin Scheutz/Arno Strohmeyer (Hg.), Von Lier nach Brüssel: Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck u.a. 2010

Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. München 2002

Nützliche Reihenwerke, Handbücher:

Die Habsburgermonarchie 1848 – 1918. Wien 1973ff (9 Bände, u. a. zur wirtschaftlichen Entwicklung und in 2 Teilbänden zu sozialen Strukturen)

Reinhard Sieder u.a., Österreihc 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur. Wien 1995.

Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Bd. 1: Erste Republik 1919-1933, Wien 1995; Bd. 2: Die Zweite Republik. Wien 1997.

Emmerich Tálos u.a. (Hg.), Austrofaschismus. Politik, Ökonomie, Kultur 1933 – 1938. Wien u.a. 2012.

Emmerich Tálos u.a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien 2000.

**Auswahl möglicher Prüfungsfragen:**

Welche Zäsuren (politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich) lassen sich in der Geschichte Österreichs im 19. und 20. Jahrhundert ausmachen?

Charakterisieren sie Österreich nach 1945!

Wieso kann Österreich nach 1945 als Konsens- bzw. Konkordanzdemokratie bezeichnet werden?

Was versteht man unter Proporz?

Vor welchen großen - wirtschaftlichen und gesellschaftlichen - Herausforderungen steht Österreich zu Beginn des neuen Jahrtausends?

Welche Maßnahmen ermöglichten den raschen Wiederaufbau Österreichs nach 1945 und das österreichische „Wirtschaftswunder“?

Österreichs Verstaatlichte Industrie

Beschreiben Sie die politische, wirtschaftliche und soziale Ausgangssituation Österreichs um 1918!

Das Jahr 1918 ist ein Jahr mehrfacher Zäsuren (in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft)! Beschreiben sie diese!

Worin bestanden die Hauptprobleme Österreichs in der Zwischenkriegszeit?

Die industrielle Entwicklung Österreichs im Längsschnitt!

Wie verlief die Industrialisierung Österreichs?

Die enge Verflechtung von Banken, Industrie und Staat – wo und wann macht sie sich bemerkbar?

Die Kreisky-Ära: Wirtschaftspolitisches Konzept - Wieso bezeichnet man diese Periode als eine der Modernisierung? Was könnte man kritisieren?

Was versteht man unter dem Österreichischen Struktur-Performance-Paradoxon?

Welche Erklärungsmodelle gibt es für die Entwicklung des österreichischen Bruttoinlandsproduktes bzw. der Wirtschaftswachstumsraten?

Charakterisieren Sie die österreichische Wirtschaftsentwicklung im 20. Jahrhundert! (Wirtschaftswachstum, Boom- und Rezessionsphasen, nationale/weltwirtschaftliche Hauptfaktoren der Entwicklung)

Nennen sie mögliche Gründe und Ursachen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Performance Österreichs in der Ersten und Zweiten Republik!

Inwiefern stehen „Opferthese“, Vergangenheitsbewältigung und Nationsbewusstsein in einem Zusammenhang?

Woran zerbrach die Habsburgermonarchie?

Wie wirkte sich der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie auf Österreichs Wirtschaft nach 1918 aus?

Mit welchen sozialen/wirtschaftlichen Problemen war Österreich nach 1918 konfrontiert?

Die wirtschaftliche Ausgangssituation Österreichs 1918

Welche unmittelbaren bzw. langfristigen Auswirkungen hatte die nationalsozialistische Herrschaft auf Österreichs Wirtschaft?

Welche Periode/Jahrzehnte kann als Modernisierungsphase Österreichs ausgemacht werden? An welchen Kennziffern könnte dies festgemacht werden?

Die österreichische Sozialpartnerschaft – Entwicklung und Auswirkungen!

Welche Phasen sehen Sie als wichtig für die Ausbildung des österreichischen Sozialstaates an? Viele sprechen heute von einer Krise des Sozialstaats, warum?

Ab wann spricht man von der „Neuen Armut“? Was ist damit gemeint?

Nennen sie mögliche Gründe und Ursachen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Performance Österreichs in der Ersten und Zweiten Republik!

Wieso bezeichnet man die Geschichte der Ersten Republik oft als Misserfolgsgeschichte, jene der Zweiten Republik als Erfolgsgeschichte?

Die Kreisky-Ära: Wieso bezeichnet man diese Periode als eine der Modernisierung? Was könnte man kritisieren?

Wann tritt Österreich in das Konsumzeitalter ein? Woran kann dies gemessen werden?

Die österreichische Sozialpartnerschaft – Entwicklung und Auswirkungen!

Was versteht man unter dem Österreichischen Struktur-Performance-Paradoxon?

Bevölkerungsentwicklung und -struktur Österreichs: Merkmale, Charakteristika

Worin besteht die Agrarrevolution Österreichs nach 1945?

Wann setzte nicht nur in Österreich die wirtschafts- und sozialpolitische Wende ein (Ende des Keynesianismus)? Wie äußert(e) sie sich?

Wie entwickelte sich die österreichische Parteienlandschaft nach 1945?

**Vorlesungsmaterialien von Peter Eigner**

Stränge

Vielvölkerstaat wie halte ich unterschiedliche Volksgruppen, Ethnien, Religionen zusammen? Gegen Nationalstaatenentwicklung mit einheitlichem Territorium

Durchaus auch im größeren weltgeschichtlichen Sinn (Sowjetunion, Jugoslawien)

Wichtig, weil große Gruppen Magyaren und Tschechen mit sehr ungleicher Behandlung, dazu Kroaten, von Ungarn unterdrückt, Polen und Ruthenen, Slowenen, Serben – Slawen generell - bis 1859 bzw. 1866 große Bedeutung Italiens

Politischer Wandel Wandel in Verfassung und Wahlrecht, Tendenzen der Demokratisierung gegen Zensuswahlrecht Entstehung von Massenparteien

Wirtschaftlicher Wandel 19. Jh. ZA der Industrialisierung, wie positioniert sich Habsburgermonarchie > Rückständigkeit, Verzögerung gleichzeitig im Vormärz wirtschaftliche Dynamik trotz politischer Reaktion

Gesellschaftlicher Wandel

Arbeiterschaft – Bürgertum (Groß- und Kleinbürgertum) Aristokratie weiterhin bestimmend oder im Absteigen begriffen

Hochkultur und Volkskultur – Spurensuche nach nationaler Kultur - wesentlicher Punkt Sprache und Literatur

Was unterstützt, was verlangsamt sozioökonomischen Wandel?

Starke lebensweltliche Veränderungen im 19. Jahrhundert Brüche, oft mit Ortswechsel verbunden, mit Sprachwechsel, mit Milieuwechsel – Landflucht böhm. Dienstmädchen vom Lande kommend, viele aus ldw. Gebieten in Städten als Industriearbeiter, Taglöhner, etc.

Sehr unterschiedlicher Bezugsrahmen 19., 20. Jh. macht Vergleich schwierig – in einz. Bereichen drängt sich Vergleich aber geradezu auf: Zuwanderung um 1900 und ab 1985/90 Schaffung von Feindbildern, verstärkt noch dazu durch Zeiten des Umbruchs, des raschen Wandels

Wenn Modernisierung(sprozesse) als ein wesentlicher Strang von mir eingeführt wurde – und Modernisierung im pol. oder gesellschaftl. Bereich scheint unumstritten –, wird sich zugleich zeigen, dass Modernisierung ein ambivalenter Prozess sein kann

Wohlstandsgesellschaft und neue Armut

Eines der reichsten Länder der Welt und zugleich ein Siebtel der Bevölkerung armutsgefährdet

Sozialstaat und -leistungen sichern für große Mehrheit der Bevölkerung sicheres Auskommen

Als Anfangspunkt 1815 Wiener Kongress, aber auch hier Vorgeschichte nötig, Wiener Kongress Abschluss der Napoleonischen Zeit 1792 – 1814/15 (Napoleon in wechselnden Funktionen, übernahm durch Staatsstreich 1799 die Macht, 1804 Kaiser von Frankreich)

Von Kriegserklärung Frankreichs an Österreich und Preußen und erstem Koalitionskrieg 1792-97 bis zum Wiener Kongress 1814/15 bzw. zum endgültigen Sieg über Napoleon (Waterloo im Juni 1815) – im Kontext dieser Kriege löst sich das Hl. Röm. Reich auf – fortschreitende Territorialisierung erster Schritt zur Bildung moderner Flächenstaaten

Zweiter Faktor Frz. Revolution: oft ist von langem 19. Jh. die Rede, man lässt es 1789 beginnen, erstaunlich geringe Auswirkungen der Frz. Revolution auf Habsburgerreich

1790-92 Regierungszeit Leopolds II vor Hintergrund antiöst. Oppositionsbewegungen in Ungarn, Galizien, den südlichen Niederlanden, v. a. in Ungarn Revolution > 1791 Ausgleich

1792 Franz I einstimmig zum röm.-dt. Kaiser gewählt, besteigt Thron 24-jährig, bis 1835

lebte Untertanen Ideal des bürgerlichen Lebens vor, strukturkonservativ, Regierungssystem bürokratische Aristokratie oder aristokratischer Bürokratismus

Es regieren Kanzler der Hofstellen und Minister

1792 erster Krieg mit Frankreich

Jakobiner gegen Krieg, Wende zum Polizeistaat (1793 Polizeihofstelle eingerichtet), ab 1795 Vollstreckung zahlreicher Todesurteile, v.a. in Ungarn, verstärkte Zensur

1797 Friede von Campoformido für Anerkennung der Frz. Republik, Abtretung Belgiens und der Lombardei, dafür erhielt Österreich Venedig, Teile des Veneto, Istrien, venez. Dalmatien; für Österreich besiegelte Verzichtfriede das vorläufige Ende seiner europ. Großmachtstellung, letztlich strebte Frankreich die volle Beherrschung Italiens an und sah Machtteilung mit Österreich nur als Provisorium

1799-1801 Wiederaufnahme krieg. Auseinandersetzungen

Friede von Lunéville nach Herzog von Modena musste Großherzog der Toskana Land verlassen, dafür fielen Bistümer Trient und Brixen an Tirol

Glz. radikale Veränderung der Reichsverfassung 1803 Reichsdeputationshauptschuss Suprematie Österreichs als Kaisermacht zugunsten der „Libertät“ der Fürsten endgültig gebrochen, Unterstellung reichsunmittelbarer Gebiete unter Landesfürsten - Wahlkollegium der Kurfürsten des Hl. Röm. Reiches Dt. Nation hatte protestantische Mehrheit; noch ausgeprägter im Reichsfürstenrat > faktische Auflösung des Hl. Röm. Reiches und Entstehung territorialer Einheiten mittlerer Größe

1804 proklamierte sich Napoleon zum „Kaiser der Franzosen“ und nimmt Franz II die Würde eines Kaisers von Österreich an (von 1804 bis 06 trug Franz II/I zwei Kaiserkronen, stirbt 1835, auf ihn folgt Kaiser Ferdinand „der Gütige“)

1805 neuerlich Krieg Sieg Napoleons in Schlacht von Austerlitz

Pressburger Friede 26. Dez. 1805 Österreich musste Venetien, Istrien, Dalmatien an KR Italien abtreten und Napoleon als König von Italien anerkennen, Tirol sowie Vorarlberg fielen an Bayern… dazu hohe Kriegsentschädigung 40 Mio. Francs

1806 auf Druck Napoleons Niederlegung der Krone und Ende des Hl. Röm. Reiches Deutscher Nation (begründet 962 von Otto I) > Österreich trennte sich damit politisch von Deutschland

misslungene Staatsreform vorangetrieben von Erzherzog Carl

bedeutende Player Außenminister Johann Philipp Graf Stadion – er sah Kaiserstaat als Summe der Länder und Nationen, es bedurfte daher Unterstützung der Provinzen – bzw. Friedrich Gentz, der aus Österreich Zentrum des Widerstands gegen Napoleon machte

1809 Erhebung Österreichs gegen Frankreich – Volksaufstand in Tirol

erst Sieg Öst’s in Aspern, letztlich Frieden von Schönbrunn Öst verlor Salzburg, Tirol und Vorarlberg, Krain, Istrien, Kroatien, Teile Galiziens dazu 85 Mio Francs Kriegsentschädigung – Österreich auf Stellung einer Mittelmacht reduziert

zweimalige Besetzung Wiens 1805 und 1809

Überschneidung mit Ära Metternich

ab 1809 Clemens Wenzel Graf v. Metternich-Winneburg Außenminister, 1813 gefürstet, 1821 zum Haus-, Hof- und Staatskanzler ernannt

1813-14 Befreiungskriege gegen Napoleon

1813 Völkerschlacht von Leipzig

November 1814 bis Juni 1815 Wiener Kongress territoriale Neuordnung Europas und Lösung der dt. Verfassungsfrage

Zentrales Ergebnis des Kongresses

Frankreich bereits 1814 auf Grenzen von 1792 zurückgedrängt Dt. Bund unter Führung der Habsburger Zurückführung von Tirol, Vorarlberg und Salzburg Zusammenlegung von Istrien, Triest, Görz, Krain und Kärnten zu Königreich Illyrien

Rückzug aus Belgien (Öst. Niederlande) und Deutschland, dafür große Teile Oberitaliens

Schaffung eines europäischen Machtgleichgewichts, Verzicht auf Demütigung Frankreichs

Schaffung von begrenzten und zusammenhängenden, heißt einheitlichen Territorien

ABGB 1811 (Privatrecht – früher 1794 preuß. Allg. Landrecht; 1804 Napol. Code Civil), bereits 1803 neues Strafgesetzbuch Österreich wurde zwar nicht Verfassungsstaat, wandelte sich aber zum Rechtsstaat

Neue Zeit bringt neue Anforderungen: Zu Gymnasium trat 1805 3-jährige Realschule Latein und Griechisch zurückgedrängt

1806 Polytechnicum in Prag, es folgen Realschulen 1811 Brünn, 1815 Brody, 1817 Triest und Lemberg

Wien 1809, aber 1815 zugunsten Polytechnischen Instituts aufgelöst

1811 Joanneum

große Finanzierungsprobleme

Bancozettel seit 1762 in Umlauf, Defizit mit Papiergeld finanziert, Silbergeld verschwindet Papiergeld wurde immer weniger wert Finanzierung durch Staatsanleihen

Zgl. (Vor)Kriegskonjunktur, Inflation und Kontinentalsperre, Gründungswelle BW-ind. in NÖ, Seidenindustrie in Wien, Zugleich große Vorbehalte aus Revolutionsangst > Industrialfreiheit erst 1809 durchgesetzt

Konsumrausch Vergnügungszentren blühen Apollosäle 1808 in Wien Schottenfeld eröffnet

Widerspruch zw. Konsumrausch und Erbitterung der Bevölkerung > Tanz auf dem Vulkan Wiener Walzer wird Modetanz

Staatsausgaben steigen Pauperismus 1805 Unruhen der Bäcker, 1808 der Schuster

Staatsbankrott 20. Februar 1811 Bancozettelumtausch (Wert auf ein Fünftel herabgesetzt) gegen neue Einlösungsscheine, ab 1813 neue Wiener Währung WW

Verfehlte Zweck total Ausmaß der Entwertung zu niedrig, Transaktion war vorher bekannt geworden > Kurssturz der Staatspapiere Kredit des Staates so gut wie vernichtet, dazu ab 1813 neuerlicher Gelddruck Zusammenhang mit neuerlicher Kriegserklärung 1813

1814/16 Bestellung Graf Stadions zum Finanzminister Sanierung der Währung Gründung der Österreichischen Nationalbank Einlösung Papiergeld in Banknoten der neuen Conventionswährung C.M.

Unterstützung durch Rothschilds (1817 Nobilitierung) in Form einer Anleihe > Ö hatte gefestigte Währung, aber erfolglos in Fragen der Ausgabenkontrolle (Militär), der Steuerverwaltung und der Steuergerechtigkeit

**1815 – 1848 Vormärz: Politische Reaktion und wirtschaftlicher Aufschwung**

Bis 1835 Kaiser Franz - 1835-1848 Ferdinand „der Gütige“

Überthema Vom Wiener Kongress über die Revolution von 1848, den Neoabsolutismus bis zur Dezemberverfassung und zum Ausgleich 1867

Transformationen von Staatlichkeit: Territorialität, Konstitutionalisierung und Nationalisierung

Sowohl 1815 als auch 1848 zwei wichtige Prozesse Erzeugung einheitlicher Territorien und rechtsförmig geregelte Beziehung zw. Souverän und Bevölkerung

Erwachen der Völker

Aufstrebende bürg. Gesellschaft schuf sich in Nationalkulturen je eigene, den modernen gesellschaftlichen Bedürfnissen angemessene Ideologie, aber nationale Selbstbestimmung implizierte nationale Abgrenzung und Konkurrenz

Kompromiss zw. nationalen Programmen und Idee des Vielvölkerstaates nicht ausgeschlossen, aber unwahrscheinlich

div. Unabhängigkeitsbewegungen

1821-1829 Griech. Freiheitskampf

1830 Pariser Julirevolution und polnischer Freiheitskampf

Kampf um Konstituierung eines neuen poln. Nationalstaates

poln. und ukrain. Kulturerwecken in Galizien

Aufstände 1830 (im russ. „Kongresspolen“) u. 1846 von Krakau aus > Republik dem Kaiserstaat einverleibt

Konflikt mit Italien Lombardo-Venetianisches Königreich, im Vormärz Industrieland, Ausbau des Verkehrsnetzes: 60% der Manufakturen der Monarchie in Oberitalien, 1/6 der Bev., aber 1/4 bis 1/3 Steueranteil – Julirevolution 1830>Junges Italien 1831 gegr., v. a. Opposition der Lombarden gegen Ö

Magyarischer Nationalismus verstärkt sich 1825 in Ungarn Reformzeitalter, Epoche der Geburt der nationalen Kultur > ung. Nationalmuseum im klassizistischen Stil

Adelsstaat mit liberaler Verfassung

Leitfigur István Széchenyi v.a. Wirtschaftsreformer, Vorkämpfer des Eisenbahnbaus, Ldw-Reform

Radikale Reformer um Lajos Kossuth Streitpunkt Zwischenzolllinie Ö erhob hohe Zölle > Forderung nach selbständigem ung. Nationalstaat

KR Böhmen tschechisch-nationale bürgerliche Richtung setzt sich gegen böhmisch-patriotische durch, Symbolfigur Frantisek Palacký

Panslawismus gegen Trennung von Slowaken und Tschechen

Kroaten, Slowenen, Serben

Konflikt mit Serbien (erhoben Anspruch auf alle Südslawen mit Ausnahme der Slowenen) Wiener Politik unterstützte Serben in Südungarn, ließ aber Kroaten gegen Ungarn fast schmählich im Stich > Bewegung des Illyrismus

Dt. Bund 1815 (-1866) inkludiert Kaisertum Österreich ohne Länder der ung. Krone, Galizien, Bukowina, Istrien, Dalmatien und Lombardei

Drang vom Staatenbund zum Bundesstaat und zur nationalen Einheit, zgl. unter Metternich Instrument zur Unterdrückung der dt. Einheits- und Verfassungsbewegung

Verwirklichung der deutschen Einheit hätte für Österreich Zerstörung des Staates bedeutet, dessen Aufteilung in nationale Teilstaaten – daher Metternichs Ablehnung der gesamtdt. Wirtschaftspläne

Vormärz große Bedeutung für Industrialisierung Komlos ab 1825 nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung, (Beginn der) Ind. Rev. fand sicher im Vormärz statt (Rudolph)

Erst um Jahrhundertmitte verlor Ö den Anschluss an westeuropäische Entwicklung Habsburgerstaat entwickelte sich zu industrialisiertem Agrarstaat

Mechanisierung in Textilindustrie in NÖ Wandel zum mechanisierten Großbetrieb v. a. in BW-industrie Pottendorfer Spinnerei Verbreitung der Industrie im Wiener Becken, Seidenindustrie in Wien konzentriert (Schottenfeld Brillantengrund) starke Textilind. auch in Böhmen

Ambivalenz Fortschritt durch Mechanisierung bedeutet zugleich Vernichtung von tausenden Arbeitsplätzen, Vernichtung der ländl. Spinnerei und Weberei, später in Leinwandindustrie, wo Verlust von Arbeitsplätzen in den böhm. Ländern so groß war, dass Krise in der Leinenindustrie zentraler Punkt der sozialen und pol. Revolution wurde

Erfolge in Eisenindustrie (hohes Wachstum), aber meist in alter Technologie niedrige Kosten für Erze, Holz und Transport Holzkohle statt Koksfeuerung, langsame Durchsetzung des Puddelverfahrens (Stahl aus Roheisen – 1784 von Henry Cort erfunden, in heißem Roheisen enthaltener Kohlenstoff verpufft, wenn Luft darüber streift, aber teure Verfahren) 2/3 des öst. Roheisens in Alpenländern produziert, teils für Export

Anfangs gering entwickelte eisenverarbeitende Industrie

Hohe Importabhängigkeit bei Dampfmaschinen

Beginn der Zuckerindustrie, Bierbrauerei Dreher (Lagerbier) und Mautner (untergäriges Bier)

Agrarstaat Wechsel von Dreifelder- zur Fruchtwechselwirtschaft, Brache mit Klee, Kartoffeln und Rüben bebaut, hoher Einsatz von Arbeitskräften, Agrarkrise durch niedrige Lebensmittelpreise

Verschärfung der Konflikte mit Grundherrschaft

Hl. Allianz zw. Franz I, Zar Alexander I und König Friedrich Wilhelm III zur Aufrechterhaltung konservativer Ordnung gegen Revolution – Metternich Politik der Ordnung im Inneren und des Gleichgewichts im Äußeren

Konflikt nationale Bewegungen und zentralisierte Herrschaft

Helmut Rumpler sieht in multinationalem Staat der Habsburgermonarchie und seiner von Metternich vorangetriebenen europ. Politik eine „Chance für Mitteleuropa“, die vergeben wurde, und lobt die multinationale Konstruktion

Er steht damit in Gegensatz zu Interpretationen, die in multiethnischer Struktur v. a. Ausgangspunkt des spät. Niedergangs sehen

Urbanisierung und soziale Frage

Krise vieler Bauern (div. Aufstände, z. B. in Mähren, im Waldviertel, 1846 in Galizien) Bauern keine Leibeigenschaft pers. frei durften ihre Scholle verlassen und anderen Beruf ergreifen, Besitz und Erbe durch Gesetz gesichert, aber keine Eigentümer, gerichtlich unterstanden sie Grundobrigkeit, dazu Vielzahl an Abgaben und unentgeltliche Dienstleistungen (Robot im Durchschnitt 12 Tage pro Jahr)

> Krise bei Industriearbeitern

Zuwanderung bewirkt starkes Städtewachstum > enorme Wohnungsnot > Pauperismus, Soziale Frage

Trotz Wirtschaftswachstums veränderte sich gesellschaftl. Struktur kaum Bürgertum ging ökon. und gesellschaftl. Kompromiss ein und verzichtete auf pol. Rolle

Soz. Aufbau Adel 0,1-0,2 % der Bev. Erste Gesellschaft, Angehörige der knapp 200 hochadeligen Familien, dazu zweite Gesellschaft von Bankiers und Großhändlern Zunehmende Verbürgerlichung bei Beamten und in Militär um 1815 19% der Generäle und 20% der leit. Verwaltungsbeamten aus Bürgertum

Mehrfache Ambivalenz des Biedermeier

Best. Vorstellungen von Anstand und Benehmen, Ethos von Pünktlichkeit und Sparsamkeit, Ideal von Familie und Häuslichkeit (glz. Ehe ökon. Verbindung für gemeinsame Wirtschaft und Erziehung der Kinder, Liebesheirat propagiert, aber Illusion) Bedürfnis nach Kulturteilnahme glz. Entstehen einer Arbeiterschaft, eines städt. Proletariats

Polizeistaat, teils Flucht vor Zensur und Unterdrückung Sealsfield, Nikolaus Lenau, gespaltene wie Adalbert Stifter Kritik bzw. versteckte Anspielungen bei Raimund, schärfer bei Nestroy, aber vor „falschem“ Publikum

Oper Rossini Begeisterung, generell Italienbegeisterung Niccolo Paganini löst 1828 Kult in Wien aus

Vergnügungsindustrie blüht, v.a. in Vorstädten neuer Dommayer in Hietzing, Tivoli in Meidling, Kolosseum in Brigittenau riesiger Vergnügungspark

Tanzbegeisterung Vom Walzer zum schnellen Galopp

Mode erlangt große Bedeutung für bürg. Gesellschaft Bekleidungsgewerbe florieren Mittelpunkt Wien Rudolf Arthaber oder Josef Gunkel

Entwicklung der Mode steigert Massenkonsum -

Industrialisierung und Kommerzialisierung der Möbelbranche von Joseph Ulrich Danhauser bzw. dessen Sohn, 1842 durch billigere Massenprodukte Michael Thonets abgelöst

Konsumverhalten nicht unbedingt Backhendlzeit (Essensluxus nicht verbreitet), eher Zeit zunehmender sozialer Spannungen

Zunehmende Judenemanzipation (Musterland Ungarn) trotz weiterhin beschränkter Rechtsstellung - volle gesellschaftliche Anerkennung blieb ihnen verwehrt, keine öff. Ämter, akad. Berufe verwehrt, kein Grunderwerb – selbst Wiener Rothschild wohnt anfänglich im Röm. Kaiser

Versagen des Staates in Steuer-, Schul- und Verkehrspolitik

Eisenbahnbau erst privat, dann ab 1847 Staat

Verkehrsnetz etwa Anschluss an dt. Netz über Nordbahn und Elbe früher hergestellt als Verbindung mit Ausfuhrhafen Triest > staats- und wirtschaftspol. Fehlschlag ersten Ranges

**1848**

Revolution länderübergreifendes Phänomen, unmittelbarer Auslöser Krise(n) am Finanzmarkt (Irland u. Großbritannien, mit Auswirkungen auf Österreich, Staatsschulden auf 81 Mio fl beziffert > Sturm auf Banken und Sparkassen)

Chronologie

im Jänner Zigarrenrummel in Mailand > Raucherstreik gegen staatl. Tabakregie

im März Revolution in Wien, 13. März Flucht Metternichs gefolgt von Aufständen in Venedig und Mailand

April Pillersdorfsche Verfassung

Mai 2. Aufstand in Wien Sturmpetition

3. Aufstand

August 4. Aufstand Praterschlacht

Juni – Oktober erst Unruhen in Prag, dann in Umgarn > Reichstag aufgelöst Belagerungszustand

Beginn der Oktoberrevolution‚ Flucht des Kaisers

Verlegung des Reichstags nach Kremsier Ende Oktober Belagerung und Eroberung Wiens durch kaiserliche Armee Schwarzenberg MP; Ferdinand dankt zugunsten Franz Josephs ab

Hintergrund Krieg mit Sardinien-Piemont, im Juli Sieg Radetzkys

März 1849 Wiederaufnahme (Sardinien erneuert Krieg) neuerlicher Sieg Radetzkys, im August 1849 zudem Kapitulation der Ungarn

Erstmals zeigt sich Konstituierung von Gruppen deutlich: Bürger, Studenten, Arbeiterschaft, Bauern, Frauen, Nationen

Forderungen nach Pressefreiheit, Verfassung und Wahlrecht

nach sozialen wie nationalen Rechten

konstitutioneller Prozess im Frühjahr 1848 Verabschiedung zweier Verfassungen zentrale Aspekte

> Nationalisierung - Zugehörigkeit nach Sprache, Religion, hist. pol. Einheit spielt zunehmend Rolle; zunehmender Ausschluss von Frauen und unterbürgerlichen Schichten

> Konstitutionalisierung Widerstand gegen Pillersdorfsche oktroyierte Verfassung,

> Temporäre Koalition verschiedenartiger revolutionärer Kräfte im März 1848 doch bereits bei Erstürmung des Landhauses Marsch von Arbeitern in Innenstadt, doch Tore bleiben geschlossen – Revolutionäre fanden weder räumlich noch ideologisch zusammen

Rasches Erreichen von Pressefreiheit Kaiser sagt Aufhebung der Zensur und Einleitung eines Verfassungsprozesses zu und legitimierte Nationalgarden

> Spaltung der revolutionären Kräfte Bürgertum gegen Arbeiter, bürg. dominierte Nationalgarden gehen in Praterschlacht gegen die gegen Lohnkürzungen protestierenden Arbeiter vor

Bauern verweigern in letzten Oktobertagen 1848 Revolutionären Unterstützung und organisieren keinen Landsturm zur Rettung Wiens

> Militarisierung des Konflikts in Ungarn Niederschlagung mit russ. Hilfe, danach 20jährige Militärbesatzung milit. Widerstand der Kroaten vom Wiener Hof unterstützt Jelacic

Prager Pfingstaufstand niedergeschlagen, Krieg in Oberitalien Radetzky, milit. Besetzung Wiens Windischgrätz

Kremsierer Reichstag (Kremsierer Verfassung) im März 1849 gewaltsam aufgelöst; Schwarzenberg reagiert mit eigener Verfassung > neues Gemeindegesetz Bachsche Verwaltungsreform schafft pol. und Gerichtsbezirke

1849 kam deutsche Einheit nicht zustande, Preußens König Friedrich Wilhelm IV lehnt Wahl zum Reichsoberhaupt eines kleindeutschen Erbkaisertums ab (demokratische Kaiserwürde) > 1851 Dt. Bund in seiner ursprünglichen Gestalt von 1815 wiederhergestellt

kleindeutsche Lösung Ausschluss Österreichs, übriges Deutschland unter Führung Preußens oder Eintritt mit deutschsprachigen Provinzen ins Dt. Reich; übrige Länder als selbständige Staaten abzutrennen und nur mehr durch Personalunion mit dtsprach. Teilen verbunden > großdeutsche Lösung

Schwarzenberg/Bruck wollten Dt. Bund modifizieren Österreich sollte als Gesamtstaat dem Dt. Bund beitreten 70-Mioreich in Mitteleuropa großösterreichische Lösung

Letztlich aber Scheitern der Bruckschen Wirtschaftspolitik 1862 preuß. Freihandelsvertrag mit F und E zwang dt. Staaten zur Verlängerung des preuß. Zollvereins und verdrängte Öst. wirtschaftspol. aus Dt.

Mit Silvesterpatent Ende Dez. 1851 Wiedereinführung des Absolutismus, zw. 1851 und 1860 keine Verfassung

Neoabsolutismus > als demokratiepolitischer Fehler interpretiert, wieder Ambivalenz zw. reaktionärer Politik und einer Reihe wirtschaftsliberaler Reformen > Revolution von oben

1852 überraschender Tod Schwarzenbergs – Nachfolger Bach

1853-1856 Krimkrieg

wirtschaftlicher Aufschwung durch Wiedergewinnung der oberitalienischen Länder, zollpolitische Öffnung nach Deutschland (1852/53) und durch Einbeziehung Ungarns in gesamtösterreichischen Wirtschaftsraum (Abschaffung der Zwischenzolllinie) > aber Engpass der Staatsfinanzen Währungskrise

Schulreform in Volksschulen Unterrichtssprache in der Regel nach Mehrzahl der Schüler später 1869 Reichsvolksschul-gesetz 8- statt 6-jährige Schulpflicht überkonfessionelle Volksschule - Betonung der Realfächer

Konkordat kath. Kirche erhält umfassenden Einfluss auf Schulwesen, Eherecht und Ehegerichtsbarkeit der Kirche übertragen wie Zensur über Buchwesen

Grundentlastung

Hans Kudlich stellt im Reichstag Antrag auf Aufhebung des Untertänigkeitsverhältnisses

Grundherr erhält zwei Drittel des errechneten Feudalkapitals (20fache Summe der jährlichen Feudalrente), ein Drittel entrichtet Bauer, ein Drittel jew. Kronland, den Bauern wurden 20 Jahre zur Begleichung der Schuld gewährt) > Haus Schwarzenberg erhält 1,9 Mio. fl. (besaß ein Drittel der Fläche Böhmens), Haus Liechtenstein 1,5 Mio., Stift Admont 0,7 Mio.

es bleibt zunächst bei Unteilbarkeit (Anerbenrecht), sodass sich bäuerl. Besitzstruktur nicht änderte

Privatisierung der Eisenbahnen öst. Wirtschaft für frz. Kapital geöffnet

CA als erste von mehreren Industriebanken Rothschild, andere Privatbankiers und Großhändler sowie adelige Großgrund-besitzer

Liberale Gewerbeordnung von 1859

1859 Krieg mit Italien Schlacht bei Solferino > Lombardei geht verloren

Finanznot Hebel für Konstitutionalisierung hohe Kriegskosten zwingen zu Zugeständnissen an Liberale Oktoberdiplom 1860 und Februarpatent 1861

2 Kammern Herrenhaus (Mgl. vom Kaiser ernannt) Abgeordnetenhaus Abgeordnete von 4 Kurien (Standesvertretungen) der 17 Landtage entsandt Großgrundbesitz, Handels- und Gewerbekammern, Städte und Märkte, Landgemeinden > Deutschsprachige bevorzugt zur Sicherung der dt. Vorherrschaft

Regelung von Ungarn abgelehnt

Liberale Ära bis 1879: innenpolitisch wichtig Aufhebung des Konkordats bereits durch Maigesetze 1868 erheblich eingeschränkt standesamtliche Trauung wieder ermöglicht, Kurzer Kulturkampf 1870 Papst verkündet Unfehlbarkeitsdogma, erweitert damit als einer der beiden Vertragspartner des Konkordats seine Kompetenz erheblich Aufhebung des Konkordats 1874

Auch 1867 Ausgleich mit Ungarn nach dem verlorenen Krieg gegen Preußen (Schlacht bei Königgrätz 1866, Verlust des Veneto, Ö endgültig aus D hinausgedrängt) und Dezemberverfassung (für cisleithanische Länder)

Ausgleich: Österreich- Ungarn mit gemeinsamen Staatsoberhaupt in Außenpolitik, Militär Realunion, gemeinsamer Außen-, Kriegs- und Finanzminister, aber Länder der ung. Krone von Ö innenpolitisch unabhängig

Verrechtlichung des Verhältnisses von Staat und Herrschaft im Rahmen einer Verfassung, die zugleich Freiheitsrechte der Bürger garantierte

Wiederherstellung des ung. Reichstages von 1848, Juni 1867 Krönung Franz Josephs in Budapest

Ausgleich bot keine Lösung des Nationalitätenproblems, verhinderte Föderalisierung des Vielvölkerstaates

Ausgleich nicht zuletzt Folge der Niederlage 1866 offenkundige Beschränkung der inneren Autonomie in ung. Ländern konnte wegen passiven Widerstands der führenden magyarischen Schichten gegen Einheitsstaat nicht aufrechterhalten werden

Probleme mit Tschechen Forderung nach eig. Staatsrecht für Böhmen, Mähren, Schlesien > Ausgleichsverhandlungen 1868 und 1871 Scheitern, hingegen 1868 polnischer Ausgleich für Galizien, dabei polnische Nation einseitig auf Kosten der ruthenischen Bevölkerung begünstigt

Im Gegensatz zu späteren Regelungen:

Beispiel 1905 Mähren, 1910 Bukowina durch Einführung nationaler Kurien im Landtag konnte keine Volksgruppe von anderer majorisiert werden

**Dezemberverfassung** Erstmals vom Reichsrat beschlossen und nicht vom Kaiser erlassen

Gewaltentrennung

Staatsgrundgesetze

Ernennung verantwortlicher Minister

Von politischen Parteien mitgetragene Regierungen

Dezembergesetze sicherten Konstitutionalismus in Österreich auf Dauer, Ausgangspunkt für Organisation bürgerlicher Öffentlichkeit, Kaiser aber nach wie vor geheiligt, unverletzlich und unverantwortlich, heißt Kaiser ist dem Volk nicht verantwortlich

Eigentliche Gründerzeit 1867-73 Börsenkrach von 1873 als wichtige wirtschaftspolitische Wende, vor allem im Bereich der Wirtschaftsmentalität Risikofeindschaft, verschärfter Antisemitismus

Wahlrechtsentwicklung: Erst ab 1873 Direktwahl von drei der vier Kurien ins Parlament Zensuswahlrecht 6-12% der männlichen Bevölkerung über 24 wahlberechtigt Wahlmodus und rigoroser Wahlzensus sicherten Deutschliberalen die Mehrheit

Politisch: Auf liberale Ära folgt feudal-konservative Ära 1879-1893

Wahlreform 1882 mit Herabsetzung des Wahlzensus auf 5 Gulden führte zu Mehrheit der Feudal-Konservativen und Slawen beziehen 1883 neues Parlament von Hansen

Wahlreform 1896 allgemeines Wahlrecht mit Einführung einer 5. Kurie ohne Mindeststeuerleistung für alle über 24-jährigen Staatsbürger (1/6 der Mandate)

1907 allgemeines gleiches Wahlrecht für Männer ab 24 > Herrschaft der Massenparteien beginnt

Deutschnationale (aus radikalen Gruppen der Liberalen) 1873 erstmals im Reichsrat fordern Deutsch als einheitliche Staatssprache, vertreten aber auch soziale, wirtschaftliche und demokratische Anliegen - Schönerer propagiert Alldeutschtum, 1882 Linzer Programm gegen Vereinigte Linke Ernst Pleners (Deutschliberale)

1885 Spaltung der Liberalen in Deutsch-österreichischen Klub und schönerianischen Deutschen Klub > Deutschnationale Partei

1885 wurde Linzer Programm als 12. Punkt Arierparagraph hinzugefügt

Christlichsoziale auch liberale Wurzeln

1887 Christlichsozialer Verein, 1888 Vereinigte Christen, versch. Fraktionen 1893 von Karl Lueger zur Christlich-sozialen (CSP) Partei vereint: Klientele christl. gewerblicher Mittelstand (Handwerker, Gewerbetreibende), kleine Beamte, Bauern, aber auch Katholisch Konservative des Hochadels Repräsentanten Vogelsang bzw. Lueger Lueger 3mal als Wiener Bürgermeister vom Kaiser abgelehnt, 1897 dann doch Bürgermeister > Populismus, ob jetzt selbst Antisemit oder nur Nützlichkeit des Antisemitismus als politische Waffe erkennend > Juden einigendes Feindbild in einer höchst heterogenen Zuwanderungsgesellschaft, Kapitalismus = jüdisch

1907 CSP stimmenstärkste Partei

Sozialdemokraten 1867 Vereinsgesetz 1868 erster allgemeiner Arbeitertag erste Gewerkschaft 1870 Koalitionsrecht

1874 Gründungskongress im ungarischen Neudörfl, jedoch danach behördliche Unterdrückung und Spaltungen

1888/89 im nö. Hainfeld erster Parteitag: Einigung der verschiedenen Fraktionen und Parteiprogramm von Viktor Adler Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) Adler 17x gerichtlich verurteilt, 18 Monate im Gefängnis, 1889 Arbeiterzeitung, 1890 erstmals 1. Mai

1896 SDAP erstmals im Reichsrat, 1907 zweitstärkste, 1911 stärkste Fraktion

grundsätzliches Bekenntnis zum Internationalismus aber letztlich Scheitern Arbeiterbewegung blieb in unterschiedliche nationale Parteien gespalten (Partei unterstützte bei Kriegsausbruch Politik der Regierung)

1897 Deutsche nur mehr 47% der Mandate Deutsche Linke 77 M., Deutschnationale zusammen 55 M. Jungtschechen eigentliche Wahlgewinner mit 45 M., hatten Alttschechen entmachtet, fordern, dass Böhmen tschechischer Staat mit tschechischer Staatssprache im Rahmen einer föderalisierten Monarchie wird

Hintergrund in 1890ern: latente Staatskrise - lähmende parlamentarische Obstruktionspolitik

Badenische Sprachverordnungen scheitern führen zunächst zu wilden Ausschreitungen und werden 1899 gänzlich aufgehoben > Obstruktion der Deutschen im Parlament, Schließung des Parlaments Regierung mit Hilfe des Notverordnungsrechts

**Industrialisierung – Wirtschaftlicher Wandel**

Weltgeschichtlicher Prozess – Epoche der Industriellen Revolution,

Frage: plötzlicher Durchbruch oder sozioökonomischer Modernisierungsprozess, der laufend stattfand

Neue Ansätze bezweifeln revolutionären Charakter, neue Schätzungen legen längere Dauer des Industrialisierungsprozesses nahe

Neue Ansätze bezweifeln auch Modellhaftigkeit (Rostow, Gerschenkron) > es gibt höchst unterschiedliche Wege in die Industrialisierung, daher zumindest von Industriellen Revolutionen (in der Mehrzahl) die Rede

Kein eigentlicher take-off ausmachbar, weder 1820er, 30er Jahre noch Gründerzeit 1867-73 (noch am ehesten fehlgeschlagener Take-off; Gründerzeit endet mit Börsenkrach Schwarzen Freitag am 9. Mai 1873, gleichzeitig abgehaltene Weltausstellung wird Misserfolg wegen Choleraepidemie – statt erwarteter 20 Mio. nur 7,2 Mio. Besucher, Defizit 15 Mio. Gulden), aber mehrere Aufschwungs- bzw. Beschleunigungsphasen > insgesamt wellenartiger Verlauf

**Entstehungsbedingungen**

Wirtschaftliche Integration – bestimmte Formen von Infrastruktur

Ausreichend Arbeitskräfte - unternehmerische Mentalitäten

Rohstoffe

Märkte zum Absatz

Außenhandel

Fortgeschrittene technische Entwicklung

Ausreichende Kapitalbildung bzw. ausreichend zur Verfügung gestelltes Kapital für Industrie

Hauptaugenmerk auf industriell-gewerblichem Sektor, jedoch stärkste Veränderungen im Landwirtschaftssektor

Prozess der Agrarisierung > Intensivierung von Landarbeit, Verlust von (Neben)Erwerbsmöglichkeiten

Erhöhte Nachfrage nach Lebensmitteln erzwang Konzentration auf Ackerbau und Viehzucht > Zunahme von Dienstboten

Verbesserte Agrartechniken erlauben es, nur von landwirt- schaftlicher Produktion zu leben, andererseits verdrängt Industrie vielfältige Erwerbsformen in der ländlichen Wirtschaft (Holz, Verkehr, Köhlerei, Textilproduktion)

Zw. 1876 und 1910 emigrierten 5 Mio. Menschen, 3,5 Mio. nach Amerika

Grundentlastung in ihren strukturellen Auswirkungen überschätzt, aber viele Bauern können sich Ablösezahlung nicht leisten und werden zu freien Arbeitskräften (ind. Reservearmee – zw. 1869 und 1910 Rückgang von in Ldw.- Tätigen von 59% auf 46% - heut. Bundesgebiet – Landflucht erfasst als erstes Dienstboten, dann mitarbeitende Familienangehörige), Kapitalbildung bei Großgrundbesitzern

In liberaler Ära fielen alle Beschränkungen seit 1868 waren Bauerngüter frei teilbar (Realteilung) und durch Hypotheken belastbar > zunehmende Besitzzersplitterung und wachsende Verschuldung, zw. 1870 und 1892 in Öst. (heut. Republik) 70-80.000 Zwangsversteigerungen

Feudal-kons. Regierung reagiert mit Kommassierungsgesetz (Zusammenlegung und Tausch ldw. Grundstücke) und ab 1889 Rückkehr zum Anerbenrecht

Mechanisierung des Spinnens in BW-ind. Rückgang innerhalb eines Jahrzehnts von 100.000 Spinnerinnen auf 10.000; 8-9 Spinnerinnen versorgten eine(n) Weber(in), nach Mechanisierung 1:1

Bedeutung des Technologieimports; von Maschinen aber auch von Personen Pottendorfer Spinnerei von John Thornton mit neuen mitgebrachten Maschinenkünstlern aufgebaut

Mechanisierung von Arbeitsvorgängen, von Arbeitsteilung in Manufakturen zu Fabrik – Normierung wichtiges Resultat ind. Produktionsweise

Einführung bzw. Verbreitung des Thomas-Gilchrist-Verfahrens ab 1879 (ermöglicht Verwendung der phosphorhaltigen Erze Böhmens > große Standortverlagerung; Patentinhaber Wittgenstein) gleichbedeutend mit Ende des alpin-inneröst. Montanwesens

Von Holz und Wasser zu Kohle und Dampf > neues Energieregime

Bedeutungszunahme von Kohle und Eisen > nicht unwesentliche Frage, wie weit liegen Vorkommen auseinander, wie sind sie miteinander verbunden

Steigende Mobilität von Gütern, Menschen und Waren, insb. durch Dampfschifffahrt und Eisenbahn (Jahrhundert einer Transportrevolution, dann auch durch Automobil – Rolle des Fahrrads bis zum zunächst ausschl. milit. genutzten Flugzeug)

Eisenbahn forciert best. Industrien, verlangte Entwicklung der Stahlindustrie, erlaubte Transport von Rohstoffen und waren in die urbanen Zentren, stellte die Verbindung zw. ind. Zentren her und steigerte natürlich Migration

Wechsel zw. Verstaatlichung und Privatisierung

Im Allgemeinen Charakterisierung als verzögerte, verlangsamte Entwicklung

Frage, wann sich Österreich Rückstand eingehandelt hat: umstrittene Wirkungen der Großen Depression, realwirtschaftlich relativ bald wieder Anzeichen von Erholung, aber wirtschaftspsychologische Wende

Worauf zurückzuführen

Schlechter Zustand der Staatsfinanzen; hohe Verschuldung

Konservativismus Angst vor Veränderung verspätete Modernisierung staatl. Verwaltung,

Mentalitäten Risikofeindlichkeit „sicheres“ Einkommen, Geringschätzung der Unternehmertätigkeit, Posten in Bürokratie und Armee weit prestigeträchtiger

hohes pol. Gewicht von Landbesitzern, daher stärkere Berücksichtigung agrarischer Interessen, eher Industriefeindlichkeit

Selbst fortschrittliche Sozialgesetze in 1880ern begünstigen (Inhaber von) Gewerbebetriebe(n), Benachteiligung der Industriellen

Geringe Außenhandelsverflechtung – Autarkiedenken, eher Abschottung vom Markt, Arbeitsteilung eher ungünstig

Geogr.: Schwierige Verkehrswege, Wasserwege in falsche Richtung bzw. -situation etwa in Alpenregionen, räuml. Distanz von Eisen und Kohle

Vor allem aber auf regional sehr ungleiche Entwicklung sog. Fortschrittsregionen wie Wiener Becken oder Großteil Böhmens stehen Nachzügler wie Dalmatien, Galizien oder Bukowina gegenüber

Pro Kopf Einkommen im Durchschnitt 1913 569 K pro Kopf, NÖ 850, Böhmen 761, Dalmatien 264, Galizien 316 Bukowina 310

Debatte ob regionale Ungleichgewichte weiter gefördert wurden (Arbeitsteilung mit ung. Reichshälfte, ungleicher Tausch, weil hohe Zölle auf Industrieprodukte) oder ob sich Aufholprozess beobachten lässt (Good: Angleichung von Zinssätzen, Preisen)

Nach Rumpler unterentwickelte Regionen und unterdrückte nat. Minderheiten Gewinner, Kapital, das in Wien und NÖ erwirtschaftet wurde, floss nach Ungarn, Böhmen, Galizien, Bosnien-Herzegowina .

An manchen Regionen herrschte eher pol.-milit. Interesse als wirtschaftliches Interesse (Galizien, Bukowina, Küstenland)

Bosnien Herzegowina wie Kolonie verwaltet, aber auch Modernisierung, für Öst.-Ung. finanz. Passivposten

Freisetzung aus traditionellen Bindungen differenziertere Gesellschaftsordnung

Ständ. Ordnung in Frage gestellt, nicht Geburt und Herkunft sollen Standeszugehörigkeit festlegen, sondern Leistung – (Aus)Bildung bekommt stärkeres Gewicht

Klasse statt Stand

Dynamisierung der Gesellschaft Bürgertum und Arbeiterklasse

Wirtschaftsbürgertum Bildungsbürgertum (Beamte Freie Berufe) oder Abgrenzung Groß- und Kleinbürgertum

Trennung von Erwerbs- und Familienleben durch Durchsetzung von Lohnarbeit, Hauswirtschaft verliert an ökon. Bedeutung

Lebenswelten Frauen Männer zunehmend getrennt > bürg. Familienideal

Geschlechtscharakter „Natürlichkeit“ Erfindung des späten 18. und frühen 19. Jhts. durch Idealisierung und Bildung

Familie bzw. Familienstruktur

19. Jh. Bürgerliches Zeitalter?!

Trennung von öffentlich (Ort des Erwerbs und der Verhandlung des Gemeinwohls) und privat (Rückzugsort der Männer, den Frauen verwalten)

Sozialformen des Bürgertums erhalten als Distinktionsformen der aufsteigenden Klasse Vorbildcharakter

Streng hierarchisches Geschlechterverhältnis heißt geschlechtsspez. Rechtsungleichheiten > Ausschluss von Frauen von pol. Partizipation und Wahlrecht

Der Mann ist das Haupt der Familie ABGB 1811, partnerschaftliche Ehe erst Mitte der 1970er Jahre gesetzlich festgeschrieben

Hierarchisierung von Öffentlichkeit und Privatheit Ausländer, Frauen und Minderjährige dürfen nicht als Mitglieder in Vereine aufgenommen werden, manche Frauen durchbrechen gesellschaftliches Tabu und holen Öffentlichkeit ins Haus > Salons

Kampf um Öffentlichkeit zwei zentrale Orte Pressewesen und Vereine (Schaffung partieller Öffentlichkeit mit unterschiedlichen Zielen)

Unbegrenztheit der Ausbeutung

Arbeiterlöhne decken kaum Existenzminimum, katastrophale Wohnbedingungen, enorm lange Arbeitstage, noch schlechter bezahlt Kinder- und Frauenarbeit

Pauperisierung und soziale Frage – Sozialgesetzgebung

Sozialpol. Maßnahmen Hintergrund pol. Attentate, Erstarken sozialistischer Bewegungen

Wirtschaftspol. Konservativismus und industriefeindl., aber insg. doch fortschrittliche Sozialgesetzgebung (Arbeiterschutzgesetze ausgenommen davon kleine Gewerbebetriebe unter 20 Besch.), neue Gewerbeordnung mit Einführung des Befähigungsnachweises

Gewerbeinspektoren, Kinderarbeit bis zum 12./14. Lebensjahr verboten, Nachtarbeitsverbot für Frauen und Jugendliche Fabrikbetriebe: 11 Stunden Maximalarbeitstag bei 6 Arbeitstagen

1888/89 obligat. Unfall- und Krankenversicherung

Urbanisierung am stärksten in Wien und Budapest, auf öst. Bundesgebiet sonst nur Graz über 100.000 Ew. (156.000), Linz etwa 1910 nur 70.000; Großstädte Lemberg, Prag, Triest

1830 84% der Bev. in Orten unter 2000 Ew., 1880 68%, 1910 54%

Wien von rund 250.000 auf über 2 Mio.

Wien um 1900 Weltstadt bzw. Hochburg der intellektuellen und künstlerischen Avantgarde in Malerei, Musik, Architektur: 1897 Gründung der Secession Freud 1899/1900 Traumdeutung, Mahler, Schönberg, Schnitzler, Schiele, Klimt, Kokoschka, Wagner, Loos, Boltzmann – These einer jüdisch geprägten Kultur der Jahrhundertwende nicht unumstritten, gefährliche Nähe zum antisemitischen Klischee

These Schorske (Fin de siècle Vienna) liberaler Mittelstand als politische Kraft ins Abseits gedrängt, Rückzug und Schutz in Salons und Kaffeehäuser > Frustration über Ausschluss von der Macht durch schöpferische Ausnahmeleistungen kompensiert

**Österreichs Entwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert**

Spezifika

Politisierung der Kultur über Nation: überall entstehen Nationaltheater etc. z. B. in Prag 1868-1881 nationales Symbol, Grundsteine werden feierlich von böhm. Burgen gebracht, Eröffnung 1881/83 jeweils mit Smetanas Oper Libussa mythologisch weibl. Gründungsfigur der tschech. Nation

Pol. und kulturelle Agenden treffen sich im Kontext nat. Identifikation

Sich entwickelnde bürg. Kultur konstituiert sich als nationale Kultur, ihr Programm wird Erzeugung nationaler Identität > Nationaltheater, Geschichtsschreibung, Bildung

Diese Entwicklung hatte letztlich unbewältigbare Folgen für Habsburgermonarchie bzw. Österreich-Ungarn

Kampf um bürg. Freiheitsrechte bleibt allgemein abstrakt. Wenn er als nationaler Kampf formuliert wird, wird er erfolgreich > zentral für Geschichte des 19. Jahrhunderts

Dort wo Binnenwanderung aus ökon. Gründen über nationale Grenzen hinweg stattfand Triest, Fiume, Ostrau,   
Lemberg, Czernowitz, Prag, Graz, Wien große national-politische Konflikte > Gegensatz zw. ökonomisch expansiven Zuwanderern und sozial gefährdeten Alteingesessenen

**Industrialisierung erfolgte in anderem staatlichen Zusammenhang – Prozesse der Industrialisierung und der nationalen Desintegration fielen zusammen**

Relativ langsames Wachstum ergab sich aus regional höchst heterogenen Industrialisierungsverläufen

**Trends und Entwicklungen**

Neue Energieträger Petroleum, Stadtgas, Elektrizität – wir befinden uns in einem Zeitalter der techn. Revolution

Zeitalter der Beschleunigung Eisenbahn und Dampfschiff bis Fahrrad, Auto und Flugzeug

Elektro-, Fahrzeug- und chem. Industrie werden neue Leitsektoren

Industriewachstum setzt Prozess der Tertiärisierung in Gang

Büros und Beamte: Neuer Stand zwischen Mittelstand und Arbeiterschaft Angestellte im öff. Dienst, in den Interessen-vertretungen, in Industrie, Handel, Banken, in den freien Berufen

Entstehung einer Informationsgesellschaft (Zeitungen), Verdichtung der Kommunikationsnetze (Post, Telegrafie, Telefon)

insg. zögerliche Umgestaltung der österreichischen Wirtschaft

Starke Beharrungskraft des Gewerbes unterstützt durch Mittelstandspolitik, z. B. patriarchalisch motivierte Sozialgesetzgebung mit glz. Betonung kleingewerblicher Interessen und des bäuerlichen Mittelstandes, Großbetriebe gegenüber mittelständischer Wirtschaft diskriminiert

**Antikapitalismus und Antisemitismus bzw. Fremdenfeindlichkeit als Reaktion auf neues Gesellschafts- und Wirtschaftssystem**

führt uns zu zweitem wesentlichen Charakteristikum

**Abkehr vom Liberalismus – Hinwendung zum Interventionismus: die Wurzeln der österreichischen Politik bis in die Gegenwart**

**- Entstehung der Massenparteien**

**- Entstehung des Verbändewesens** (Industrieverbände, stärkere Bedeutung der Handelskammern, ldw. Genossenschaften, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften) durch Durchsetzung der Koalitionsfreiheit

**- Kartellbildungen zur Marktregulierung – verstärkter Konzentrationsprozess** in der Industrie (1881 Alpine Montan)

**- Direkte Einflussnahme des Staates** durch Schutzzölle, Subventionen **–** Umdenkprozess zeigt sich in Kommunalisierung

**- Steigender Anteil der Staatsausgaben** am Bruttoinlandsprodukt, u. a.: Ausbau der Infrastruktur (Bahn, Post, Telegraphen, Telephon)

**- Ansätze einer Sozialgesetzgebung** (Unfall- und Kranken-versicherung) – Alter und Arbeitslosigkeit noch nicht abgesichert

Gründe: Militärs schlagen Alarm (zu viele Untaugliche), betriebswirtschaftliche Überlegungen zu Produktivitäts-gewinnen (Verkürzung überlanger Arbeitszeiten), volkswirtschaftlich Massenkaufkraft

**Nachwirkungen**

**> Ansätze zum Korporatismus der Sozialpartnerschaft**

**> Hang zum Interventionismus und zur Reglementierung,**

**zur Abschottung gegenüber der Konkurrenz**

**zum Scheitern der Monarchie:** Monarchie scheiterte nicht an wirtschaftlichen Defiziten, sondern am ungelösten Nationalitätenkonflikt

abweichende Interpretation

Rumpler (Sandgruber schließt sich an): Habsburgermonarchie nicht am Nationalitätenproblem gescheitert, sondern sie hat dieses Problem nicht gelöst, weil sie sich durch den Entschluss zum Weltkrieg um die Chance brachte, vorhandene Ansätze zu möglichen Lösungen zu Ende zu führen

Wenn irgendwo und irgendwann die so komplexe Aufgabe des Ausgleichs der Interessen einer national, kulturell und ökonomisch so heterogenen und pluralistischen Großregion in die Nähe einer Lösung gebracht wurde, dann in der Habsburgermonarchie > erscheint mir zu beschönigend

**Der erste industrielle Krieg – Der 1. Weltkrieg**

Kontextualisierung Erster Weltkrieg

Zuspitzung der außenpolitischen Situation einzige außenpolitische Konstante Bündnis mit Dt., Italien zunehmend feindlich

Ab 1903 (Tod von König Alexander Obrenovic) zunehmende Spannung mit Serbien (großserb. Politik, die südslawischen Staat schaffen wollte – Panslawismus) Konflikt um Großmachtstellung auf Balkan mit Russland Balkankriege 1912/13 zur Aufteilung der europ. Teile des Osmanischen Reichs Neutralität Österreichs aber Außenminister Berchtold protegierte Bulgarien (gegen Serbien) und initiierte Gründung eines eig. albanischen . Staates (1913 gegr.)

George F. Kennan spricht von Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, von welthist. Desaster, das in seinen unmittelbaren Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik bereits den Keim des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs in sich getragen habe

Glz. damit gewisse – bereits zeitgenössische – Verklärung der Zeit vor 1914

Interpretation der beiden Kriege als 30jährige Kriegsphase mit einem Waffenstillstand dazwischen

Erster totaler Krieg, Krieg, der alle Lebensbereiche erfasst

Totale Mobilisierung, totale Kontrolle durch Gleichschaltung und Propaganda, totale Kriegsziele tot. milit. Unterwerfung der Gegner, tot. pol. Entmachtung der Gegner

Erster industrieller Krieg Produktion von Waffen bedarf der Umleitung der gesamten Wirtschat - Materialschlacht

Öst. Eliten sehen im Krieg einzige Möglichkeit für Überwindung der sozialen und nationalen Schwierigkeiten der Habsburgermonarchie

schwerer Einbruch in der polit., gesellschaftl. und wirtschaftl. Entwicklung Österreichs

Kollektivpsychose (Kraus Die letzten Tage der Menschheit)

Krieg nahm mehr als ein Viertel des Sozialprodukts (Rothschild 1961 60) und großen Teil der Arbeitskräfte in Anspruch

Österreich letztlich weder militärisch, wirtschaftlich noch logistisch auf Krieg eingestellt

Ab 1915 „Kriegskonjunktur“ mit beträchtlichen Produktionssteigerungen (Steyr, Wr. Neustadt: bis zu 120.000 Beschäftigte, mehr als heute in Industrie in NÖ), doch bereits ab 1916 Erschöpfungszustand insb. der kriegswichtigen Industriebereiche

große Schwierigkeiten in Produktion - Knappheit der Rohstoffe - schwere Ausfälle bei Arbeitskräften

Dringendste Aufgabe Versorgung der Armeen mit Kriegsmaterial

Marktwirtschaftliches System entwickelt sich in Richtung zentral geplanter Kriegswirtschaft: Rohstoffzentralen für Bewirtschaftung der Rohstoffe und Nahrungsmittel (Getreide, Zucker, Metalle, Öl und Fette, … - Öst. Zentral-Einkaufsgesellschaft für Lebensmittel)

ab 1915 Lebensmittelkarten – Preisvorschriften – Ernährungsproblem konnte nie gelöst werden (Wegs 1979)

Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln > rasch Mangel spürbar, ab 1915 Engpässe und kontinuierliche Verschlechterung der Situation

Zurückgestaute Inflation: Kriegsfinanzierung weniger durch Steuererhöhungen als durch Kriegsanleihen (3/5) und Inanspruchnahme der Notenpresse (2/5) –

Preisregelnde Maßnahmen ungenügend > Verbraucherpreisindex steigt vom Juli 1914 bis November 1918 auf ungefähr das Fünfzehnfache

Militarisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche, Fabriken vielfach in „Kasernen“ umgewandelt, Verlängerung der Arbeitszeit, Schutzbestimmungen für Frauen und Jugendliche aufgehoben

> ständiger Austauschprozess (Ausmusterung volltauglicher Arbeiter vs. Verletzte u. Invalide der Industrie zugewiesen)

Verschobene Altersschichtung, mehr unter 18- bzw. über 50-jährige

Steigende Bedeutung der Frauenarbeit

Zunahme von Streiks und Demonstrationen. zunächst Forderungen nach Verbesserung der Versorgungslage und nach Lohnerhöhungen, dann nach Friedensverhandlungen, schließlich nach Veränderung des gesamten gesellschaftlichen Systems.

Auf große Streikbewegung im Sommer 1917 wird einerseits mit weiterer Militarisierung der Arbeitsprozesse reagiert, andererseits wird 1916 eingeführtes System von Vertrauensleuten ausgebaut, Einrichtung von Beschwerdekommissionen, Mieterschutzverordnung Jänner 1917, Bestimmungen über Lohnfortzahlungen bei Betriebseinschränkungen, mit 1. Juni 1917 Ministerium für soziale Fürsorge

Jänner-Streik 1918 von Wr. Neustadt ausgehend (Kürzung der Mehlquote) fast eine Million Arbeiter und Angestellte im Ausstand, Streik zeigt neue Dimension des Klassenbewusstseins der Arbeiterschaft, neben Friedensforderungen Tendenz zu radikalen Veränderung der Gesellschaft, zu Vertrauensleuten treten Arbeiterräte, die großteils in die sozialdemokratische Bewegung eingebunden werden

Im Juni 1918 weitere Streiks und Hungerdemonstrationen: im Mittelpunkt Ernährungskrise und Achtstundentag

Ende September bis Anfang November deutliche Auflösungserscheinungen

21. Oktober 1918 Provisorische Nationalversammlung der dt.-öst. Abgeordneten

30./31. Oktober 1918 erste deutsch-österreichische Regierung

3. November 1918 Waffenstillstand

12. November 1918 Ausrufung der Republik

Art. I des Gesetzes über Staats- und Regierungsform: Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik; Art. II: Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik

10. Sept. 1919 Friedensvertrag von St. Germain gab dem neuen Staat den Namen Republik Österreich und beinhaltete Anschlussverbot

Zusammenbruch oder „österreichische Revolution“?

Gründe des Scheiterns der Monarchie

Innere nationale Gegensätze > durch immer stärkere militärische Abhängigkeit von Deutschland Bereitschaft der versch. Nationen für Monarchie zu kämpfen geschwächt, ab Sommer 18 Bildung eigener Verwaltungsorgane der Nationen > Nationalräte

Mangelnde wirtschaftliche Leistung (Gratz-Schüller 1930) > Wirtschaftsinfarkt

Unvermögen der Heerführer

Verschärfung der nationalen und sozialen Gegensätze und Verfall der militärischen und wirtschaftlichen Kraft standen in Wechselspiel

Zu materiellen Verlusten Verluste von Menschenleben: von 8 Mio. Soldaten starben mehr als eine Million, zwei Mio. wurden verwundet, 1,7 Mio. in Kriegsgefangenschaft, davon starben 480.000

Dazu erhöhte Zivilsterblichkeit > Tuberkulose Wiener Krankheit

Krieg als traumatisches Erlebnis „prägendes Alltagserlebnis einer ganzen Generation“ (Sandgruber)

**Geschichte Österreichs seit 1918: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft**

Eine Geschichte Österreichs seit 1918 muss der Vorgeschichte Rechnung tragen: Was war Österreich vor 1918? Die Entwicklung Österreichs nach 1918 kann ohne die Vorgeschichte nicht verstanden werden

Besondere Auffälligkeit: Österreich heute eines der reichsten Länder der Welt, im Gegensatz dazu steht die auffallend schlechte wirtschaftliche Performance in der Zwischenkriegszeit, die in die politische Katastrophe des Nationalsozialismus mündet

Auf Polarisierung der politischen Lager folgt nach 1945 Phase

der Versöhnungspolitik, Symbol dafür Große Koalition

Verwobenheit der Aspekte Politik, Wirtschaft, Gesellschaft deutlich zu machen am Aufkommen des Nationalsozialismus in Österreich in den 1930er Jahren

WWK für Machtverfall der Demokratie mitverantwortlich, marktwirtschaftliche Ideologie verlor mit Großer Depression ihre Glaubwürdigkeit Verunsicherung von Mittelstand und Kleinbürgertum, Antisemitismus als Sündenbocktheorie

Bruch 1918 Demokratie als neue Staatsform steht auf schwachen Beinen v. a. Kleinstaatlichkeit als Sprung in die Bedeutungslosigkeit große Zweifel an der wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Lebensfähigkeit – NS-Machtergreifung Symbol für größere Bedeutung

Radikalisierung und Unversöhnbarkeit der demokratischen politischen Lager verhindern Widerstand (geht so weit, dass einz. Vertreter der Sozialdemokratie mehr Sympathien für NS-Regime zeigen) - Ständestaat als österreichische Spielart eines autoritären Regimes

Ständestaat tritt an mit dem Ziel, Arbeitslosigkeit zu beiseitigen, und scheitert letztlich daran, euphorischer Jubel um „Anschluss“ Hoffnung auf rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit wie in Deutschland, ohne Hintergründe des „Arbeitsplatzwunders“ zu bedenken

**Situation 1918/19 Nachkriegselend**

Zeit des Umbruchs und des Chaos – katastrophale Gesundheitsverhältnisse bei Kindern und Jugendlichen von 1,2 Mio. öst. Kindern und Jugendlichen unter 15 900.000 unterernährt (Tuberkulose Wiener Krankheit) – österr. Nahrungsmittelproduktion kann 1918/19 nur ein Viertel bis ein Drittel des Bedarfs decken – neue Formen der Selbstversorgung (Schrebergartenexplosion)

Ausländische Hilfsaktionen aus Angst vor dem Kommunismus durch Reliefkredite (Lebensmittellieferungen) Überwindung der Hungersnot

Ähnlich bedrohlich wie Ernährungskrise Energiekrise

Zusammenbruch des Reichs im Herbst 18 raubt Hof, Adel, Hochbürokratie, Offizierkorps Stellung, Ansehen und gesellschaftliche Macht

überkommenes Wertsystem revolutionäre Grundstimmung

Bedeutungsgewinn der Räte ab Spätsommer 1918

Räte bis März 1919 unter sozialdemokratischer Kontrolle, im Februar 1919 SD stärkste Partei bei Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung

SDAP gegen sozialistische Revolution im Frühjahr 1919 wegen Gefahr der Spaltung Österreichs und der völligen Isolierung der Arbeiterschaft

Beschränkung auf einige Sozialisierungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Betriebe (staatl. Kriegsindustrie)

Nach Scheitern der ung. Räterepublik im Sommer 1919 und kommunistischer Putschversuche im Frühjahr bzw. Juni 19 geht Bedeutung der Räte zurück, durch Betriebsrätegesetz geht Interessenvertretung der Arbeiter in Betrieben an diese über

**Zwischenkriegszeit – Anpassungsschwierigkeiten auf dem Weg in die Kleinstaatlichkeit**

1. Republik

Ausgangssituation:

Der Staat, den keiner wollte – Nationsfindung

Wirtschaftliche Ausgangssituation

Aufbruch versus Untergang

Soziale Ausgangssituation

Sozialgesetzgebung 1918-1920

Wende nach links – Wende nach rechts

Die unheilvolle politische Polarisierung

Inflation: Verkehrte Welt – Sanierungskonzepte

Zwischenkriegszeit von Frage überschattet: Sind die Österreicher Österreicher oder Deutsche? In Monarchie Doppelidentität deutsche vermittelt durch Herkunft, Sprache, und österreichische, die sich auf Donaumonarchie bezog

Am 12. Nov. 1918 beschließt provisorische Nationalversammlung Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich. Artikel 2 lautet. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik

Im Friedensvertrag von St. Germain jedoch Anschlussverbot

Wirtschaftlich charakterisiert durch Periode der wirtschaftlichen Stagnation (BIP, Industrieproduktion, Außenhandelsvolumen, wirtschaftssektorale Verteilung der Berufstätigen)

Phase der langsamen Adaptierung – erschwert durch Inflation, später durch Weltwirtschaftskrise

Verfehlte Wirtschaftspolitik – mangelnde Lösungskonzepte, Schreckgespenst Inflation, Druck von außen

mangelnde internationale Unterstützung, Hilfeleistung und Kooperation

Unterschiede zwischen Anleihepolitik der Zwischenkriegszeit und Marshall-Plan – unterschiedliche Verwendungsmöglichkeiten

**Die wirtschaftliche Ausgangssituation 1918 – Das Erbe der Habsburgermonarchie**

Ausgangssituation der jungen Republik drückte der weiteren Geschichte ihren Stempel auf

These von der wirtschaftlichen Nichtlebensfähigkeit Österreichs bestimmend für unmittelbare Nachkriegszeit (Reststaat, Der Staat, den keiner wollte)

hängt zusammen mit

**wirtschaftliches Erbe**

- einige Industriezweige über- (Lokomotiv-, Waggon-, Automobilerzeugung), andere unterrepräsentiert (Kohle, Zucker),

- Aufbrechen der Arbeitsteilung (in Textilerz. hpts. Druck- u. Veredelungsind., in Böhmen hohe Webereikapazitäten)

- überdimensionierter Staatssektor und Beamtenapparat, Hauptproblem Wien („Wasserkopf“)

- Ldw. unterentwickelt

- aus Binnenhandel Außenhandel

pos. Erbe: Eisenind., Edelstahlind., Eisen- und Metallverarbeitung, Maschinenind., Elektroind., Papier, Leder, Gummi

während des Krieges durchgeführte Kapazitätserweiterungen problematisch (öst. Spezifikum Wegbrechen des Absatzmarktes, erschwerte Außenhandelsbeziehungen)

mehrere Alternativen erwogen: Anschluss (Sozialdemokratie, Deutschliberale bzw. -nationale) bzw. Donauföderation (Teile der Wirtschaft)

gemessen am Volkseinkommen günstige Startposition bei 22,3% der Bevölkerung 29,7% des Volkseinkommens (nur Tschechoslowakei günstiger 34,3% der Bev., 44,7% des Volkseinkommens)

**Feindliche Umwelt**

provinzieller Neomerkantilismus (Bundesländer verweigern Wien Hilfestellung, Joseph Roth lässt den Bruder des Grafen Chojnicki in der „Kapuzinergruft“ die „Verwaldung Wiens“ beklagen, sieht Österreich von „christlichen Alpentrotteln“ beherrscht)

zugleich seitens der Nachfolgestaaten neomerkantilistische Wirtschaftspolitik zumindest zu Beginn – langer Wunsch nach Selbstständigkeit erfüllt

schützen sich mit Hochschutzzollpolitik – wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit Nachfolgestaaten (CSR, Ung, Pol, Jug, Rum) bleibt aber stark: 1937 noch immer 35% der Exporte

zunächst **Unklarheit wegen Friedensverträgen**

hart aber nicht bewusst demütigend

zentrale Punkte Reparationen, Schuldenregelung und handelspolitische Neuordnung

Reparationen letztendlich nichts bezahlt

Ursprgl. Konfiskation sämtl. Vermögenswerte im Ausland, letztlich entschärft – Schuldenregelung durch Inflation belanglos

Einige Bestimmungen entmutigender Effekt auf öffentliche Meinung: handelspol. Begünstigungen für Siegerstaaten, Generalpfandrecht (für Reparationsansprüche)

Betonung der eig. wirtsch. Schwäche quasi Staatsdoktrin, Bestandteil pol. Strategien

Territoriale Verluste, z. T. Anschlussbestrebungen,

**Sozialpolitische Reformphase 1919/20**

a) Sozialisierung Überführung von Schlüsselsektoren der öst. Wirtschaft in öffentl. Eigentum, letztlich nur für einige ehem. Heeresbetriebe

3 Sozialisierungsgesetze (u.a. Betriebsräte Mai 1919)

b) rd. 80 Arbeits- und Sozialgesetze Arbeitslosenunterstützung/vers.

8-stündiger Arbeitstag

bezahlter Urlaub für Arbeiter (mind. 1 Jahr Beschäftigung)

Sonntagsruhe, Ladenschluss

Durch Einrichtung der Einigungsämter u. Verknüpfung mit Kollektivertragsbestimmungen breitere Geltung der Kollektivverträge

Mieterschutz/Mietengesetz

Ausdehnung der Sozialversicherung Neuregelung der Krankenversicherung bei Staatsbediensteten, Landarbeiter 1921 in Unfall- und Krankenversicherung einbezogen

Mehrere Versuche einer institutionalisierten Zusammenarbeit zw. Unternehmer und Arbeitnehmervertretern, 1920 Gründung der Arbeiterkammern; Aufschwung der Gewerkschaften, in 20er Jahren gebremst

Später unter bürgerlichen Regierungen „Kampf gegen soziale Lasten“ im Vordergrund (Charles Gulick)

Änderung der polit. Kräfteverhältnisse, ab 1920 Wahlsieg der Christlichsozialen und Ende der Großen Koalition bis 1933/38 nur bürgerliche Regierungsmehrheiten aus CS, Landbund, Großdeutscher Volkspartei und Heimwehren, zw. 1918 und 1933 22 Regierungen mit 11 verschiedenen Regierungschefs

SDAP 1929 650.000 Mitglieder, höchste Mitgliederdichte Europas, 400.000 Parteimitglieder in Wien

SD stützt sich auf drei Säulen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaften – Otto Bauer

Ignaz Seipel 1876-1932, führte fünf Regierungen 1922-24 1926-29, 1924 durch Attentat schwer verletzt

CS einerseits Partei des Kleinbürgertums, zugleich aber von Teilen des Wirtschaftsbürgertums, dazu starke Verankerung in Bauernschaft

Für Offiziere, Beamte, Pensionisten, Hausbesitzer, Rentiers war die Republik das Symbol ihres gesellschaftlichen Positionsverlustes, für Unternehmer bedeutete Republik hohe soziale Lasten, für Bauern war Republik jenes System, das Landarbeiter aus dem Dienstbotenstatus befreite und damit Gewerkschaften und Klassenkampfparolen auf dem Land die Ausbreitung gestattete

Daher keine Identifikation der bürgerlichen Schichten mit der bürgerlichen Republik, einmal an die Macht gelangt, ging es darum, den revolutionären Schutt zu entfernen, Arbeiterschaft bzw. Sozialdemokratie waren eigentlicher Träger der Revolution gewesen, für Arbeiter bedeutete die Republik Achtstundentag, Arbeiterurlaub, Betriebsrätegesetz und Arbeitslosenversicherung

generell Übergang zur Demokratie in vielen Staaten mit Funktionserweiterung des Staates verbunden, der nun nicht nur sozialpolitische, sondern auch konjunkturlenkende, wirtschaftskontrollierende und einkommensumverteilende Aufgaben wahrnimmt – Verlagerung zu Massensteuern

**Inflation und Stabilisierung**

**Schreckgespenst Inflation**

wirtschaftspolitische Nachwirkungen bis in 30er Jahre, von Keynesianismus weit entfernt

Ende WK I riesiger Geldüberhang, hohe Teuerungsraten

Gründe: „Entgüterung“ (daher kein Gleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge) Mangel an Rohstoff und Arbeitskräften

Importabhängigkeit > steter Anpassungsdruck auf Krone > treibt Inlandspreisniveau in die Höhe – Frage nach Handlungsspielraum schwierig

Explosion des Budgetdefizits bis zu 50% der Einnahmen > Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, umfangreiche Lebensmittelsubventionen Juli 1919 bis Juni 1920 25%, Juli 1920 bis Juni 1921 bereits 58% der Staatsausgaben), zunächst beträchtliche Zahlungen für Tilgung der Kriegsanleihen

dafür zunehmend Notenpresse herangezogen > ab 1921/22 neues Stadium Hyperinflation (zw. 1914 und 1921 jährliche Preisverdoppelung, ab Herbst 1921 monatliche Preissteigerungen um 50% - Lebenshaltungskosten bis Sommer 1922 das 14.000fache der Vorkriegszeit) > Österreich geriet in eine Finanzkrise, die einem Staatsbankrott gleichkam

Flucht aus und Spekulation gegen die Krone drückt Kronenkurs auf Devisenmärkten, der zu Kriegsende noch deutlich über Kaufkraftparität der Krone gelegen war, 1919 und 1920 weit unter die Kaufkraft, was zu „Exportprämie“ führte und Österreich zu „Preisparadies“ machte

„Ausverkauf“ von Österreichs Wirtschaft (Alpine Montan, DDSG, tw. Steyr, Veitscher Magnesit)

Positive Wirkungen, aber auch zerstörerische Wirkungen

Rasche Ankurbelung der Produktion, BIP steigt 1921 und 22 stark an

kurze Hochkonjunktur (nahezu Vollbeschäftigung) und Ausverkauf

Fehlveranlagung wirtschaftlicher Ressourcen

Hyperinflation führt zu Nivellierung der Arbeitnehmereinkommen

> sichtbarster Ausdruck der Auflösung des Wertesystems der alten Gesellschaft

Verschiebung im gesellschaftlichen Gefüge

Inflation mit unterschiedlichen Auswirkungen: Industrielle und kommerzielle Unternehmer profitieren wie Bauern (durch Entschuldung, zgl. Erträge/Gewinne erheblich reduziert) – brutale Umverteilung zu Lasten der Sparer, Geldvermögensbesitzer, Kriegsanleihezeichner und Rentenbezieher sowie der Hausbesitzer und „Fixbesoldeten“, also des Bürgertums (Gefühl materieller Enteignung verband sich mit dem politischer Machtlosigkeit)

Wirkung der Inflation erzeugt nachhaltig Ressentiments (insb. Im Bürgertum, gg. Inflationsgewinner, sog. „Schieber“ – C. Castiglioni, S. Bosel) – fördert Aufkommen antidemokra-tischer Tendenzen Inflationsopfer suchen Schuld bei Juden, Sozialisten, Demokraten, Ausländern - Neureiche und Kriegsgewinner prägen auch die Fremdenverkehrsorte (Preisparadies) und schüren Ausländerfeindlichkeit

letztlich Völkerbund

Kombination konsequenter Sparpolitik und gezielten Einsatzes von Anleihegeld

Genfer Sanierung (drei Genfer Protokolle 1922) besiegelt endgültig Weg der kapitalistischen Marktwirtschaft

650 Mio Goldkronen zum Ausgleich des Bundesbudgets sowie zur Beendigung der Defizitfinanzierung durch ÖNB

Abbau von 100.000 öst. Staatsangestellten (von insg. 270.000)

damit verbunden Einschränkung der staatlichen Souveränität Österreichs

umstritten, ob wichtiger und richtiger Schritt zur wirtschaftlichen Normalisierung oder innenpolitisch motivierte Unterwerfung unter Diktat der internationalen Hochfinanz

rasche Sanierung weniger durch Ausgabenreduzierung als durch günstige Entwicklung von Staatseinnahmen – Einführung der Warenumsatzsteuer 1923 (1923 9% der Bundeseinnahmen)

Stabilisierung der Kronenwährung, Übergang zum Schilling Ende 1924 – Währungsstabilisierung gelingt (1S = 10.000K), Gesundung der Volkswirtschaft nicht

1924-26 Zeit der Bankenskandale Korruptionsexzesse > verspätete Sanierungskrise (Depositenbank, PSK)

Banken trachten ihre Industrieimperien aufrechtzuerhalten Alternativen: Konzentration auf öst. Wirtschaft bzw. Beibehalten der trad. Einflusssphären „business as usual“ – durch Nostrifizierung geschwächt, Durchdringung durch internationales Kapital, von 10,4% Auslandsanteil 1913 auf 30,5% 1923 – 1925 ausgewiesenes Eigenkapital (AK + offene Reserven) der Großbanken nur noch rund 20% des Wertes von 1913

Krise aber nicht nur wegen Auslandskreditierung, sondern aus versch. Gründen, einer davon „borrowing short, lending long“

„Einfrieren“ der kurzfristigen Kredite wesentliche Ursache für Bankenzusammenbrüche; Gründe: Anschein von Prosperität, um Verluste vor Öffentlichkeit zu verbergen, Rücksichtnahme auf jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen

strukturelles Leistungsbilanzdefizit – durch Zerfall der Habsburgermonarchie verringerter Außenhandel

Handelsbeziehungen müssen warenmäßig und regional umgestellt werden > Erschließung neuer Märkte, Anpassung der Produktionsstruktur an geänderte Absatzmöglichkeiten > führt zu Primitivierung der Exportstruktur (1921 Anteil Fertigwaren an Gesamtausfuhr 91%, 1932 70%)

insg. Außenhandelsvolumen deutlich zurückgegangen

Maßnahmen der 20er:

Förderung der Landwirtschaft > steigender Anteil der Ldw. am BNP (1913 11,2%, 1934 15%, 1950 18%) – klein- und mittelbäuerlicher Charakter – günstige Entw. der Ldw. endet 1928 – in 30er Jahren verstärkte staatl. Interventionstätigkeit

Ausbau der Energiekapazitäten durch Wasserkraftwerke (insb. 1919-24)

Elektrifizierung z. B. der Eisenbahn (bis 1927/28, ab 1934/35) – West-Ost-Verbindung als neue Hauptverkehrsachse muss ausgebaut werden

Aufschwung der ind. Produktion (jedoch langsamer als in übr. europ. Staaten) –Wachstumsbranchen Holzverarbeitung, Papier und chem. Industrie

Zeit der Rationalisierungen in der Industrie (Steyr-Werke 1926 Fließbandfertigung)

Zugleich unausgelastete Kapazitäten 1925 Auslastungsgrad der Industrie 50-60%, 1928 (am Gipfel der Konjunktur) 80%

hohe Zinssätze als Hypothek der Inflation Hauptgrund der mangelnden Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit – Grund für Hochhaltung des Zinsniveaus: Banken wollen ihre Verluste möglichst rasch wieder wettmachen

Jahre der allmählichen Erholung, von 1924 bis 1929 stieg reales BNP um durchschnittlich 3,5% im Jahr

1929 Konjunkturhöhepunkt dennoch Pro-Kopf-Einkommen übersteigt kaum jenes von 1913, BIP liegt geringfügig über jenem von 1913, Industrieproduktion überhaupt nie über Niveau von 1913 (1929 98%)

allmähliche Motorisierung, Beginn der Zivilluftfahrt 1922/23

ab Mitte 20er viele Investitionen in Fremdenverkehr, Salzburger Festspiele (Max Reinhardt, Hugo v. Hofmannsthal), Wintersport beginnt populär zu werden – Änderung ab 1930, ab 1933 1000 Mark-Sperre Wirkung insb. im Westen einschneidend) > Wechsel der Herkunftsländer

Filmwirtschaft, 1928 erster Tonfilm; 1924 nimmt RAVAG ihren Betrieb auf – pol. Macht wird bald klar, bei Putschversuchen 1934 und 1938 RAVAG wichtiges Ziel

Blüte der Literatur Joseph Roth, Arthur Schnitzler (1921 Reigenskandal), Robert Musil, Stefan Zweig, Hermann Broch, Karl Kraus, der Architektur (Adolf Loos, Josef Frank), in der Musik Schönberg, Berg, Webern, silbernes Zeitalter der Operette (Lehar, Kalman), Kabarettblüte (Farkas, Fritz Grünbaum), in Kellertheatern Jura Soyfer, in Bildhauerei/Malerei Wotruba, Kokoschka, Kubin, Böckl

Dazu Freud, Psychologe Bühler, Nobelpreisträger Wagner-Jauregg, Karl Landsteiner, Physiker Schrödinger

Blütezeit des Roten Wien: Finanzreferent Hugo Breitner, Schulreformer Otto Glöckel, Kommunaler Wohnbau - Aufbau einer von der Wiege bis zur Bahre geschlossenen Organisationskette, Modell einer Gegenkultur gegen dominierende bürgerliche (u. katholische) Alltags- und Feierkultur

Politische Polarisierung verstärkt durch Ereignisse 1927 (Schattendorf 30. Jänner bei Zwischenfällen zw. Frontkämpfern und Schutzbund 2 Tote > Schützen werden von Geschworenengericht am 14. Juli freigesprochen 15. Juli Justizpalastbrand) und 1934, von 1927 bzw. 1929 an kann man von latentem Bürgerkrieg sprechen

Heimwehren zunehmend politisches Gewicht, 1930 Korneuburger Eid Verwerfung des Parlamentarismus und des Parteienstaates, radikaler Ton auch in SD, etwa im Linzer Parteiprogramm 1926 Politik jedoch eher defensiv

Bei letzten Nationalratswahlen 1930 enttäuschendes Ergebnis für Nationalsozialisten, erste große Erfolge bei Landtagswahlen 1932

**Krisenhafte Erscheinungen: Weltwirtschaftskrise, CA-Crash, Ständestaat**

Zur Bankkrise kommt Industriekrise, dazu ab 1931 intern. Finanzkrise

Im Mai 1931 muss CA Verlust von 140 Mio S bekannt geben - ÖNB verliert in der Folge (von Ende April bis Mitte Oktober) 750 von 850 Mio. S Gold, Devisen und Valuten > Panik unter Gläubigern in Deutschland, überträgt sich auf England (Sept. 31 Suspendierung der Goldeinlösepflicht der BoE)

Währungskrise nicht, weil ausländ. Gläubiger ihre Gelder zurückwollten, sondern wegen inländ. Kapitalflucht

CA-Crash zieht Lausanner Anleihe 1932 nach sich

Creditanstalt muss wegen ihrer beherrschenden Stellung im österreichischen Wirtschaftsleben gerettet werden

**Konzentrationsprozess im österreichischen Bankensektor**

**1926 - 1934**

**Bodencreditanstalt Creditanstalt**

**1926 Übernahme der Wr. Filiale der Anglobank**

**1927 Fusion mit Union- und**

**Verkehrsbank**

**1929 unter Druck der Regierung Übernahme der Bodencreditanstalt**

**1931 CA-Crash – Sanierung durch Staat und ÖNB**

**1934 Fusion mit Wr. Bankverein**

**zur Österreichische Creditanstalt-Wiener Bankverein**

**chronische Krise des öst. Bankwesens:**

Folge des Zerfalls der Donaumonarchie,

der in der Inflation erlittenen Substanzverluste,

der Industriekrise in den 20er Jahren,

nicht zuletzt gravierender Fehlentscheidungen des Managements

langsam einsetzendes Krisenmanagement, erst ab 1932

vorsichtige Industriepolitik 1934 z. B. Steyr-Daimler-Puch Fusion (Automobilerzeugung aus NÖ abgezogen, auf Steyr konzentriert)

vorher zu große Nachsicht bei Krediten, dann zu große Zurückhaltung wegen überragender Bedeutung der CA als Kreditgeber und nunmehriger Kreditrestriktionspolitik Abwärtsbewegung der Konjunktur beschleunigt

Im Juni 1931 Rücktritt der Regierung, Angebot an Sozialdemokraten, in Regierungskoalition einzutreten, wird von diesen abgelehnt

> für Budgetsanierung und Währungsstabilisierung Lausanner Anleihe (308 Mio S – ausschließlich für finanzielle Transaktionen verwendet)

Budgetausgleich nur durch massive Ausgabenkürzungen

Geringe Ausgaben für Investitionen kommen einem völligen Verzicht einer aktiven Wirtschaftspolitik gleich

Projekt einer Zollunion mit Deutschland scheitert am französischen Einspruch, Lausanner Anleihe 1932, hinter der Franzosen und Engländer standen, ruft akute Krise des öst. Parlamentarismus hervor, verordnet strikten Sparkurs

Zur CA-Krise kommen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise

Industrielle Produktion fiel von 1929 bis zum Tiefpunkt 1933 um 38%

BNP um 20%, österr. Warenexporte um 65%

Marktliberale Ideologie verliert an Glaubwürdigkeit – zunehmend finden Gegner der Marktwirtschaft aus radikal demokratiefeindlichem Lager Gehör

Sanierungslasten 1931/32 stärken antidemokratische Bewegungen > Stimmengewinne der Nationalsozialisten 1932

In Regierung Dollfuß I 2 Heimwehrminister

- Arbeitslosigkeit nimmt katastrophale Ausmaße an

Massenarbeitslosigkeit 1933 27% aller Arbeitnehmer (an die 600.000 Menschen – nur 50-60% erhalten Arbeitslosenunter-stützung – danach Notstandsunterstützung, dann „Aussteuerung“, besonders stark in der Industrie), 1937 21,7%

Branchenweise: insb. Bauwirtschaft und Eisen- und Metallindustrie

Zentren der Arbeitslosigkeit: Marienthal, Ternitz, Hirtenberg, Enzesfeld, Wr. Neustadt, Obersteiermark, Steyr, Hüttenberg in Kärnten

Von Schuschnigg propagierte „Arbeitsschlacht“ erfolglos

Auswirkungen des in der WWK um sich greifenden Protektionismus und des Zusammenbruchs des intern. Handels besonders gravierend

Ab 1933/4 Phase allmählicher Erholung: Vervierfachung der Roheisenerzeugung, Verdreifachung der Stahlproduktion zw. 1933 u. 37

In der Periode von 1913 bis 1937 Schrumpfung der Volkswirtschaft real um 0,4%, von 1929 bis 1937 um 1,8%

Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes 1913-1937

(Index 1913 =100)

1913 100

1920 66,4

1925 94,5

1929 105,1

1933 81,5

1937 90,9

Insgesamt Bedeutungsrückgang Europas, Krise des internationalen Währungssystems, bislang schwerste Depression

deflationärer wirtschaftspolit. Kurs

Credo: Stabilhalten der Währung bei ausgeglichenem Staatsbudget, an Spitze der ÖNB seit 1932 Viktor Kienböck

keine liberale Wirtschaftspolitik – Hochzollschutzpolitik Bevorzugung der Ldw., die zunehmend protektionistischen und interventionistischen Rahmen erhält - Preisfestsetzungen und Mengenregelungen setzen Marktkräfte weitgehend außer Kraft > 1937 4/5 des Nahrungsmittelbedarfs aus eig. Produktion gedeckt;

dazu radikale Importsenkung durch Einfuhrverbote > starker Rückgang des Außenhandels, zweite wirtschaftliche Desintegration (nach pol.-wirt. D. 1918)

durch fehlende Gewerkschaften Möglichkeit zu Lohnkürzungen

für Beschäftigungslage fatale Hartwährungspolitik

1937 ausgeglichene österr. Leistungsbilanz (doch nicht Ausdruck einer Gesundung – Rothschild spricht von retrogressiver Anpasssung, wenige neue zukunftsträchtige Branchen aufgebaut, sondern veraltete leistungsschwache sterben ab)

BIP erst rund 90% jenes von 1913

**Der wirtschaftspolitische Kurs in den 1930er Jahren**

**- Kürzung der Sachausgaben und Investitionen**

**- Kürzung der Arbeitslosenunterstützung**

**- Kürzung der Bezüge der Bundesangestellten**

**- Erhöhung der Zölle**

**- Erhöhung der Tabakpreise**

**- Neueinführung bzw. Erhöhung von Steuern**

Intensivierung autoritärer Strömungen in der Politik; ab 1932 Reihe von Notverordnungen, Hauptverband der Industrie fordert „Regime aufgrund erweiterter Vollmachten“, Wegräumen des „revolutionären Schutts“

Sandgruber verwendet Terminus Wirtschaftsdiktatur und charakterisiert Wirtschaftspolitik des Ständestaates als Mischung aus Technikfeindlichkeit und Antikapitalismus

Austrofaschismus es fehlt jugendliche Basis (>NS), keine völlige Gleichschaltung des öffentlichen Lebens, nationalistische Komponente seit 1933 weitgehend von NS besetzt, schmale Zustimmung zum Ständestaat, fehlende Massenbasis trotz parteiübergreifender Sammelbewegung, der sog. Vaterländischen Front, starke Verbundenheit mit dem Katholizismus, neue Verfassung 1. Mai 1934

Nach (Selbst)Ausschaltung des Parlaments wird aufgrund von Notverordnungen regiert, auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917, 1934 Bürgerkrieg im Februar, im Juli 1934 NS-Putschversuch mit Ermordung Dollfuß’, auf den Schuschnigg folgt

Juli-Abkommen 1936 erste entscheidende Kapitulation vor Hitler, Verpflichtung der Regierung Schuschnigg, Politik zu machen, die dem deutschen Charakter Österreichs entsprach

Hoffnungen vieler Österreicherinnen und Österreicher wandten sich dem Nachbarn Deutschland zu, dessen Wirtschaft enorme Erfolge erzielte

Hoffnung auf wirtschaftlichen Aufschwung auch unter Bauern, Agrarsubventionspolitik des Ständestaates begünstigte große spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe

beim Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938 großteils Jubelstimmung

deutscher Einfluss auf die österr. Wirtschaft dürfte überschätzt worden sein, doch gerade einige der wichtigsten Industrieunternehmen (Alpine Montan, Siemens-Schuckert, Böhler) unter dt. Kapitaleinfluss und Zentren der nationalsozialistischen Agitation

**3 Grundprobleme der Zwischenkriegszeit**

Definition des nationalen Charakters des neuen Staates Österreich Anhängsel Deutschlands oder unabhängiger seiner Eigenpersönlichkeit bewusster Staat > nationaler Grundkonsens fehlt

Problem, Österreich gesellschaftliche Ordnung zu geben und staatl. Rahmen zu verleihen, die Zustimmung bei überwiegender Mehrheit der Bevölkerung gefunden hätten

Demokratischer Grundkonsens fehlt, SD wollen klassenlose Gesellschaft, CS wollen ständische Gesellschaft auf Basis christlicher Ordnungsvorstellungen, Deutschnationale wollen ständisch organisierten Volksstaat der gesamten dt. Nation

Legende von der Nichtlebensfähigkeit Österreichs zu widerlegen

1927 Schattendorf – Brand des Justizpalastes

1929 Fall der BCA, Putschgefahr Diskussion um Verfassung

1930 Stärkung der Heimwehr (Korneuburger Eid), Heimwehrvertreter in Regierung

1931 Zusammenbruch der CA

1932 Landtagswahlen bringen große Erfolge der NS

4. März 1933 Ausschaltung des Parlaments, es folgt Reihe von Verordnungen aufgrund kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes

12.-15. Februar 1934 Bürgerkrieg

1. Mai 1934 Verfassung des Autoritären Ständestaates verkündet

Juli 1934 Putschversuch mit Ermordung Dollfuß’ Nachfolger Schuschnigg

Juli-Abkommen 1936

Enthusiasmus gegenüber dem Anschluss aus Versagen des Ständestaates auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik erklärbar

Frage nach wirtschaftspol. Handlungsspielraum bleibt strittig: Felix Butschek schätzt ihn gering ein, Fritz Weber eher höher und verweist auf Umdenkprozess der Regierung – Arbeitsbeschaffungsprogramm vom Februar 1938, das nicht mehr realisiert wurde

**Österreich in der Zeit des Nationalsozialismus**

11. März 1938 Regierung Schuschnigg tritt zurück, Absage der für 13. März vorgesehenen Volksabstimmung

12. März Deutsche Truppen überschreiten öst. Grenzen

13. März Hitler verkündet in Linz Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich

15. März Hitler auf Heldenplatz in Wien

10. April 1938 Volksabstimmung über Wiedervereinigung mit dem Dt. Reich, trotz Ausschlusses von Juden etc. Ergebnis überwältigendes und keineswegs erzwungenes Vertrauensurteil für Hitler

Systemwechsel ermöglicht durch Gleichschaltung und Loyalität der österreichischen Beamtenschaft, der Polizei und des Bundesheeres

Zunächst ab 1939 Bezeichnung Ostmark, 1940/42 Umbenennung in Alpen- und Donau-Reichsgaue

Zum Aufstieg der NS-Bewegung

Anfangs teils sozial-progressive und revolutionäre NS-Zielvorstellungen

NS-Bewegung keine Kluft zw. radikaler Phrase und radikaler Tat, besonders fasziniert davon Studenten und Akademiker, Freiberufler, Staatsbedienstete, Angestellte, Selbständige (v. a. aus Handel) – großer Zustrom bei Jugend und bei gebildeten Schichten

Frauen und Arbeiter eher unterrepräsentiert

Verelendung durch Weltwirtschaftskrise verstärkt Zustrom zu NS, auf institutioneller Ebene zahlreiche nationale Vereine, etwa dt. Turnvereine, Schulvereine

Erfolg der NS etwa bei Landtagswahlen 1932 Ausschöpfung des Reservoirs der großdt. orientierten Beamten und Angestellten und der landbündlerischen Bauern, dazu Vertreter mittelständischer Wirtschaftsinteressen und Teil des katholisch-konservativen Kleinbürgertums

Hohe Fluktuation der NS-Mitglieder, Etikettierung als kleinbürgerliche Protestbewegung zu eng

These Bruckmüller: nicht traditionelle Lagerbindung, sondern ihre Auflösung bot Ansatz für Aufstieg des NS, Ersatz: Eintritt in die deutsche Volksgemeinschaft

Es gelang Nazis großen Teil des zwischen 1934 und 1938 erweiterten Frustrationspotenzials für sich zu mobilisieren

Führerkult zeigt religiöse Qualität des NS, NS befriedigt Erlösungssehnsüchte

Historische Wurzeln

Kreation von Feinbildern; Antisemitismus (Lueger, Schönerer)

Feindfiguren: Juden, internationales Kapital, marxistischer Bolschewismus

15. März alle jüdischen Beamten ihres Amtes enthoben, von allen freien Berufen ausgeschaltet, April Entlassung aller jüdischen Schüler aus öffentlichen Schulen, 10. Nov. 1938 Reichskristallnacht bzw. Novemberpogrom. In Wien 4.000 Juden verhaftet, 49 Synagogen niedergebrannt

insg. rund ein Drittel der öst. Juden umgebracht, zwei Drittel in Emigration

**Sozialer Wandel**

Nach Anschluss wurde aus Bewegung Machtapparat mit umfassender Kontrollfunktion

Stark verästelte Organisation, ständige Aufrufe, Sammlungen, Appelle, massiver Druck zur Mitgliedschaft, bereits Kinder Indoktrinierung ausgesetzt (HJ, BdM)

Ab 1934 Zerschlagung der sozial-demokratischen Organisationen, ab 1938 der des Ständestaates und der katholischen Kirche

Sinkende Zustimmung zum NS-Regime, regional am frühesten in Wien, Wiener NS-Parteigenossen wird Gauleiter aus Altreich Bürckel (Bierleiter Gauckel) vor die Nase gesetzt

Arbeiter gewinnt man zunächst durch Wiederaufnahme der Arbeitslosenunterstützung bzw. demonstrative Wiedereinstellung 1934 entlassener Gemeindebediensteter. jedoch Zustimmung flaut schon im Winter 38/39 ab

Rolle der Kirche gespalten ab Oktober 38 (Innitzer-Rede: es gäbe nur einen Führer, Jesus, am nächsten Tag Erstürmung des Erzbischöflichen Palais) Bruch, starke Kirchenaustrittswelle bis 1940, ab 1944 Wiedereintritte

Einführung Kirchensteuer 1939 sollte Kirche treffen

Krieg wird nicht gewollt, wenngleich nach ersten Siegen (Polen, Frankreich) Zustimmung ansteigt, durch Ausweitung des Krieges 1941 und spätestens nach Stalingrad im Jänner/Februar 1943 Verschlechterung der Stimmung

Seit Herbst 1944 schwere Bombardements von Innsbruck, Salzburg, Linz, Wien, Graz, Wr. Neustadt

Kriegsverlauf stärkt antideutsche Ressentiments 1945 stellt kaum jemand staatliche Trennung von Deutschland in Frage, starke eigenständige und kleinstaatliche Identität jedoch noch nicht herausgebildet

Für viele markanter materieller Aufstieg, dies blieb im kollektiven Gedächtnis haften

Sozialer Modernisierungsschub bedeutete auch Zurückdrängen traditioneller Sozialformen und kirchlich- katholischer Vorstellungen, ob wirklich Säkularisierung stattfand, bleibt fraglich

Hebung des Selbstbewusstseins, verstärkt durch Uniform Teil eines Furcht erregenden, faszinierenden und lange erfolgreichen Machtapparates, trotz früher unbedeutender Funktionen nunmehr Auftreten als Herren

**Österreichs Wirtschaft im Nationalsozialismus –**

**Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaftsstruktur**

Parallelen zu dt. Wiedervereinigung:

- Einbau einer rückständigen von stagnativen Tendenzen geprägten Volkswirtschaft in eine funktionierende Groß-Ökonomie

- Frage des richtigen Wechselkurses

- Ausgleich von Preis- und Lohnunterschieden

Österreich wieder in größeren Wirtschaftsraum eingegliedert > bedeutet beträchtliche Umorientierung (nur 15% Exportanteil Deutschlands) – ursprünglich vorgesehene Reorientierung auf Donauraum und Balkan blieb unrealisiert

Starke Exportsteigerungen nach Deutschland 1938, jedoch auf dt. Markt fiel öst. Unternehmen die Rolle eines Grenzproduzenten zu, der auf Grund überhöhter Produktionskosten nur durch überhitzte Konjunktur Aufträge erhielt

Zunächst Nachfrageboom aus Deutschland (nach Konsumgütern) – dann Konsumboom in Österreich (stark steigender Umsatz von Verbrauchsgütern, enormes Weihnachtsgeschäft 1938) durch Wiedereingliederung von (130.000 ausgesteuerten) Arbeitslosen in Unterstützungsformen, Beschäftigungszunahme, Einführung von Familienbeihilfe und Ehestandsdarlehen

Auch psychologisch bedingt, 1939 noch starkes Ansteigen der Heirats- bzw. Geburtenrate – Kriegsgefahr dürfte unterschätzt worden sein

Investitionsboom in eine dem Kalkül der Aufrüstung unterworfene Richtung (Straßenbau, Kraftwerksbauten, …)

Hoher Stellenwert ökonomischer Motive für Anschluss: Bedarf an Arbeitskräften, unausgenutzten Industriekapazitäten (die Österreich dazu prädestinierten, als verlängerte Werkbank des Dt. Reiches zu fungieren) und Bodenschätzen (Erzen, Magnesit, Erdölreserven, ausbaufähige Wasserkräfte), Holzreichtum, Devisen- und Goldreserven, strategisch Position Österreichs auf dem Weg nach Südosteuropa Banken insb. CABV > paradoxerweise bestand Attraktivität der öst. Wirtschaft nicht zuletzt in ihrer Schwäche und geringen Auslastung

Kurzfristige Motive jedoch sicherlich politischer Natur und nicht durch kritische Zuspitzung der Wirtschaftslage im Deutschen Reich motiviert, einzig aus angespannter Devisenlage ergibt sich Handlungsbedarf

(Tatsächlich eingehobener Betrag entsprach rund einem Viertel des österr. BNPs von 1937, davon nur rund ein Drittel durch öffentl. Aufträge in öst. Wirtschaft zurückgepumpt)

Eingliederungsprozess warf Reihe komplizierter Probleme auf

- etwa Festlegung der Währungsrelation (entschied über Preis- und Lohnniveau – über Gläubiger-Schuldner Beziehungen und über Konkurrenzfähigkeit öst. Produkte auf dt. Markt

Relation von 2 RM zu 3 S entsprach einer Aufwertung des Schillings gegenüber offizieller Notierung – propagandistische Maßnahme für Volksabstimmung, um Österreichern mehr Kaufkraft zu geben > öst. Waren wurden für dt. Käufer teurer und ihre Konkurrenzfähigkeit dadurch verringert

Aufrechterhaltung des Zollschutzes für Öst. bis Okt. 38

**Arbeitsbeschaffung**

Öst. Arbeitslosenrate sinkt von 22% 1937 auf 12,7% 1938 und dann auf 3,7% 1939

Reduktion auf Budgetdefiziten aufbauend

Teil ging ins Altreich; Ausweitung der Bürokratie; Armee und Arbeitsdienst (im Oktober 38 Reichsarbeitsdienst eingeführt); aus Arbeitsprozess Verdrängte

Wiederum enorme propagandistische Aufbereitung (in erster Linie für Volksabstimmung) – Verkündung div. Aufbauprogramme, Aufnahme von Arbeitern in Donawitz und Steyr

Es profitiert in erster Linie Baubranche

Viele Musterprojekte (Autobahnbau, Kraftwerksbauten) blieben in Ansätzen stecken, rapide Zunahme von Arbeitskräften war aber in erster Linie eine Nebenerscheinung von Aufrüstungsprojekten (Wr. Neustädter Flugzeugwerke, Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring Linz, Wehrmachtsbauten)

gewissermaßen zivile inländische Komponente: sprunghaft ansteigende private Konsumnachfrage

stark anwachsendes BNP 1938 (+12,8%), 1939 (+13,3%)

Schwerpunkt im Gegensatz zu ZKZ auf Industrie und Bauwirtschaft

aber von Anfang an rüstungsorientierte Wirtschaftspolitik in NS-Österreich – Ausbau der öst. Wirtschaft erfolgte nach wehrwirtschaftlichen Bedürfnissen, zeigt sich etwa im wachsenden Anteil der Investitionsgüter und im sinkenden Anteil von Konsumgütern; Position der Wiener Luxusindustrie (Schuhe, Möbel, Hüte, Mode) durch Anschluss zerstört

größte Welle von Eigentumsübertragungen und Vermögensverschiebungen, die Österreich je erlebt hat

Germanisierung (oft Großbetriebe – Histkomm unterscheidet zw. staatl. bzw. unter Staatseinfluss stehenden Unternehmen, dazu gehört auch CA-Industriekonzern, ÖCI, ÖIKAG, ÖNB, und sonst. unfreundlichen Übernahmen von öst. oder intern. Unternehmen) und „Arisierung“ (zumeist Enteignung bzw. Liquidation kleiner jüdischer Betriebe, die auf Strukturbereinigung in Kleingewerbe und Handel abzielt) > „Arisierung“ trug wesentlich dazu bei, negative ökonomische Auswirkungen der Rüstungskonjunktur von breiten Schichten der Bevölkerung fernzuhalten – ähnlich Abwälzung der Kosten der Großmacht- und Kriegspolitik auf die besiegten und unterworfenen Völker

Von 33.000 als jüdisch definierten Betrieben 5.000 „arisiert“

Man bereicherte sich an Kunstschätzen, Autos, Schmuck, Wohnungen und Einrichtungsgegenständen

Wilde Arisierungen gehen sogar NS-Führung zu weit, „Entjudung“ soll sich kontrolliert von Partei und Staat vollziehen

Erfolg der Enteignungspolitik in der Ostmark führte zu deren Übernahme durch das „Altreich“

Ab April 38 Vermögensanmeldung bei Vermögen über 5.000 RM, im Mai 38 Einrichtung der Vermögensverkehrsstelle

Öst. Staatsbesitz wird Reichsbesitz so wie Bahnen, Post und Straßennetz, Bundesforste, Monopole auf Salz und Tabak

Nur geringer Teil der Eigentumsverschiebungen auf Neugründungen zurückführbar

z. B. CA über Umwege an Deutsche Bank, muss 21 öst. Unternehmensbeteiligungen abgeben, teils an Hermann Göring Reichswerke AG (Steyr-Daimler-Puch, Simmeringer Waggonf., Steirische Gussstahlw., DDSG), teils an private Konzerne (Krupp Berndorf, Elin AG)

Interesse an Banken wegen deren traditioneller Verflechtungen und Geschäftsbeziehungen mit dem südosteuropäischen Raum

Konzentrationsprozess in fast allen Wirtschaftsbereichen Versicherungen Gemeinde Wien - Städt. Vers. wurde mit Wechselseitiger Brandschaden und Janus zusammen-geschlossen, LB und MB werden zur Länderbank Wien AG, chem., der CA nahe stehende Betriebe werden von IG Farben zur Donau Chemie AG, etliche Stromproduzenten zur Alpen Elektrowerke AG (später Verbund) zusammengefasst

Raum Wr. Neustadt neuerlich zu Rüstungszentrum ausgebaut

steigender Anteil von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen an Beschäftigten 1939 1%, 1942 10%, 1944 36% (provokante These Industrialisierung durch Zwangsarbeit von Perz/Freund)

beträchtliche Investitionstätigkeit der Industrie (wachsende Maschinenausstattung, jedoch Konzentration auf Beseitigung von Engpässen in dt. Rüstungsproduktion)

Ausbau von Industrienanlagen entlang der Donau (Nibelungenwerk St. Valentin, Mauthausen, Krems, Raffinerie und Leichtmetallwerk in Moosbierbaum, Raffinerie Lobau, Flugzeugwerke in Schwechat und Fischamend, Industriezone um Hainburg

Verdoppelung der Stromerzeugung in Österreich – starker Anstieg bei Erdölproduktion

Versorgung zwar besser organisiert als im WK I, dennoch Verbreitung von Surrogaten aller Art

Ab 1943/44 zunehmend Verlagerung von kriegswichtigen Betrieben nach Österreich, nach ersten Luftangriffen Verlagerung unter die Erde

**Bilanz des Krieges**

Opferbilanz: 1,2 Mio. Soldaten in dt. Wehrmacht Bilanz rd. 247.000 Militärtote; 170.000 mit dauernder Invalidität, fast 500.000 in Kriegsgefangenschaft

120.000 Öst. in Haft, KZ, Euthanasieprogrammen umgekommen; 25 – 30.000 Ziviltote

Von ung. 190.000 öst. Juden 66.000 umgebracht, mehr als die Hälfte der rd. 11.000 Roma und Sinti

Abwanderung von Wissenschaftlern - Brain drain: Nobelpreisträger Loewi (Pharmakologe) oder Hess (Physik), Lise Meitner (Physik), Freud, das Ehepaar Bühler (Kinder- und Jugendpsychologie), Djerassi (Erfinder der Pille) > kaum Bemühungen um Rückholung

Von der Ausgangssituation 1945 als einer Stunde Null zu sprechen, schlicht falsch – nichts zeigt dies deutlicher als ein Blick auf die öst. Wirtschaftsentwicklung nach 1945, wo die NS-Wirtschaftspolitik tiefe Spuren hinterlassen hat

**Das wirtschaftliche Erbe des Nationalsozialismus**

Relativer Rückgang der Konsumgüterproduktion

Zunahme der Großbetriebe (insb. OÖ, St)

Regionale Verschiebungen des Produktions- und Arbeitskräftepotenzials (OÖ, S, K, St, T)

> einige Historiker sprechen von Modernisierungsschub der Länder, von einer „Entprovinzialisierung der Provinz“

Verschiebung verstärkt durch Kriegszerstörungen: Osten weit mehr in Mitleidenschaft gezogen als Westen, allein Anteil NÖs an gesamtöst. Zerstörungen an Industriebauten 70%

Ob die kapazitätserweiternden Investitionen zw. 1938 und 1945 größer waren als die Zerstörungen durch Kriegseinwirkungen (inkl. Demontagen) und die Abnützung des Kapitalbestandes konnte nie eruiert werden

Nach Butschek hielten sich Nettoinvestitionen und Kriegsschäden ungefähr die Waage, nach Schausberger nach Beseitigung der Kriegsschäden bessere Bedingungen als 1937

dazu Elemente einer sozialen Modernisierung: Einführung eines neuen Scheidungsrechts, seit 1939 alle Arbeiter altersversichert, Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen,

Kluft zw. Blut und Boden-Propaganda und faktischer Industrialisierung, v. a. im bäuerlichen Bereich bitter empfunden

Zerstörung der gewachsenen dörflichen Strukturen, durch Mobilisierung der Arbeitskräfte und der Wehrmacht, ersetzt durch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, durch Arbeitsdienst verpflichtete Frauen, dazu Kinder bzw. später ganze Familien aus Bomben gefährdeten Städten

NS brachte keine auf die Bedürfnisse eines unabhängigen Österreich zugeschnittene Modernisierung, Österreich stellte wichtigen Ergänzungsraum dar, dessen Kapazitäten dort am stärksten in Anspruch genommen wurden, wo die Engpässe im ‚Altreich’ am gravierendsten waren.

Weber spricht von einer „erzwungenen Modernisierung von semi-kolonialen Zuschnitt“

Seltsame Vermischung von Fortschritt und Rückwärtsgewandtheit, etwa in der Ldw.: einerseits Modernisierung, Mechanisierung und Produktionssteigerung, andererseits durch Reichserbhofgesetz Diskriminierung der Frauen

Frage nach Modernisierung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen nur bei Trennung der Parameter der ökonomischen und sozialen Modernisierung von normativ-ethischen und politischen Grundwerten

**Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1960**

**Trümmerjahre, Wiederaufbau – Das österreichische Wirtschaftswunder**

27. April 1945 Unabhängigkeitserklärung Bildung einer Provisorischen Staatsregierung unter Renner, erste Wahlen im Nov: 64% der Wahlberechtigten Frauen, absolute Mehrheit der ÖVP (Figl), aber Koalition

nahezu Zweiparteiensystem über lange Zeit: ÖVP stellt bis 1970 Bundeskanzler, davon 4 Jahre in Alleinregierung, SPÖ dann bis 1999, davon 13 Jahre allein, 13 Jahre in Großer Koalition

Herausbildung bzw. Entwicklung einer Konkordanz- bzw. Proporzdemokratie

(= große Bedeutung von Verbänden, Parteien, Personengruppen – Verhandlungen und Kompromisse, möglichst große Übereinstimmung, Entscheidungen durch Konsens herbeigeführt)

Proporz (Posten z. B. im öffentlichen Dienst oder in der verstaatlichten Industrie werden entsprechend der politischen Stärke an Parteigänger vergeben) > verhilft SPÖ zu Verankerung im Beamtenapparat, Proporz bis späte 50er Jahre wichtige Stabilisierungsfunktion, dann auf reine Wohnungs- oder Postenvergabe reduziert

Ursprüngliche wechselseitige Kontrollfunktion wich in 1950ern und 60ern einer totalen Machtaufteilung

Beispiel für rigiden Proporz im Medienbereich, ÖVP schwarzer Rundfunk, SPÖ rotes Fernsehen, Rundfunkvolksbegehren von 1964 erster Versuch, Öffentlichkeit gegen totale Machtaufteilung zu mobilisieren

Mythos der Lagerstraße: wenige der nach 1945 maßgeblichen Politiker hatten längere Zeit in Konzentrationslagern verbracht

(weder Renner, Raab, Schärf); wichtigere verbindende Funktion wahrscheinlich Antikommunismus

oft ist von der Stunde Null die Rede: jedoch in vieler Hinsicht Kontinuität und nicht Bruch (dt.Vorschriften bleiben bestehen im Steuer- und Handelsrecht, im Kreditwesen – wirtschaftsstrukturell an dt. Investitionen anknüpfend)

Brüche und Kontinuitäten, teils Anknüpfen an Ständestaat, etwa in Universitäten oder Kultur, radikale kulturpolitische Abgrenzung vom „Preußentum“

in der Kirche zeichnet sich Bruch ab: Kardinal Innitzer sagt 1945, es wird keine politisierende Kirche mehr geben.

Einzig große Krise bzw. Schwere Belastung des Verhältnisses in weiterer Geschichte Aufnahme der Fristenlösung (Straffreiheit für Schwangerschaftsabbruch bis zum dritten Schwangerschaftsmonat) in das neue Strafrecht 1975

Großer Unterschied zur Nachkriegszeit nach 1918: Optimismus des Wiederaufbaus und Glaube an das neue Österreich - dazu Abgrenzung vom Kommunismus der Nachbarstaaten wesentliches Element für Österreich, Glauben an die Kleinstaatlichkeit zu stärken

Scheinbar identitätsstärkendes Moment sog. Opfermythos Regierungserklärung 21.12.1945: „Unser Heimatland, das erste Opfer des faschistischen Imperialismus in der Welt, ist wieder frei und selbständig geworden.“

Betonung des Widerstandes „der geboren war aus der elementaren Ablehnung eines Systems, das zutiefst dem Wesen Österreichs widerspricht, und in das Österreich nach jahrelangem harten und opferreichen Widerstand nur durch unerhörten Terror gepreßt wurde“ > damit Mitverantwortung der Österreicher für NS-Verbrechen negiert

Riesige Wanderungs- und Fluchtwelle: 1,2 Mio. dt. Soldaten die in Österreich kapituliert hatten, mehr als 1 Mio. Besatzungssoldaten, eine halbe Mio. von Fremdarmeen (Ungarn, Kroatien), 400.000 Volksdeutsche (320.000 Volks- und Sudetendeutsche siedeln sich hier an); 200.000 Reichsdeutsche zusammen mit 590.000 fremdsprachigen Displaced Persons (Zwangsdeportierte, KZ-Häftlinge, ausländische Juden)

Entnazifizierung funktionierte nur beschränkt (in Nachkriegszeit befanden noch 30 bis 50% der Österreicher, dass der Nationalsozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht durchgeführt worden war), am wenigsten im Bereich der Wirtschaft (Sandgruber), insgesamt 537.000 nach NSDAP-Verbotsgesetz registrierte Personen, davon 42.000 als belastet, Rest als minderbelastet, im April 1948 durch Minderbelasteten-Amnestie alle Berufsverbote für ehem. Nationalsozialisten weggefallen 1949 VdU (Verband der Unabhängigen – Vorläufer der FPÖ) gegründet, zunächst nicht einmal Hälfte der Wähler ehemalige Nationalsozialisten; 1954 Ausseer Programm deutschnationaler Jargon vorherrschend: „Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muß dem gesamten deutschen Volk dienen und darf nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein.“

„Insgesamt wurde der Personenkreis der Täter, Mitläufer und Mitschuldigen deutlich besser behandelt als deren Opfer“ (Sandgruber)

Nach Befreiung stand nicht eigene Verantwortung und Mitwirkung an Holocaust und Krieg im Zentrum gesellschaftlicher Debatten, sondern Situation als Opfer, als Kriegsgefangene, Bombenopfer und Verfolgte von NS-Repressionen

Opferthese nützliche Staatsdoktrin, die Reparationsforde-rungen abwenden und jüdische Restitutions- und Wieder-gutmachungsforderungen finanziell gering halten und verzögern sollte

Österreich als Sonderfall wegen der geographischen Nähe zwischen den Blocksystemen im Kalten Krieg – Überschätzung der internationalen Bedeutung Österreichs

Durch Neutralität erhielt österreichische Selbstbezogenheit permanenten und besonderen Status (Brücke zwischen Ost und West)

Oft zehn Jahre bis 1955 nur als Besatzungszeit wahrgenommen, Debatte um Befreiung Österreichs 1945 oder 1955

Ökon. und sozialer Fortschritt in 60er und 70er Jahren wird mit Neutralität in Zusammenhang gebracht, Neutralität als konstitutives Element der Nationswerdung

Weltweite Anerkennung und Reputation stärkten in Kreisky Ära Identität des Kleinstaats, damit jedoch kein Ende von Provinzialismus und permanenter Selbstüberschätzung

Ende des Kalten Krieges und EU-Integration brachten abruptes Ende der Sonderrolle Österreichs, so scheiterte etwa Antiatompolitik

Solipsismus oder permanente Ichbezogenheit für Rathkolb Konstante, die sich aus der Monarchie herleitet, als deutschsprachige Minderheit andere nationale Mehrheiten dominierte

**Wirtschaftliche Entwicklung**

Trümmerwirtschaft

beträchtliche Ausweitung der Produktionskapazitäten durch kriegsbedingte Investitionen zu Kriegsende bzw. nach Demontagen wieder verloren gegangen

dabei branchenmäßige Unterschiede: Energiegrundlagen und Grundstofferzeugung (Roheisen, Aluminium) beispielsweise stark ausgebaut

schwer beschädigte Infrastruktur

auch niedrige Wertschöpfung der Ldw. 1946 nur 61% von 1937

Pfusch und Schwarzarbeit blühen auf – Arbeitskräftemangel bei glz. Arbeitslosigkeit

(unterschiedlicher Bedarf)

Plündern und Stehlen, Organisieren, Sammeln und Tauschen als kurzfristiges Wiederaufleben archaischer Formen wirtschaftlicher Beziehungen

Schwarzmarktpreise für Lebensmittel im Sommer 1945 um das 260fache über den amtlichen, Ende 1946 40fach, Ende 1947 20fach, Ende 1948 4fach

dazu strenges Bewirtschaftungssystem

CARE und UNRRA-Hilfsmaßnahmen

Verbrauch nur zu rund 40% aus heim. Ldw. gedeckt, im Herbst 1947 Erhöhung des Tageskaloriensatzes für Normalverbraucher von 1.800 auf 2.100 Kalorien, ab 1948 Abbau der Lebensmittelbewirtschaftung, erst 1954 überschritt ldw. Produktion Österreichs Niveau von 1937

In den ersten Monaten „Außenhandel“ zw. den Besatzungszonen

Im Juni 1946 dt. Eigentum in sowj. Besatzungszone (300 Industriebetriebe, fast ganze Erdölindustrie, DDSG – rd. 55.000 Beschäftigte, rd. 5% des öst. BNP) zu sowjetisch verwaltetem Konzern zusammengefasst, der Gewinne ins Ausland transferierte

In USIA-Geschäften konnte man billig Zigaretten einkaufen, schmerzt besonders, weil Tabakbesteuerung in der unmittelbaren Nachkriegszeit zentrale Position in der staatl. Finanzgebarung einnahm

**Währungsreform**

Ausgangssituation 1945 einer erheblich geschrumpften Gütermenge steht eine rund sechsfache Geldmenge gegenüber – rigoroser Preisstopp

Durch Notenbanküberleitungsgesetz Juli 1945 Notenbank wieder in ihre Funktionen eingesetzt, glz. Schaltergesetz (60% der vorhandenen Guthaben gesperrt) und Schaffung einer Kreditlenkungskommission (Priorität auf Nahrungsmittel-beschaffung, dann Transportwesen und Wohnungswiederaufbau)

Im November 1945 Schillinggesetz (pro Person nur 150 S im Verhältnis 1:1 getauscht, Rest auf ein Konto gutgeschrieben, Betrag zu 60% gesperrt)

Erstes währungspolitisches Ziel Herstellung der Währungssouveränität erreicht

Besatzungskosten müssen bezahlt werden (Bundesregierung gibt zu diesem Zweck Bundesschatzscheine aus)

Kein inflationärer Prozess durch Preisstopp

**Verstaatlichung**

Im Juli 1946 1. Verstaatlichungsgesetz (Grundindustrien – rund 70 Betriebe - und Banken), 1947 2. VstG betrifft Elektrizitätsversorgungsunternehmen, nur Eigentumsrechte an Staat übertragen, privatwirtschaftl. Organisation blieb aufrecht

Ende der 50er rd. 130.000 Personen – Verstaatlichte liefert rund 30% der Exporte

Debatte um Rück- oder Ausbau des Grundstoffsektors letztlich zugunsten Ausbaus entschieden

Stabile internationale Rahmenbedingungen: Neue Weltwirtschaftsordnung Bretton Woods System System fixer Wechselkurse bei freier Konvertabilität; Gründung von Internationalem Währungsfonds und von Weltbank 1946, 1947 GATT mit Hauptpunkten Nichtdiskriminierung und Beseitigung von Handelshemmnissen

OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) 1947

**Auslandshilfe**

In ersten zehn Nachkriegsjahren Auslandshilfe in der Höhe von 1,585 bis 1,9 Mrd Dollar, 87% USA – im Vergleich zur Genfer Anleihe sechsfache Summe noch dazu überwiegend als Geschenk – Kriegsschäden werden auf 1,250 Mrd Dollar geschätzt

**Marshallplan** besonderer Erfolg durch Konstruktion, Käufer von Gütern aus dem Dollarraum zahlen Preis in Landeswährung in sog. Counterpart-Funds der ÖNB, jene stellt diese Mittel als niedrig verzinste langfristige Kredite Investoren zur Verfügung > stark ansteigende Investitionsquote (1929 9,6; 1937 9,4; 1948 13,7; 1952 20,9%)

Mittel fließen insb. in Elektroenergie, Eisen- und Stahl, Papier, jedoch auch in Fremdenverkehrs-Infrastruktur

Dazu erhält Österreich zweithöchste ProKopf-Quote nach Norwegen, Größenordnung von ung. 10% des öst. BNPs

Ostösterreich durch Benachteiligung vom Nachkriegsboom ausgeschlossen

Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung – Vorläufer der Sozialpartnerschaft

Preis-Lohnabkommen: trotz Preisregelung kam Preis-Lohnspirale in Gang - Interessenvertretungen ergreifen Initiative; Abkommen der Tarifpartner auf gesamtstaatlicher Ebene

Wichtigste Kosten der Lebenshaltung fixiert (70% eines Arbeiterhaushalts), Rest unter strenger Preiskontrolle – auf Gewerkschaftsseite entsprach dem die Zurückstellung von Lohnforderungen

Erstes P-L-A im August 1947 bald begleitet von Währungsschutzgesetz (Nov. 1947) pro Kopf 150 S 1:1, darüber hinausgehende Beträge 3:1; sämtl. Sperrkonten ersatzlos gestrichen

Insg. 5 Preis-Lohn-Abkommen, 4. bot äußeren Anlass für Generalstreik vom Oktober 1950 (vielfach als Putschversuch interpretiert, jedoch Mythos)

Wichtiger Schritt zur Integration der Interessenvertreter und zur Ausbildung der Sozialpartnerschaft

Geradezu explosives Wirtschaftswachstum 1947 +10,3%, 1948 um 26,9, 1949 um 18,9 und 1950 um 12,4%; 1949 bereits das Niveau von 1937 überschritten

Expansion gerade von Industrie (1946 Wertschöpfung rd. Hälfte von 1937, 1948 93,3%, 1952 um 65,1% höher) und Bauwirtschaft

Österreich vollzog in dieser Zeit eine **dramatische Wende zum Industriestaat**

1937 37,5% der Wertschöpfung auf ind./gewerbl. Sektor

40,7% auf Dienstleistungen

1952 47,1% ind./gewerbl.

36,6% DL

Handelsumorientierung

1937 27,7% der Ausfuhr nach Osteuropa (ohne Jugoslawien); 52% auf spätere OEEC Staaten; 1952 11,6 zu 64,4%

Österreichs rascher **Wiederaufbau** nach 1945 erklärt sich durch Bündel von Maßnahmen:

- Psychologisch: Glaube an das neue Österreich

- restriktive Geldwertstabilitätspolitik (Währungsreform)

gegen Inflation

- Lohn- und Preispolitik zu Lasten der LohnempfängerInnen

> Österreichs rasche Rekonstruktion basiert teils auf

erzwungenem Konsumverzicht

- Auslandshilfe, insb. Marshallplan- bzw. ERP-Gelder

- Verstaatlichung v. a. Grundstoffindustrie profitiert von

europaweitem Konjunkturaufschwung, insbesondere vom

Boom der Stahlindustrie

Strukturelle Veränderungen (Ausbau der Grundstoffindustrie und Erschließung von Energiereserven) erwiesen sich in Nachkriegszeit als vorteilhaft, es bleibt jedoch festzuhalten, dass die Westorientierung und die Einbindung in das westeurop. Wirtschaftswunder, die günstige Energieversorgung, das polit. Klima und die Mithilfe der Alliierten Voraussetzungen für die Erfolgsgeschichte der 2. Republik waren – Österreichs Wirtschaftswunder nach 1945 basiert v. a. auf der Marshallplanhilfe

Diskussion um Größe mancher Betriebe (VOEST)

Absicht, Deutsches Eigentum dem Zugriff der Besatzungsmächte zu entziehen, einte Großparteien > großangelegte Verstaatlichung

Verstaatlichte übernahm Funktion eines Motors des Wiederaufbaus, indem sie Rohstoffe und Halbfertigwaren unter dem Weltmarktpreis abgab und so exportorientierte öst. Privatindustrie subventionierte

Wesentlich Gelder des ERP (Marshall-Plan): fast 50% der ERP- Mittel 1948-1953 gingen an verstaatlichte Ind. und E-Wirtschaft; rd. 45% der Investitionen der Verstaatlichten 1945-1953 wurden aus ERP-Fonds finanziert

Wichtig insb. für Wasserkraftausbau und für großzügige Modernisierung der Stahlindustrie (LD-Verfahren)

dadurch in der NS-Zeit einsetzende Orientierung auf Investitionsgütersektor fortgeschrieben

regional weiter Osten benachteiligt, W, NÖ, B erhalten nur 20% der vergebenen ERP-Mittel

im Außenhandel eindeutige Westorientierung BRD steigt zum bei weitem wichtigsten Handelspartner Österreichs auf

Österreichische Wirtschaftspolitik bestätigt indirekt die Arisierungspolitik des NS-Regimes in ihren strukturellen Auswirkungen, Bestreben der Justiz, Entschädigungen anstelle einer Restitution, es dauert lange, bis es zu einer Restitutionsgesetzgebung kommt

**Raab-Kamitz Das österreichische Wirtschaftswunder**

Weg zur Marktwirtschaft unter Bundeskanzler Raab (ab 1953) und Finanzminister Kamitz: zwar liberal-konservativer Kurs und marktwirtschaftliche Öffnung, doch starker staatlicher Input in Finanz- und Wirtschaftspolitik

Schon damals divergierende Vorstellungen hinsichtlich öffentlicher Haushaltspolitik: Budgetsanierung (ÖVP) vs. Sicherung der Vollbeschäftigung (SPÖ)

Kamitz vorrangig steuerliche Entlastung der unternehmerischen Initiative durch Investitionsbegünstigungen (Konzept der vorzeitigen Abschreibung ursprünglich für Exportwirtschaft, dann ausgeweitet) und Steuersenkungen > Steuerreform in drei Etappen zw. 1953 und 1958, politisches Ziel: Zurückdrängung des Staates

Strikte Ausgabenreduzierung, einige Verbrauchssteuererhöhungen

Um Vertrauen in Währung wiederherzustellen konsequente Politik des knappen Geldes, Diskontsatz hinaufgesetzt, Kreditrestriktionen eingeführt > Preis weiteres Ansteigen der Arbeitslosen, wirtschaftliches Nullwachstum von 1952 auf 1953 > klassische Stabilisierungskrise (Jänner 1953 280.000 Arbeitslose, 1953 insg. 8,7% Arbeitslosenrate)

Abwertung des Schillings um 18 Prozent ermöglicht Einordnung der öst. Wirtschaft in das internationale Handels- und Wettbewerbssystem

Schaffung und Förderung eines Investitions- und Sparklimas

Maßnahmen zur Wiederherstellung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes:

Kapitalmarktgesetze, z. B. Bankenrekonstruktionsgesetz, Notenbank-Überleitungsgesetz, damit wird Notenbank zu einem Element der Sozialpartnerschaft

Großes Investitionsprogramm für Wasserkraft, Telefonnetz, Straßenbau und Eisenbahn Ende der 50er Ausweitung der Staatsverschuldung

insgesamt Anfang der 50er bis zum ersten Erdölschock 1973 Zeit des stärksten Wirtschaftswachstums

In späten 50er Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von 7 bis 8 %; Österreich hinter BRD an Spitze des Wirtschaftswachstums der westlichen Welt

Wachstumsperiode über zwei volle Konjunkturzyklen 1953-58 und 1958-62, fast jeder Konjunkturaufschwung in Österreich kommt über Export in Gang

Österreich 1953 bis 1962 nur von Deutschland im Wirtschaftswachstum übertroffen

Liberalisierung des Warenverkehrs (was Einfuhren betrifft) und des Zahlungsverkehrs (1959 Schilling für Ausländer für konvertibel erklärt), Integration Österreichs in rasch wachsende westeuropäische Wirtschaft

Einführung des ASVG 1955: Schaffung eines Regelsystems für Krankenversicherung, Pensionen und Ausgleichszulagen, Pension bzw. Rente richtet sich nach Dauer und Höhe der Pensions- und Kassenbeiträge der Arbeitnehmer, gleichzeitig Mindestpension eingeführt

„Mief“ der 50er Jahre, die Heimatfilmidylle (Heimatkultur trug allerdings auch zur österr. Identitätsbildung und zur Ablösung vom Deutschnationalismus bei)

der Beginn des Konsumierens – Amerikanisierung verkörpert durch Nylonstrümpfe und -blusen, Coca Cola

Einführung von Coca Cola wird mit wahren Untergangsszenarios für die öst. Getränkeindustrie verknüpft

Große Bedeutung von Radio und Kino Brennpunkt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens

von Esswelle über Bekleidungswelle zu Einrichtungswelle, bis zur Welle im Bereich langlebiger Konsumgüter

Von Kühlschrank, Waschmaschine, Staubsauger zu Fernsehapparat (1955 erste Sendung, 1957 regelmäßige Sendungen, 1961 zwei Programme, 1965 Versuch in Farbe) und Automobil (1954 Bauarbeiten an Westautobahn - 1957 Autofahrer unterwegs) im Wesentlichen Entwicklung der 60er und 70er Jahre

In 50ern inländische Urlaubsziele, in 60ern Eroberung von Adria (Italien, Jugoslawien), in 70ern Winterurlaub, ab 80er Fernreisen, mehrere Urlaubsreisen

Man sprach von der Eins-Zwei-Drei-Vier-Familie (eine Frau, zwei Kinder, drei Zimmer, vier Räder)

Allmähliche Verdrängung des Mopeds und Motorrads durch Auto, Anzahl der in Österreich zugelassenen Krafträder stieg zw. 1950 und 1956 von 123.000 auf 327.000, jene der PKW von 1954 bis 1960 von 75.000 auf 404.000 - 1960 ging man von einer Marktsättigung bei ungefähr 1 Mio. Autos aus, 1994 3,3 Mio. Autos

Weiterentwicklung der Konsum- zur Freizeit- und Erlebnisgesellschaft

Sportliche Erfolge stärkten Nationalbewusstsein, Fußball-WM 1954 bzw. 3-facher Olympiasieger Toni Sailer

1955 Oper und Burgtheater als Symbole des Wiederaufbaus eröffnet, steigern nationales Selbstwertgefühl, Vorstellung vom Kulturland Österreich basiert auf traditionalistischem Hochkulturbetrieb

Selbstbedienung > Konsumzeitalter hält Einzug

Aus städtischen Ödlandschaften werden öde Stadtlandschaften, Emmentalerbauten der 50er Jahre

Opernkreuzung als Beispiel des Trends zur autogerechten Stadt > Fußgängerverkehr wird unterirdisch Rolltreppen

Aufkommen einer neuen Jugendkultur: Halbstarkenbewegung, 1956 erscheint erstes Bravo, Heroen sind Elvis Presley, James Dean, Marlon Brando

15. Mai 1955 Unterzeichnung des Staatsvertrages, 26. Oktober „immerwährende Neutralität“ im Dezember wird Österreich in die Vereinten Nationen aufgenommen

durch Neutralität erhielt österreichische Selbstbezogenheit

besonderen Status, als Brücke zw. Ost und West, erst Ende des Kalten Krieges und EU-Integration hatten abruptes Ende der Sonderrolle Österreichs zur Folge

rascher Nationsbildungsprozess nach 1945 Neutralität dabei konstitutives Element der Nationswerdung

nationale Identität primär Antithese zu Deutschland basierend auf Moskauer Deklaration vom 1. 11. 1943, in der Österreich als erstes Opfer der Hitleraggression bezeichnet wurde

1955 Ablösung der Ansprüche der Sowjets (7,35 Mrd S)

keine allzu große Belastung für öst. Volkswirtschaft USIA Betriebe mussten in die Verstaatliche eingegliedert werden, größerer Teil wurde privatisiert

Kaprun 1955 herausragendes Beispiel der Wiederaufbauleistung (auf Anteil der Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen wurde dabei vergessen), dazu Ausbau der Donaukraftwerke, Ybbs-Persenbeug 1959

Linz-Donawitz-Verfahren 1952 in Linz in Betrieb genommen

Senkt Kosten der Stahlerzeugung, Anteil des LD-Stahl steigt von 0,5% 1952 auf knapp 50% 1960 und 84% 1980; weltweit 1960 4%, 1980 55%

Sozialpartnerschaft in Österreich

Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft > zentral dabei informeller Interessen- und Konfliktausgleich

1945 Gründung des straff und zentralistisch organisierten überparteilichen Gewerkschaftsbundes (zunächst Richtungsgewerkschaften, dann Einheitsgewerkschaft im Ständestaat, Deutsche Arbeitsfront)

Institutionalisierung eines außerparlamentarischen Wirtschaftsdirektoriums (Präsident ÖGB, Vereinigung Österreichischer Industrieller, Arbeiterkammer, Bundeswirtschaftskammer)

Streikwelle 1956 führt 1957 zur Einrichtung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen (Regierungsvertreter, ÖGB, Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Präsidentenkonferenz der Ldw-kammer, Arbeiterkammer)

1961 Raab-Olah-Abkommen zur Stabilisierung der Löhne und Preise Festlegung auf Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum

1963 Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen

Auf Olah folgt 1963 Benya, auf Raab Sallinger, beide 23 Jahre lang wesentliche Akteure in der Entscheidungsfindung

1959 Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden

Proporz- bzw. Konkordanzdemokratie

Spezifíkum eines Verbandseinflusses auf Marktwirtschaft erfuhr in Österreich besondere Ausprägung durch mehrfache Personalunion von zentralen Akteuren der Sozialpartnerschaft in Regierung, Parlament und Interessenvertretung,

**Österreichs Modernisierung 1960-1980/3**

Abschwung in den 60ern, 1961-67 Verlangsamung des Wachstums bei gleichzeitiger Zunahme der Inflationsraten – 1960/65 vorletzter Platz vor Großbritannien

Beitritt zur EWG von Sowjets als Bruch des Staatsvertrags (wegen Anschlussverbots) interpretiert, weil EWG von Deutschland dominiert

1960 als Provisorium EFTA Gründung (GB, Skand.) Entscheidung für EFTA führte zu ökon. Schwierigkeiten, auf Hauptmärkten BRD und Italien starke Marktanteilsverluste, erst Rahmenvertrag EWG-EFTA 1972 wirklicher Brückenschlag

Boom bei Dienstleistungen, Fremdenverkehr wird zur Wachstumsindustrie, dazu tiefgreifender sozio-ökonomischer Wandel: aus Dörfern werden Fremdenverkehrszentren Befürchtung Österreich Land der Schilehrer und Kellner

Strukturschwäche der öst. Industrie weiterhin Orientierung auf traditionelle Konsumgüter (Nahrungsmittel, Textilien, Bekleidung), forschungsintensive Finalindustrien deutlich unterrepräsentiert, mangelnde Anpassung des Produktionsapparates an die neuen Bedürfnisse, Umorientierung der Handelsströme durch EFTA-Beitritt

Mangel an industrieller Dynamik

In Großbetrieben und im industriellen Konzentrationsprozess Allheilmittel gesehen (Stahl- bzw. Edelstahlfusion, …)

Zweites Allheilmittel Heranziehung von Experten (ÖVP Aktion 20; SPÖ Ökonomische Versammlung 1400 Experten) mit dem Ziel einer Verwissenschaftlichung

1968 setzt neuer Konjunkturaufschwung ein, längste Hochkonjunktur (1968-1973/4) seit Bestehen der Republik, überspringt sogar die internationale Rezession der Jahre 1971/72 – Österreich auf der Überholspur

verbunden mit über die Gastarbeiterbeschäftigung gesteuerte Expansion des Arbeitskräfteangebotes örtliche und zeitliche Beschränkung der Beschäftigungsbewilligungen als zentrales Steuerungselement der Ausländerbeschäftigung – deutliche Reduktion in 2. Hälfte der 70er Jahre

1961 16.200 ausl. Beschäftigte

1970 111.715

1973 226.800

1984 146.670

1989 177.945

1990 235.960

1995 325.190

insgesamt ging Mitte der 70er in Westeuropa Phase außergewöhnlichen Wachstums zu Ende Catching Up Prozess (Einkommenssituation der europ. Länder gleicht sich an)

**„Staat der Wohlfahrt für alle“: Die Kreisky-Ära – Austrokeynesianismus**

70er Jahre weltwirtschaftliche Zäsur – „schleichende“ Inflation der 60er gewinnt seit 1969 an Tempo – neuerliches Schreckgespenst Inflation

Vollbeschäftigung (bis 1981 nie über 2,1%), anhaltendes Wirtschaftswachstum, Hartwährungspolitik, relativ niedrige Inflation und entsprechend geringe Steigerungen der Lohnkosten zusammen mit als einzigartig gerühmtem sozialpartnerschaftlichen Frieden, geringer Streikintensität und hohem Ausmaß öffentlicher Sicherheit machten Österreich zu Musterland und Sonderfall in den 1970ern

expansive Budget- und Fiskalpolitik Vorrang der Vollbeschäftigung, gleichzeitig Hartwährungspolitik > Austro-Keynesianismus spezifische Art der Deficit-spending Politik

Begriff von WIFO-Leiter Hans Seidel

wirtschaftspol. Kurswechsel erst mit Ölschock 1973/5 erkennbar, nicht mit Regierungswechsel 1970 > Folge der beiden Ölschocks Verteuerung der Primärenergie

Ende der goldenen Nachkriegszeit durch Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems, des Systems fixer Wechselkurse (im August 1971 Ende der Goldeinlösepflicht) > flexibles Wechselkursregime

Wirtschaftspolitik des Austrokeynesianismus als policy mix zu bezeichnen: Erhöhung der staatlichen Nachfrage, Förderung von Exporten und Privatinvestitionen, Hartwährungspolitik mit fester Anbindung des Schilling an die deutsche Mark (mit dämpfenden Effekten auf Preisentwicklung), zurückhaltende Lohnpolitik

durch Kombination von Nachfragemanagement, Einkommenspolitik und Hartwährungspolitik sollte Angebotsschock der Erdölpreiserhöhungen entgegengewirkt werden > Policy-Mix . der auch Austromonetarismus hätte genannt werden können

Deficit Spending wirtschaftspolitische Reaktion auf ersten Erdölpreisschock in 60ern Wachstumsraten von 5%, ab 1973 2,6% jährlich

Zunahme der Staatsverschuldung, zugleich Senkung des Budgetdefizits von 4,6% 1976 auf rund 2,6% 1981, 1983 bereits 5,5%

Anstieg der Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) von 30,2% 1954 über 33,8% 1964 über 35,2% 1967 auf 38,7% 1974 (42,4% 1981 und 43,2% 1993)

Ausgaben für soziale Sicherheit steigen von 7,9 Mrd. S 1970 auf 32,5 Mrd. S 1983

Arbeitslosigkeit im Vergleich

Österreich OECD-Europa

1973 1,2 3,5

1979 2,0 6,2

1983 4,4 (4,5) 10,4

österr. Berechnung vorgemerkte Arbeitslose in % des unselbständigen Arbeitskräftepotenzials (usB + vorg. AL)

Entstehung einer Konsumgesellschaft

Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke, Tabak bzw. Kleidung und Schuhe gehen zurück, Wohnungsnutzung, Verkehr Nachrichten, Konsum im Ausland, aber auch Gesundheit steigen stark an

In 70er Jahren allerdings deutliche Zunahme bei Heizkosten

Fernseher zw. 1971 und 1981 von knapp 62% auf 81%, PKW-Zulassungen von 52% auf 84%, Waschmaschinen von 37 auf 72%, Kühlschränke von 67 auf 98%

Produktivitätsgewinne wurden in Lohnsteigerungen umgesetzt, die wiederum erhöhte Konsumausgaben ermöglichten und auch nach sich zogen. Die lange Zeit der Entbehrungen wich dem Wohlstand, die Warenwelt fächerte sich auf und wurde leistbar, wenn auch zunächst oft nur auf Kredit. Mit dem Aufkommen und der Verbreitung langlebiger Haushaltsgegenstände, bald des Autos entwickelte sich auch hierzulande eine Konsumgesellschaft, deren Maxime ganz im Sinne des Fordismus „Arbeite, um zu konsumieren“ hieß. Arbeitszeitverkürzungen verlängerten die Zeit, die man zum Konsumieren, etwa im Bereich des Sports, des Unterhaltungs- und Gaststättengewerbes oder des Tourismus, zur Verfügung hatte. 1959 wurde die 45-Stunden-Woche eingeführt, 1965 die dritte Urlaubswoche, 1975 die 40-Stunden-Woche, die den arbeitsfreien Samstag mit sich brachte > geändertes Konsum- und Einkaufsverhalten Donauzentrum, SCS.

Gesellschaftliche Modernisierung

Wegmarken der Modernisierung: 1970 Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 40 Stunden (in mehreren Etappen bis 1975) beschlossen, 1977 vier Wochen Urlaub; Pflegeurlaub, Arbeitslosenunterstützung und Pensionsbezüge werden erhöht, Sondernotstand eingeführt, Geburtenzuschuss, Familienbeihilfe

Die Regierung begann ein umfassendes, vor allem soziales Reformprogramm durchzuziehen: Justizreform Familienrecht bzw. Strafrechtsreform

Familienrecht teils basierend auf ABGB 1811 Mann ist Oberhaupt der Familie, dem Kinder und Frau zu folgen haben, Mann bestimmt Wohnsitz für Familie allein, ist allein berechtigt Kinder zu erziehen und zu züchtigen, hat das Recht Vermögen der Frau zu verwalten, Frau konnte nur mit Zustimmung des Mannes Vormundschaft übernehmen, ansonsten hatte sie Mitvormund aufzunehmen, alleinerziehende Mütter dementsprechend höchst selten, Ehemann konnte Frau ohne weiteres (im Testament) vom Erbrecht ausschließen

Im Familienrecht Scheidungsreform besonders umstritten Gleichstellung von Mann und Frau in der Ehe, gemeinsame Erziehung der Kinder, gemeinsame Verfügung über Vermögen, gesetzliches Erbrecht der Ehefrau, unkomplizierte Scheidung, falls beide Ehepartner zustimmen, Recht auf Scheidung, wenn Haushalte seit drei Jahren getrennt waren Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen, Neuregelung der Rechtsstellung des ehelichen Kindes (elterliche Rechte und Pflichten statt elterlicher Gewalt)

Strafrecht teilweise zurückgehend auf 1804 kleine Strafrechtsreform 1971 Aufhebung der Strafdrohung gegen die homosexuelle Betätigung unter Erwachsenen, Entkriminalisierung der „Ehestörung“, Geldstrafen statt Freiheitsstrafen bei leichten Verkehrsdelikten

Beschlussfassung des Strafgesetzes (inkl. Fristenlösung) im Nov. 1973 Furcht Kreiskys vor Wahlverlusten bewahrheitet sich nicht, aber Volksbegehren der Aktion Leben mit 900.000 Stimmen, massive Opposition seitens der Kirche, wenn auch Kardinal König massiven Kulturkampf unterbindet

Bildungsreform im Schul- und Hochschulbereich Explosion der Schülerzahlen führt zu Überschreiten der Schülerhöchstzahlen von 40 im Pflichtschulbereich, SchUG 1974 bzw. UOG 1975 Mitsprache der Studierenden und des Mittelbaus bei Erstellung der Studienpläne, bei Berufung von Professoren, in der Verwaltung Schlagwort Chancengleichheit Schülerfreifahrt, Gratisschulbücher

Mutter-Kind-Pass 1974 bei Nachweis der Untersuchungen erhöhte Geburtenbeihilfe, Erhöhung des Kranzurlaubsgeldes, gleichzeitig erhöhter Satz für alleinstehende Mütter

Heeresreform (6 Monate sind genug Einführung des Zivildienstes), die Liberalisierung der Gewerbeordnung, der Erlass eines Arbeitsverfassungsgesetzes seien hier nur als einige wesentliche Etappen des Modernisierungsprozesses angeführt.

Auch Zeichen einer gesellschaftlichen Emanzipation: Reform des Familienrechts, gesteigerte Erwerbstätigkeit der Frauen von 37% 1970 auf 40% 1983, Fristenregelung 1973, erstmals Kinderbetreuungsmonate in Pensionsberechnung einbezogen, deutliche Erhöhung des Karenzgeldes

60er (quantitativ) u. 70er (qualitativ) Zeit der Bildungsoffensive: Schlagwort Chancengleichheit: Schul- und Universitätsreform - freier Zutritt zu Universitäten 1972, UOG 1975 mit Einführung der Drittelparität, Schulunterrichtsgesetz 1974, Schulbuchaktion, Schülerfreifahrt

generell Ausbau im Unterrichts-, Bildungs- und Gesundheitswesen, im Geld- und Kreditwesen (Entwicklung der Kundengruppenbanken zu Universalbanken, 1977 Filialgründung freigegeben > Filialboom mit entsprechenden Beschäftigungskonsequenzen)

bewirkt

**Tertiärisierung in Beschäftigtenentwicklung**

**Berufstätige nach Wirtschaftssektoren, Österreich 1951 – 1981**

Land-/Forstwirtsch. Industrie/Gewerbe Dienstleistungen

1951 1,092.600 32,6 1,256.900 37,6 997.700 29,8

1961 776.400 23,0 1,394.100 41,4 1,199.300 35,6

1971 436.500 13,9 1,352.200 43,2 1,344.400 42,9

1981 290.500 8,5 1,398.500 41,0 1,722.500 50,5

Quelle: Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt, Wien-Stuttgart 1992

**Trend zur Dienstleistungsgesellschaft > Tertiärisierung**

**Beschäftigungsentwicklung der Wirtschaftssektoren driftet auseinander: Zahl der unselbständig Beschäftigten wuchs zw. 1973 und 1979 um 131.000, im sekundären Sektor Verringerung um 38.900, im tertiären Sektor Zunahme um 178.500**

1960er bis 80er starker Rückgang traditioneller Formen der Arbeit (Selbständige, mithelfende Arbeit, landwirtschaftliche Arbeiter, Hausfrauen ohne eigenes Einkommen), starker Zuwachs bei Arbeitern und Angestellten

Gewerbe

Generell Rückgang der Selbständigenpositionen in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen, Gewerbe schrumpft im Produktionsbereich weit mehr als in Dienstleistungen Abnahme der Produktionsgewerbe, ab Mitte der 50er Verschwinden des traditionellen Handwerks (Schneider, Schuster, Sattler) Entwicklung zu Reparatur- und Handelsgewerben, wachsende Branchen in erster Linie Dienstleistungsbetriebe – zugleich neue Gewerbeordnung

Arbeitnehmerschutzgesetz

**Entwicklung der Landwirtschaft**

Verringerung der Berufstätigen von ungefähr 1,093.000 1951 auf 436.500 1971 (Ehefrauen von Landwirten, die sich als Hausfrauen bezeichnet haben, werden nicht mehr als Berufstätige gezählt), Dienstleistungen im selben Zeitraum von 998.000 auf 1,344.000

Gleichzeitig enorme Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität

Rückgang der Selbstständigen in der Ldw relativ kontinuierlich

Zahl der Selbständig Erwerbstätigen in der Ldw. halbiert sich

765.000 1951 > 365.900 1971, Entwicklung verstärkt sich in 70er Jahren

Industrialisierung bzw. Modernisierung der Ldw.

4 Phasen

Gekennzeichnet durch Vollmechanisierung und Motorisierung (Traktorenzahl steigt von 31.000 1951 auf 264.000 1971 - 283.000 Pferde 1951, 47.000 1971)

Einsatz von mineralischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln (Pestiziden),

Verwendung von leistungsfähigerem Saatgut, Zucht leistungsstarker Viehbestände

Verwendung von Futtermittelzusätzen

Zeitlich eine Welle in ersten Jahren der NS-Herrschaft, zweite Phase Ende der 1950er, Beginn der 1960er

Spezialisierung. Trennung in Hörndl- und Körndlbauern

Verschärft Unterschied zw. Gunst und Ungunstlagen, zwischen reichen und armen Bauern

70er Jahre Zeit des Umbruchs auf unterschiedlichen Ebenen

> große Teile Westeuropas wählen sozialdemokratisch

Deutschland Willy Brandt

SPÖ weiterhin Arbeiterpartei, aber Konzept der offenen Partei Zuwächse bei gehobener Mittelschicht bzw. obersten Bildungsschichten, bei Frauen, Angestellten und Jungwählern

1968ff Eine Bewegung und ihre Folgen

Jugendkultur drückt das aus, antizipiert, was bald die Gesellschaft durchdringen sollte > Schlurfs bzw. Halbstarke griffen mit körperbetonten Formen des Tanzes und der Kleidung jene Lustfeindlichkeit auf, die sowohl ein Element des sozialdemokratischen Asketismus als auch des klerikal-faschistischen und des nationalsozialistischen Persönlichkeitstypus gewesen ist

Auch 68er thematisierten, was in Österreich in der Trümmerzeit und im Wiederaufbau nicht hatte gesagt werden dürfen

Es war die Kunst, in der der Geist der Revolution am deutlichsten wurde. Ein Teil des Protestes der 68er Bewegung muss als Bruch mit den Verhaltensregeln der 1950er Jahre interpretiert werden, deren Schlüsselwörter Anstand und gutes Benehmen hießen und die in Österreich bis in die 60er Jahre hochgehalten wurden, und richtete sich gegen die Doppel-moral eines rückwärtsgewandten Katholizismus wie gegen den (Nicht)Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dagegen setzte man schrille Provokation, diese kam nicht allein in Kunstaktionen und Happenings, sondern im äußeren Erscheinungsbild der Nach68er zum Ausdruck, etwa den langen Haaren männlicher Jugendlicher, wallenden Blumenkleidern oder Miniröcken von Frauen. 68er oft noch weißes Hemd und Krawatte Fakt ist, dass die Studentenrevolte auch in Österreich nicht nur eine grundlegende Veränderung der Hochschulen einleitete, sondern auch eine Belebung und Modernisierung des öffentlichen Lebens, eine kulturelle Alltagsrevolution und neue Lebensstile und -vorstellungen nach sich zog.

68er formulierten aber auch jene neuen politischen Themen, die die Wahlkämpfe der Sozialdemokraten ab 1970 und die folgende Reformperiode mitbestimmen sollten: Abrüstung, Friedenspolitik, Bundesheerreform, Hochschul- und Bildungsreform, Frauenemanzipation, Demokratisierung auf allen Ebenen > Marsch durch die Institutionen (Ministerbüros, Parteizentralen, Hochschulen, Arbeiterkammern)

Etappen 1967 Ö3, 1968 steirischer herbst als unkonventionellstes und progressivstes Festival Österreichs

Auch in Wien zeigten sich Ansätze gesellschaftlicher Modernisierung. Um nur drei Beispiele aus dem Jahr 1970 herzunehmen: Erstmals fand im Rahmen der Wiener Festwochen ein Avantgardeprogramm statt (Arena 70), mit dem Wochenmagazin „profil“ erhielt Österreich ein kritisches Printmedium, und ebenfalls 1970 durften erstmals Frauen Straßenbahnen – gegen den heftigen Widerstand vieler männlicher Kollegen – lenken.

Erbe der 68er: Neue Linke, Alternativ-, Ökologie- bzw. Grünbewegung, Frauenbewegung – 1976 Arena, später Amerlinghaus und WUK 1978 Aus für Zwentendorf

Teils widersprüchliche Entwicklungen: Reurbanisierung Fußgängerzonen, U-Bahn-Bau, Hinwendung zur Stadterneuerung (Spittelberg),

andererseits Donauzentrum und SCS, Bau der Südosttangente

gleichzeitig Aufkommen bzw. Erstarken neuer Formen der Partizipation (neue Formen direkter Bürgermitsprache) und der Politikstile

Strukturprobleme stabilisiert aber nicht beseitigt, zweites Durchtauchen gelingt nach 1979 (zweiter Ölpreiserhöhung) nicht > internationale Wirtschaftskrise

Aufdeckung von Korruptionsfällen AKH Skandal Rücktritt Androschs

Verstaatlichte Industrie, insb. Grundstoffindustrie, von internationaler Krise besonders stark betroffen (Stahl)

Kreisky und Salcher verkünden 1982 Steuerpaket mit Ziel Budgetsanierung (Mallorca-Paket mit Quellensteuer, Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts) > 1983 Verlust der absoluten Mehrheit, SPÖ aber stärkste Partei

Fazit der Kreisky-Ära:

Relativ erfolgreiche Bewältigung der Erdölkrise durch zielgerichtete wirtschaftspolitische Maßnahmen und vor Hintergrund des Institutionengeflechts der öst. Wirtschaft und Gesellschaft (öst. governance structure) erklärbar

* Österreich erhält 1973 den Wirtschafts-Oscar

Seit Ende der 70er Jahre übertraf das öst. BIP zu Marktpreisen und Kaufkraftparitäten je Einwohner den EU-Durchschnitt, Österreich zählte von nun an zu den wohlhabendsten Staaten Europas > Anschluss an das Wirtschafts- und Wohlstandsniveau Europas SPÖ Wahlslogan 1970 Österreich europareif machen

Modernisierung: Österreich offener und liberaler, mit mehr demokratischen Mitsprachemöglichkeiten und mehr Chancen zur individuellen Lebensgestaltung (E. G. Eder)

Spürbare Veränderung des gesellschaftlichen Klimas in Österreich, neues Selbstbewusstsein

Aufbruch in der Kultur Austropop Mendt, Ambros, Danzer

In Literatur Begründer des Forums Stadtpark in Graz Wolfgang Bauer, Peter Handke, Barbara Frischmuth, Thomas Bernhard, Peter Turrini, Ingeborg Bachmann

Ein echter Wiener geht nicht unter (frühere Fernsehfamilie Leitner 1958-67), Kottan

Österreich bzw. Wien waren internationaler geworden, waren stärker in den internationalen Blickpunkt gerückt: 1975 erfolgte nach langen Diskussionen ein Regierungsbeschluss, der Wien durch die Errichtung eines UNO-Gebäudes nach New York und Genf zur dritten UNO-Stadt machte.

Wien war in die großen internationalen Entwicklungen und Trends eingebunden, im Guten wie im Schlechten. Von der Hochblüte des Terrorismus blieb auch Österreich/Wien nicht verschont. Österreich Durchzugsstation für russische jüdische Auswanderer nach Israel, weil Sowjetunion und Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhalten 1973 Geiselnahme eines Zuges in Marchegg durch Palästinenser, fordern Schließung Lagers Schönau, Schönau dann tatsächlich formell geschlossen, aber sofort Nachfolgelager eingerichtet. Ein deutliches Zeichen dafür war aber leider auch der Terroranschlag auf den Sitz der OPEC in Wien, der im Dezember 1975 drei Todesopfer kostete, zwei Jahre darauf wurde „Strumpfkönig“ Michael Palmers von österreichischen RAF-Sympathisanten entführt, bald darauf gegen Lösegeld wieder frei gelassen. 1981 kam es zum Mord an Stadtrat Nittel und zum Überfall auf die Synagoge. Zugleich baute Wien seine vor allem durch Kreisky wieder gewonnene internationale Stellung weiter aus. 1979 wurde nicht nur die UNO-City eröffnet und Wien zur dritten UNO-Metropole, sondern Jimmy Carter und Leonid Breschnjew unterzeichneten das SALT II-Abkommen zur Beschränkung der strategischen Rüstung und Yassir Arafat kam zu Nahostgesprächen mit Willy Brandt und Bruno Kreisky nach Wien.

Bruchlinien

Zahlreiche Transferleistungen (Schulfreifahrten, kostenlose Schulbücher, kostenlose Mutter-Kind-Untersuchungen, Heiratsbeihilfe) eingeführt, um niedrige Einkommen zu entlasten, aber nicht sozial gestaffelt, daher Einkommensunterschiede in Österreich relativ groß

Bildungsexpansion gelingt, jedoch Ziel, Zahl der Absolventen im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich zu erhöhen, verfehlt steigende Absolventenzahlen in den Geisteswissenschaften führen in den 80er Jahren erstmals zu Lehrerarbeitslosigkeit

Traditionelles Geschlechterverhältnis wird zunehmend problematisch, immer mehr erwerbstätige Frauen kehren, nachdem sie Mütter geworden sind, wieder an ihre Arbeitsplätze zurück, zählt man bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen, arbeiteten Frauen zu Beginn der 70er Jahre pro Woche um 26 Stunden mehr als die nur berufstätigen Männer, zwar offensive SPÖ Politik gegen Diskriminierung von Frauen, doch praktische Erfolge begrenzt, Einkommensunterschiede blieben gleich

Gespaltenes Verhältnis Kreiskys hinsichtlich des Umgangs mit der nationalsozialistishcen Vergangenheit Österreichs (Wiesental – Peter – Affäre)

**Die 1980er und 90er Jahre eine Periode des wirtschaftlichen Paradigmenwechsels**

**Ende der Vollbeschäftigung – Herausforderung Globalisierung – Die Ostöffnung – Österreichs EU-Beitritt**

**Krise des Sozialstaats**

Wirtschaftspolitische Wende: Änderung der Prioritätenskala in Richtung Budgetkonsolidierung – neoliberale und neoklassische Konzepte (Reaganomics, Thatcher) werden populär

Der Ruf nach weniger Staat wird laut, neue Modewörter: Privatisierung, Deregulierung und Flexibilität, Forderung nach Um- bzw. Abbau des Wohlfahrtsstaates

Monetarismus statt Keynesianismus Leitbild

1988 neuer Aufschwung - in Österreich stark ausgeprägt, Konjunkturaufschwung 1990 Höhepunkt – in Zusammenhang mit pol. Umbruch in Osteuropa, insb. Wiedervereinigung Deutschlands verlieh heimischer Wirtschaft neue Impulse

1983 Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ, Rücktritt Kreisky, Nachfolger Sinowatz Kleine Koalition SPÖ-FPÖ

Dezember 1984 Beginn der Besetzung der Hainburger Au

1985 Höhepunkt des Weinskandals > heftige Einbußen der Weinexportwirtschaft, glz. der Weinskandal hätte erfunden werden müssen, wäre er nicht passiert > Veränderung der Konsumgewohnheiten Doppler verschwindet, Qualität statt Quantität,

Höhepunkt der Verstaatlichten Krise

1986 Reaktorunfall Tschernobyl

Wendejahr Waldheim (erstmals nach 1945 nichtsozialistischer Kandidat zum Bundespräsidenten gewählt – wahrscheinlich auch weil viele Österreicher ihre eigene Rolle während der NS-Zeit in Frage gestellt sahen), Neuformierung der politischen Landschaft 1986 Steger > Haider bei Wahlen FPÖ Verdoppelung von 4,98 auf 9,73%, Grüne mit 4,8% erstmals im Parlament

Beginn der Parteien- und Politik(er)verdrossenheit Sinken der Wahlbeteiligung

SPÖ und ÖVP von 90,9% 1983 auf 62,6% 1994, von Groß- (über 40% Stimmenanteil) zu Mittelparteien

1988 Uraufführung von Thomas Bernhards Heldenplatz

Juni 1989 Außenminister Mock und Horn durchtrennen Stacheldrahtzaun zw. Österreich und Ungarn, Ende des Jahres Tschechoslowakei

Wirtschaftlicher Aufstieg Österreichs auch durch Aufschieben wichtiger Probleme: steigendes Budgetdefizit, Verstaatlichte Industrie, Internationalisierungs- und Forschungsdefizit

Krisen allerorten, im Budget, in der Verstaatlichten (weltweite Krise des Grundstoffsektors, „Stahlkrise“ VOEST Debakel) im Sozialversicherungssystem, in der polit. Moral (Korruption, AKH-Skandal statt 4,5 Mrd S 36 Mrd., Bauring, Rinter-Zelt, Wohnbauskandale

Affäre um Untergang der Lucona1977 mit einer als wertvolle Uranerzaufbereitungsanlage versicherten, in Wirklichkeit aber fast wertlosen Ladung Schrott, Proksch schillernder Liebling der Wiener Society, insbesondere einer sozialdemokratischen Schickeria in der Konditorei Demel angesiedelter Club 45 Skandal weniger Versicherungsbetrug als Verwicklung mehrere Spitzenpolitiker Außenminister Gratz und Innenminister Blecha Proksch 1992 zu lebenslanger Haft verurteilt stirbt 2001 im Gefängnis

Beginn der Restrukturierung der Verstaatlichten und erste Privatisierungsschritte bereits in Kleiner Koalition SPÖ – FPÖ (Sinowatz), durch fehlgeschlagene Spekulationsgeschäfte unter Vranitzky Revision der Politik gegenüber der Verstaatlichten > Privatisierung

Exkurs Verstaatlichte: Verstaatlichte übertraf anfangs das Wachstum der privaten Industrie deutlich, wurde zur Speerspitze des Exports und subventionierte die Privatindustrie durch unter dem Weltmarktniveau liegende Preise ihrer Produkte im Inland

Insbesondere Eisenindustrie (Hälfte des Produktionspotenzials), Aluminium- und Stickstoffindustrie Träger der Expansion

Rasche Abschwächung der Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten Anfang der 60er und Umschlagen der Märkte hin zu Fertigwaren bewirken Änderung

60er Jahre in Verstaatlichter zw. 100 und 112.000 (17 und 18% aller) Industriebeschäftigten

1990 nicht ganz 64.000 Beschäftigte und 12%

Verstaatlichte erwirtschaftete bis zu 25% des Umsatzes der Industrie, 1990 17,4%

Gemeinwirtschaftliche Aufgabe: Hauptaugenmerk auf Beschäftigung und angemessenem Einkommen

bei Reorganisationsmaßnahmen oft Koalition aus Betriebsräten und Landesregierungen

dazu kamen nach Auslaufen der ERP-Hilfe Finanzierungsschwierigkeiten

auch Konzentrationen innerhalb Konzerns eher Belastung – führen nicht zu Rationalisierungen (ähnliche Fehlentwicklung wie bei Banken in 1. Rep.) Große Stahlfusion von VOEST und Alpine Montan Gesellschaft, Böhler und Schoeller-Bleckmann, Buntmetallfusion von Ranshofener und Berndorf , Zusammenführung von ÖMV und Linzer Stickstoffwerken

Trotz Milliardensubventionen an Verstaatlichte rechtzeitige Modernisierung und Strukturverbesserung verabsäumt

Rückschläge beim Export

Managementfehler zu langes Festhalten an traditionellen Produktionsprogrammen und Produktpaletten überhastete Internationalisierung AMAG Ranshofen machte als einziger verstaatlichter Betrieb Gewinne, die das Unternehmen zu verhängnisvoller internationaler Einkaufstour veranlassten ab 1987, im halbstaatlichen Bereich der Steyr-Daimler-Puch-AG ebenfalls Auslandsengagements schwere Verlustbringer, Eumig und Klimatechnik Katastrophen hätten verstaatlichte Länderbank fast ins Verderben gerissen

1985/6 fehlgeschlagene Ölgeschäfte der Intertrading

zunächst Phase der Umstrukturierung (ÖIAG > Austrian Industries AI), dann ab 1993 Welle von Privatisierungen – Kernbereiche der industriellen Wertschöpfung sollen in mehrheitlich öst. Besitz bleiben

Börsegang der VA Stahl 1995

Abgabe der Austria Metall AG an Gruppe Hammerer Turnauer

Privatisierung der Salinen AG 1997, der Austria Tabak AG um Jahrtausendwende

Anfang der 80er Austrokeynesianismus an Grenzen angelangt schwere Rezession der Weltwirtschaft und explodierende Staatsverschuldung erzwingen 1981-85 Übergang zu restriktiver Geldpolitik mit rasch steigenden Zinssätzen

Firmenzusammenbrüche, Anstieg des Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit, nach Babyboom der 60er, Geburtenrate in 70ern Tiefststand > beides zusammen Staatsverschuldung und langfristige Krise der Pensionssicherung durch Überalterung bewirken Anspannung des sog. Generationenvertrags

Österreichisches Arbeitsmarktwunder bzw. Ära der Vollbeschäftigung zu Ende, ab 1982 steigende Arbeitslosigkeit (Arbeitslose in % des Angebots an Unselbständigen – UsB + Arbeitslose)

Arbeitslosenquote in Österreich

1951 - 2007

Öst.\* Int.\*\*

1951-60: 5,8

1961-70: 2,5

1971-80: 1,7

1981: 2,4

1983: 4,5

1985: 4,8

1987: 5,6

1989: 5,0

1991: 5,8

1993: 6,8

1995: 6,6 3,9

1997: 7,1 4,2

1998: 7,2 4,2

1999: 6,7 3,7

2000: 5,8 3,5

2001: 6,1 3,6

2002: 6,9 4,0

2003: 7,0 4,3

2004: 7,1 4,9

2005: 7,3 5,2

2006: 6,8 4,7

2007: 6,2 4,4

\* vorgemerkte Arbeitslose in % des

unselbstständigen Arbeitskräftepotenzials

(= usB + vorgAl)

\*\* in % der Erwerbspersonen (Erwerbs-

tätige und Arbeitslose) – internationale

Berechnung ILO

Arbeitslosigkeitsrisiko höchst ungleich auf Bevölkerungsgruppen verteilt: Frauen, ältere Menschen, Jugendliche vor Arbeitseinstieg, Arbeiter/innen, Ausländer/innen, schon lange aus dem Arbeitsprozess Ausgegliederte, Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe haben, Sozialhilfeempfänger, Obdachlose, Mindestrentner

Enger Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Verarmung

Wir stehen vor der absurden Situation, dass die Produktionskapazitäten enorm angewachsen sind und bei einer gerechten Verteilung dadurch jeder Person ein menschenwürdiges Leben garantiert werden könnte, das zur gleichen Zeit für immer weniger Menschen gewährleistet wird (Alfred Dallinger 1985, Sozialminister)

**Neue Armut** Armutsgefährdungsschwelle 60% des Medianeinkommens von ung. 770 Euro bzw. soziale Ausgrenzung in Form verminderter Konsumchancen, Trennlinien zw. Arm und Reich entlang der Wohnungsgröße bzw. -ausstattung, der Art und Zahl der sozialen Kontakte der Objekte der Freizeitgestaltung und der Konsummöglichkeiten (Auto oder kein Auto, Urlaub oder kein Urlaub)

Besonders armutsgefährdet Familien mit mehreren Kindern, Alleinerzieher/innen, Sozialhilfeempfänger

Zweidrittelgesellschaft ist weiblich: geringere Einkommen und Pensionen, viele Frauen ohne eigenen Pensionsanspruch, auf Witwenpension bzw. Ausgleichszulage angewiesen

Hohe Verschuldungsrate, glz. Generation der Erben

Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaat an die **Grenzen der Finanzierbarkeit** gestoßen

dazu Einschränkung des nationalen Handlungsspielraums,

Schreckgespenst Globalisierung (Standortverlagerungen und Arbeitsplatzverluste, Zunahme der internationalen Kapitalströme, abnehmende Bedeutung nationaler Volkswirtschaften)

Maastricht Konvergenzkriterien 3% des BIP Defizitquote; 60% Verschuldungsquote

**Öffentliches Defizit und öffentliche Verschuldung** wichtige Indikatoren für Beurteilung der Lage der öffentlichen Haushalte

Anteil der Staatsausgaben am BNP

1880 11,7

1900 15,0

1913 18,5

1925 13,7

1930 19,8

1952 26,6

1967 29,3

1983 32,9

Stiefel, Große Krise, 2

Bedeutungszuwachs der Sozialpolitik goldenes Zeitalter des Sozialstaates Sozialquote (Summe der Sozialausgaben im Verhältnis zum BIP) 1955 16% des BIP, 1970 21%, 1980 26,7% Höchstwert 1995 29,2% seither leicht rückläufig, 2001 29,1% - bei Sozialausgaben liegt Österreich mit rund 28, 29% im EU Durchschnitt (umfassen Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung, Fürsorge von Bund und Ländern, Familien und Geburtenbeihilfe sowie Pensionen öffentlich Bediensteter – rund drei Viertel entfallen auf öff. Pensions- und Gesundheitsausgaben fast marginal Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenentgelt, die aber trotzdem Ziel aller Debatten über den Missbrauch des Sozialstaats sind – EU-weit Österreich bei Pensionen und Hinterbliebenenrenten weit über EU Durchschnitt, auch bei den Ausgaben für Familien Österreich im Spitzenfeld) leichter Rückgang eher auf kurzfristige Einsparversuche als auf Strukturreformen zurückzuführen

Finanzierung der Sozialleistungen zu 38% durch Sozialbeiträge der öffentlichen und privaten Arbeitgeber, zu 27% durch Sozialbeiträge der Versicherten, zu 33% aus Steuermitteln - ohne Sozialleistungen hätten 43% der Bevölkerung ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle

Öst. Sozialstaat Sozialstaat konservativ-korporatistischer Prägung

Zugang zum Leistungssystem sozialer Sicherheit über Erwerbsarbeit und Ehe

Teil der Bevölkerung von eigenständiger sozialer Sicherung ausgeschlossen Frauen mit familiärer Arbeit, Kinder als Mitversicherte bzw. Hinterbliebene in Sozialversicherung integriert

Äquivalenzprinzip und Lebensstandardsicherung

Äquivalenzrelation zw. Höhe und Dauer der Beitragsleistung und der Höhe der finanziellen Sozialleistungen Prinzip dominiert bei Geldleistungen in Krankenversicherung, beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe sowie bei Alterspensionen

Sozialversicherung reproduziert Einkommensungleichheiten und unterschiedliche Dauer der Arbeitsbiografien, damit insbesondere geschlechtsspezifische ökonomische und soziale Ungleichheit

Organisation und Finanzierung

Legislative Kompetenzen des Bundes (Sozialversicherung, Arbeitsrecht, Arbeitsmarktpolitik, Familienleistungen) und der Länder (Sozialhilfe, teils Pflegevorsorge, teils familienrelevante Leistungen)

Form der Finanzierung ist die des Umlageverfahrens, laufende Ausgaben einer Periode durch laufende Einnahmen aus derselben Periode gedeckt, Einnahmen aus Beträgen der Versicherten aufgebracht, die damit wieder Ansprüche auf zukünftige Altersversorgung erwerben > derart institutionalisierte Generationenverhältnisse mit Begriff Generationenvertrag bezeichnet

Starke Abhängigkeit von Altersstruktur der Bevölkerung

Ausweitung der Leistungssystem der Sozialversicherung hinsichtlich Umfang und Niveau

Exkurs: Konstituierung der Sozialversicherung in 1880er Jahren

Kranken- und Unfallversicherung 1887/88 für ArbeiterInnen und Betriebsbeamte > Grundstein einer an bezahlte Arbeit bzw. Erwerbstätigkeit gebundene Sozialversicherung, glz. In ersten Ansätzen Grundlegung der staatlichen Regelung der Arbeitsbedingungen (11-Stunden-Tag)

1906 Alters(Pensions)versicherung für Privatangestellte

erst mit der Reichsversicherungsordnung 1939 auch für Arbeiter gesetzliche Alters- und Invalidenversicherung; 1958 gewannen die Selbständigen ihr Pensionsrecht

Bauern 1970 einbezogen

1890 6,8% der Bevölkerung krankenversichert, 1930 60%, 1948 63,5%, 1960 77,5%, 1979 99,3%

Einführung der Rentendynamik Mitte der 1960er Sicherung der Kaufkraft durch Anpassung der Leistungen an allg. Einkommensentwicklung und Inflation

Expansion der Leistungen der Pensions-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung (etwa Anspruchsdauer bei Kranken- und Arbeitslosengeld verlängert), Erweiterung des Leistungsspektrums (Anrechnung von Schul- und Studienzeiten in Pensionsversicherung, Unfallversicherung für Studierende)

Erweiterung des Arbeitsschutzes v. a. in Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Urlaubs

Enorme Ausweitung v. a. familienrelevanter Leistungen Kinder- bzw. Familienbeihilfen, Wochen- und Karenzurlaubsgeld, Mutterbeihilfen, Kinderzuschüsse in der Pensionsversicherung, steuerliche Familienförderungen

Probleme: Ungleichheit im Einkommen und in der Dauer der Integration in Erwerbsarbeit spiegelt sich in ungleichen Leistungen wider

ArbeitgeberInnenbeitrag basiert auf Lohnsumme, daraus resultieren hohe Belastungen für personalintensive, niedrige für hoch rationalisierte Unternehmen > strukturelle Finanzierungsproblematik in Österreich

Normalarbeitsverhältnis bildet Basis für Sicherung der materiellen Teilhabechancen und stellt dominanten Bezugspunkt dar > heute Erosion dieser Arbeitsplätze, Verbreitung davon abweichender sog. atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Zunahme geringfügig Besch., Teilzeitbesch. (fast Verdoppelung von 144.700 T-Besch 1974 auf 277.300 1993) und Erwerbslosigkeit

Probleme durch verändertes wirtschaftliches Umfeld BIPwachstum in 60ern durchschnittlich 4,7%, in 70ern 3,7%, in 80ern 2,3%, in 90ern 2,1%; internationale Vernetzung beträchtlich gewachsen, Standortwettbewerb damit gestiegen

Noch zentraler demografischer Wandel Alterungsprozess wegen gestiegener Lebenserwartung und wegen sinkender Geburtenhäufigkeit

Änderungen in der Erwerbsarbeit

Dadurch Finanzierungsprobleme in Pensionsversicherung

Gesamtzahl der Pensionen beträchtlich stärker gestiegen als Zahl der Beitragszahlenden – deutlich steigende Pensionsquote

Durchschnittliches Pensionsantrittsalter gesunken, glz. Erhöhung des durchschnittlichen Pensionsabgangsalters (d. h. des durchschnittlichen Sterbealters), Leistungsniveau bei Pensionsneuzugängen beträchtlich höher als bei Abgängen

Ausgrenzung aus Sozialstaat: Nichterfüllung der gesetzlich definierten Anspruchsvoraussetzungen einer bestimmten Dauer von Erwerbsarbeit, dann kein Arbeitslosengeld bzw. Notstand, 400.000 Frauen über 60 Jahre haben keinen eigenständigen Pensionsanspruch

geringfügig Beschäftigte nicht kranken- und pensionsversichert, wie freie Dienstnehmer und sog. neue Selbständige aus Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen

Transferarmut: Sozialleistungen bieten oft keine ausreichende materielle Absicherung gegen Verarmungsgefahr, niedrige und diskontinuierliche Einkommen schlagen in niedrigen Leistungen zu Buche

Annähernd jede zweite Alterspension von Frauen unter Ausgleichszulagenrichtsatz, doch selbst Bezug einer Ausgleichszulage verhindert Armut nicht

**Entwicklung der Wirtschaftssektoren, allgemeine Strukturmerkmale**

deutlicher Rückgang des Primärsektors; zunächst Ansteigen von Industrie/Gewerbe (anteilsmäßig bis 1971); eindeutiger Gewinner jedoch Dienstleistungen > Dienstleistungsgesellschaft, Angestelltengesellschaft, politisch Großparteien entwickeln sich Richtung Mittelstand

Stagnation in der Zwischenkriegszeit, sogar mit leichter Reagrarisierung, Primärsektor noch immer am stärksten, ab 1939 v. a. bis 1971 dramatische Rückgänge

* Zusammenbruch der Gesindeverfassung ab den 50er Jahren wirkt sich vor allem im Rückgang der familienfremden Arbeitskräfte aus

In Nazizeit bzw. nach 1945 einerseits verspätete Industrialisierung bis in 50er = Aufholprozess nach Stagnation der Zwischenkriegszeit; bei Absolutzahlen 60er negative Entwicklung, 70er wieder Aufschwung, bei Anteilen bis 70er Jahre Zunahme, danach Abnahme

Fortschreiten des Prozesses der Tertiärisierung

Sinkende Industriebeschäftigung von 671.000 1973 auf 480.000 1993

Im Tertiärsektor 1964 48,2% der unselbständig Beschäftigten, 1980 57,4%, 1990 63,6%, 1994 68,2%

**Entwicklung der Landwirtschaft**

Industrialisierung bzw. Modernisierung der Landwirtschaft: Teilung in industriellen Vorleistungssektor (Maschinenbau, Chemie, internationales Agrobusiness mit Saatgut und Samen) und einen Nachleistungssektor (Lebensmittelind., Großhandel) Vollmechanisierung und Motorisierung (Traktorenzahl steigt von 264.000 1971 auf 344.000 1993 - Verringerung der Erwerbstätigen von 971.000 1951 - 30,3% - auf 424.000 1971 und 192.000 1993 - 5,2%)

Von der Unter- zur Überversorgung: seit Mitte der 80er Jahre mussten ein Viertel der Milcherzeugung, ein Drittel der Rinderproduktion und mehr als ein Viertel der Getreideproduktion exportiert werden

Eingriffe in Landschaft: Geländekorrekturen und Flurbereinigungen

ökologische Folgen katastrophal

Eigentliche Agrarevolution nicht auf Produktionsseite, sondern als gesellschaftlicher Modernisierungsprozess in Form der Entagrarisierung - von Öffentlichkeit weitgehend unbemerkte Abnahme der Agrarbevölkerung um mehr als eine Million Menschen durch zügige Mechanisierung

Jedoch Zahl der aufgegebenen Betriebe relativ bescheiden, konkret Verlagerung aus Vollerwerbsbetrieben in Richtung Nebenerwerbsbetriebe, Österreich Land der Nebenerwerbslandwirtschaft par excellence

2 Spezifika 1. partieller Einkommenstransfer aus nichtlandwirtschaftlicher Berufstätigkeit in technologische Aufrüstung der Betriebe, 2. Arbeit in Nebenerwerbsbetrieben vielfach von Frauen betrieben

Grenzen zw. den Sektoren verschwimmen, Zuordnungen nicht immer eindeutig, 1996 arbeiteten rund 158.000 Personen direkt in der Land- und Forstwirtschaft, 650.000 (20% aller Erwerbstätigen) wurden jedoch dem österreichischen Agrarkomplex insgesamt zugerechnet, einerseits dem Agrarbereich vorgelagerte Tätigkeiten, v. a. aber nachgelagerte 475.000 in Bereichen Vermarktung bzw. Verarbeitung

Landwirtschaft in der Nachkriegszeit charakterisiert durch im Vergleich zu den Weltmärkten hohe Agrarpreise, ferner ein restriktives Importregime, administrative Angebotskontrollen und Exportsubventionen abgesichert > durch EU-Beitritt österreichischer Weg der Agrarpolitik zu Ende

**Industrieentwicklung**

Österreichs bedeutende Industriebranchen (Anteile nach Produktionswert)

Industriebereich 1956 2004 1956 2004

% des Produktionswertes % der Beschäftigten

Basisindustrien 28,7 16,7 23,5 10,7

(davon Eisen- und Stahlproduktion 8 5,5 7,3 3,5)

Trad. Konsumgüter 30,5 13,1

(davon Textil 12 2,2 13 3,6

Nahrungs-/Genussmittel 13,6 8,7 )

Techn. Verarbeitungsprodukte 21,7 47,5 24,8 48,3

(davon Maschinenind. 6,2 13,6 9,2 15,7

Fahrzeugind.

Elektroind. 4,5 10,5 8,2 13,1

Eisen-/Metallwarenerz. 6,7 9,7 7,3 11,8)

Stärke der österr. Industrie liegt in mit Grundstoffindustrie verbundener Verarbeitungsstufe (Maschinen-, Fahrzeug(bestandteile), Eisen- und Metallwaren, Elektrogeräte – ihr Produktionsanteil steigt zw. 1956 und 2004 von 21,7 auf 43,6%) bei gleichzeitigem Fehlen eines starken Schwerpunkts im modernen High Tech Bereich, große Spezialisierung auf Branchen mit mittlerem und niedrigem Technologieniveau

Industrie stark grundstofflastig, obwohl Produktionsanteil von 28,7 auf 16,7% zw. 1956 und 2004 zurückging

in klassischen Konsumgüterbereichen ebenfalls stark vertreten, in Nahrungsmittelind. z. T. durch Verknüpfung mit Agrarsektor der freien Preisbildung entzogen > EU-Beitritt bringt Überlebenskampf, auch in Textil- und Bekleidungsindustrie

Dynamisch wachsend:

Chemische Industrie (2004 mehr als ein Zehntel von Produktionswert und Beschäftigung - vielfach eher low tech-Produkte z.B. Reifen Semperit, Zellulose Lenzing, auch hier Umstrukturierungsprozess)

und Bauzulieferbranchen

Bauwirtschaft trotz stattlicher Größe zu klein, um bei international ausgeschriebenen Großprojekten mitbieten zu können, Sparkurs des Staates trifft Baubranche mit Kürzung der Infrastrukturmaßnahmen, neues Potenzial etwa umweltrechtliche Auflagen auf staatl. Investitionen beim Abwasserbau

Schoeller größter öst. Privatkonzern

Erfolgsgeschichten Karl bzw. Emil Alexander Kahane Montana AG, Jungbunzlauer, Bankhaus Gutmann, Terranova; Herbert Turnauer in 30ern kleine Lackfabrik, nach 1945 Industrieimperium 1969 Constantia Industrieholding, 1986 Constantia Privatbank,

Erfolgsstory Red Bull

Von der Krise in den Erfolg: Swarowski; Berndorf 1988 Management Buy-out leitet Erfolg ein; wechselhafte Geschichte von KTM

Vom raschen Erfolg zum raschen Misserfolg: Geschichte der österreichischen Schiindustrie, Arnsteiner (Blizzard), Rohrmoser (Atomic)

Weiterhin enge Beziehung zw. Banken und Industrie Pleiten von Klimatechnik und Eumig bringen Länderbank ins Trudeln

Viele Unternehme/r/n ergriffen Chance auf globale Expansion in gut gewählten Marktnischen Doppelmayr Gruppe Seilbahnen, Plasser & Theurer Gleisbaumaschinen > Österreich oft als Weltmeister in schrumpfenden Branche n bezeichnet bzw. sehr oft führend in Nischenproduktionen

neue Versuche: Stichwort Cluster in automotiver Industrie > v.a. Steiermark versucht sich als High-Tech Standort zu etablieren Automobil Cluster Styria (Eurostar Werk, Steyr-Fahrzeugtechnik, Magna, Motorenschmiede AVL List), oberösterreichischer Automobilcluster (um BMW-Motoren, Steyr Nutzfahrzeuge und VA Stahl)

Städte in zunehmender Standortkonkurrenz Konzentration auf Standortvorteile, Wien z.B. Creative Industries

**Industriestruktur** in 1. und 2. Republik erstaunlich hohe Kontinuität trotz Verschiebungen

Bedeutung nach Fachverbänden nach

Produktionswert 1999 Beschäftigung

Elektro- u. Elektronikind. Maschinen/Stahlbauind.

Maschinen/Stahlbauind. Elektro- u. Elektronikind.

chem. Ind. Eisen-/Metallwarenind.

Nahrungs- und Genussmittel chem. Ind.

Fahrzeugind. Nahrungs-/Genussmittel

Eisen-/Metallwarenind. Bauind.

holzverarb. Ind.

Fahrzeugind.

Wirtschaftsstandort Österreich: Österreich hat seine Rolle als Standort für Massenproduktion ausgespielt, chancenreicher Konzentration auf technisch anspruchsvolle high-tech-intensive Produkte, für klassische Massenproduktion Österreich keine Standort, dies zeigen Beispiele der Textil- bzw. Bekleidungsindustrie, Textil innerhalb von 50 Jahren auf 20% der Beschäftigung

**Dienstleistungen**

Nachtrag quartärer Sektor Regierungs-, Forschungs-, Informations- bzw. Finanzsektor ganz eindeutig auf Wien konzentriert)

Es wachsen insbesondere industrie- oder produktionsnahe Dienstleistungen, z. B. Bewachung der Produktionsanlagen, techn. Planung, Werbung Datenverarbeitung, Unternehmens-Steuer- und Rechtsberatung

Banken ab 80ern Abverkauf von Firmenbeteiligungen, zugleich Erschließen neuer Dienstleistungen Wertpapierhandel, Waren- und Finanztermingeschäfte, Versicherungs- und Immobilienmarkt

Starker Konzentrationsprozess etwa bei Banken, aber dennoch keine wirklich bedeutenden player

Im Handel traditionelle kleinbetriebliche Struktur des Einzelhandels beseitigt, erstaunliche Konzentration von Rewe (Billa), Spar, Hofer (insb. nach Auflösung des Konsums, über 800.000 Mitglieder, fast 20.000 Beschäftigte, Umsatz 1988 nur um 4 Mrd. S niedriger als VOEST Alpine bzw. um 3 Mrd. S mehr als ÖBB)

Sieg des Filialsystems, der Supermärkte und Selbstbedienung, nicht nur Greißlersterben, sondern schwere Einbußen im kommerzialisierten Gewerbe (Hutmacher, Schirmerzeuger, Taschner) > Gewerbeentwicklung verweist darauf, dass wir es im sekundären Sektor nicht nur mit De-Industrialisierung sondern auch mit Entgewerblichung zu tun haben

Weiterhin **Tendenz zur Konzentration,** in Medienlandschaft, im Einzelhandel, auch in Bankenlandschaft Aufstieg der Zentralsparkasse zur Bank Austria Creditanstalt (zunächst Länderbank, dann Creditanstalt werden übernommen führt 1997 zu schwerer Verstimmung in Koalition, später an Hypo Vereinsbank und letztlich an Uni Credit), in Bauwirtschaft Porr AG und Bau Holding beschäftigen rund ein Drittel der 130.000 Beschäftigten und erbringen rund ein Drittel der Bauleistung

gleichzeitig „Ausverkauf“ vieler heimischer Firmen: BILLA, BankAustria, Ankerbrot, Thonet, BAWAG, Perlmooser, Semperit, Schiproduzenten Atomic und Kästle

vergleichsweise **hoher Anteil ausländischer Eigentümer** (insb. aus Deutschland, dann Schweiz und Niederlande) – besonders hoch im Handel und im Versicherungs- und Kreditwesen; Österreich starke Rolle in Zentral- und Osteuropa (besonders in Ungarn, Slowenien und der Slowakei)

Internationalisierungsprozess hat sich seit Ostöffnung bzw. durch gesteigerte Globalisierung massiv verstärkt sowohl in Bezug auf ausländische Investitionen in Österreich (passive Direktinvestitionen) wie auch in Bezug auf öst. Investitionen im Ausland (aktive Direktinvestitionen) – passive meist deutlich höher als aktive (1999 Bestand 320 Mrd. S passiv gegenüber 240 Mrd. S aktiv)

Aber Aufholprozess öst. Direktinvestitionen im Ausland

Insgesamt weiterhin stark mittel- bis kleinbetriebliche Struktur, Österreich kaum Konzern- oder Markennamen von globaler Bedeutung, Nachteil bei gegenwärtiger Globalisierung bzw. zunehmender Internationalisierung, zugleich aber verstärkte Internationalisierung auch öst. Unternehmen seit 1990ern

**Herausforderung Ökologie**

Energiemäßig relativ günstiger Anteil erneuerbarer Energieträger, 2001 Wasserkraft und erneuerbare Energie 71% der österreichischen Energieproduktion, diese deckte aber nur noch 32% des inländischen Bruttoverbrauchs, damit steigende Importabhängigkeit von Erdöl bzw. -gas

große Bedeutung der Wasserkraft, Umbau von Kohleversorgung nach 1918

Zunächst nach 45 Österreich Stromexportland, 1958 Wende durch Verbilligung ausländischer Energie, durch Abnahme eigener Lagerstätten v. a. aber durch massiven Verbrauchsanstieg nahm Importabhängigkeit zu

Energieverbrauch

Zunächst Kohle und Brennholz, dann Verlagerung auf Erdöl und Gas durch niedrige Öl- und Gaspreise - Konzentration auf kalorischen Kraftwerksbau, Ölpreisschock 1973/75 erzwang Verlagerung auf Wasserkraft, 1978 Absage an Atomkraft

Österreichischer Stromverbrauch stieg zwischen 1947 und 1995 um das 15-fache, Inlandsstromverbrauch pro Einwohner um das 13fache

Niedrige Energiepreise tragen zunächst zu Fortschritt und dessen Verbreiterung bei, bergen jedoch Gefahrenpotenzial > Wegwerf- und Überflussgesellschaft

Auf einigen Gebieten Österreich Vorreiterrolle, z. B. Seenreinhaltung, nicht ganz so erfolgreich bei zentralen Luftindikatoren in Großstädten u. Transitvertrag, Zurückbleiben bei Umweltverträglichkeitsprüfung und Abfallentsorgung

Eigene Umweltschutzindustrie – Umweltschutzmaßnahmen beanspruchen rund drei Prozent des BIPs – Schwerpunkte: Gewässerschutz (insb. Abwasserbeseitigung), Luftreinhaltung und Abfallbeseitigung

**Vergangenheitsbewältigung**

Gründungsmythos der 2. Republik Opfermythos (basierend auf Moskauer Deklaration 1943) – breite Opfermehrheit von überlebenden Soldaten und der Homefront-Generation begräbt Gräben der Konflikte der Zwischenkriegszeit, Österreich auch aus Kriegsschulddiskussion herausgenommen

große Bedeutung für Identitätsstiftung ähnlich Heimatkultur der 50er Jahre: verkitschte Reproduktion einer artifiziellen Volkskultur wichtig für Identitätsbildung, v. a. für Abgrenzung von Deutschland

Etappen

1965 Borodajkewycz-Affäre

1970 in Kreisky Regierung 4 Minister mit NS-Vergangenheit

1975 Kreisky-Peter-Wiesenthal

1986 Waldheim-Affäre

1988 Thomas Bernhards Heldenplatz, Mock und Haider für Aufführungsverbot, Vizekanzler für Publikumsboykott, Haider erklärt öst. Nation zur „ideologischen Missgeburt“

1991 Lob Haiders für ordentliche Beschäftigungspolitik des NS; Erklärung Kanzler Vranitzkys vor österr. Nationalrat: Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reiches beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle

Mit erhöhter Arbeitslosigkeit (und Zuwanderung) Zunahme der Fremdenfeindlichkeit 1993 FPÖ-Volksbegehren zur Ausländerpolitik mit Titel Österreich zuerst (417.000 Stimmen) Reaktion Gründung des LIF, Lichtermeer, Ende 1993 (-1997) Beginn der Briefbombenserie – Beginn der Schmarotzerdiskussion bzw. Diskussion um Grundeinkommen/Basislohn

Zorn bzw. Ohnmacht insb. der Modernisierungsverlierer

**Paradoxa**

Enorm rasche Identitätsbildung einer kleinstaatlich organisierten Gesellschaft

Kleinstaat bedeutet soziale, ökonomische sowie politische Sicherheit, heute angesichts EU bedroht, v. a. durch Ostkonkurrenz

Eben errichtete nationale Identität befindet sich heute in Konkurrenz zu drei massiven Änderungen der sozioökonomischen Rahmenbedingungen: je stärker Globalisierung, europäische Integration und europäische Erweiterung Lebenswelten der Menschen erreichen > desto intensiver Rückzug auf nationale Identitätscluster, stärker werdende Identifikation mit Heimatorten und Regionen, Rückgriff auf enge und traditionelle nationale Wertsysteme

Derzeitiges Manko stärkere emotionale Bindung an europäische Institutionen

Diskussion um Staatsnation als politische Willensgemeinschaft betont politische Gemeinsamkeit aller auf dem Territorium des Staates lebenden Bürger im Gegensatz zur Kulturnation, österreichische Gesellschaft, (groß)teils auch Parteien forcieren deutlich kulturnationale Elemente

Österreich betrachtete sich (bereits in der Zwischenkriegszeit) nicht mehr als Einwanderungsland, sondern als neutrales Asylland: Flüchtlinge sollten nicht primär in Österreich integriert werden, sondern möglichst rasch weitergereicht werden, das Image sah anders aus, 1956 Ungarn, 1968 oder 1981 (Kriegsrechtsverhängung in Polen), jedoch auch da eher Transitland

Mit Ende des Kalten Krieges heftige Flüchtlingsdebatte, Szenario einer Bedrohung aus dem Osten

Relativ hoher Ausländeranteil, jedoch hohes rassistisches Potenzial, Angst und Ablehnung besonders dort stark, wo kaum Ausländer leben

**Bevölkerungsstruktur**

Geburtenziffer folgte bis 1950 politisch-ökonomischen Krisen, drei Tiefpunkte 1. WK, Jahre der Weltwirtschaftskrise, Ende des NS-Regimes, ab 2. Hälfte 20 Jh. setzt sich rationale Lebensplanung , d. h. auch Familienplanung, zunehmend durch deutlich abnehmende Geburtenraten (Gründe: steigende Frauenerwerbstätigkeit, erweiterte Möglichkeiten der Empfängnisverhütung, Fristenlösung)

insb. seit 70ern > steigendes Durchschnittsalter, machen Einwanderung unerlässlich > Pensionsproblem: Anzahl der Pensionsbezieher von 339 1960 auf 487 Pensionen 1970 je 1000 Beitragszahlende/Versicherte über 522 1980 auf 624 2003 angestiegen (dahinter u. a. stetiges Sinken des Pensionsantrittsalters 1970 60,4 Frauen, 61,9 Jahre Männer, 2001 57,3 Jahre Frauen, 58,7 Männer – für Altersvorsorge u. Gesundheitssystem drastische Verschärfung ab etwa 2020, wenn Baby-Boom-Generation in Pension geht

betriebliche und private Altersvorsorge werden staatliches Pensionssystem ergänzen müssen

Wandel der Familienstrukturen: durchschnittliche Haushaltsgröße sank von 4,7 Personen 1910 auf 2,5 P. 1991, Ausformung der modernen Kernfamilie, bis Mitte der 70er goldenes Zeitalter der Eheschließungen und des Lebens in der Kleinfamilie, gleichzeitig immer stärkere Zunahme von Singlehaushalten (1951 17,5% aller Haushalte, 1990 27,9% 2007 35% - einerseits bewusste Entscheidung, aber auch viele ungewollte Einzelhaushalte – sinkende Zahl von Eheschließungen gegenüber drastisch ansteigender Zahl von Scheidungen Gesamtscheidungsrate 13,8% 1961 26,5% 1981 43,1% 2000)

zwischen 1961 und 2001 ist die Bevölkerung Österreichs um 13% gewachsen, die Zahl der Haushalte hingegen um 40%, die der Wohnungen um 60%

Hohe Zahl unehelicher Geburten Begünstigung durch staatliche Unterstützungen – Fortsetzung traditioneller Illegitimitätsmuster

Beteiligung an stiller demographischer Revolution

drastischer Rückgang der Fertilität unter Reproduktionsniveau,

Anstieg der Lebenserwartung,

Alterung der Bevölkerung, troisième age aus Erwerbsleben ausgeschiedene Bevölkerung, Bevölkerung über 75 quatrième age wachsende Pflegebedürftigkeit

postindustrieller Lebensstil mit Zunahme der Scheidungshäufigkeit und Zunahme von Single-Haushalten

Bedeutungsverlust der Kernfamilie, Verkleinerung der Haushalte

**Regionale Verlagerung** der Bevölkerung:

Ostösterreich von 57,2% 1910 auf 47,5% 1951 und auf 42,1% 1991 gesunken, danach wieder leichter Zuwachs auf 42,6% 2006- Wien 1910 allein 31,4%, 1991 19,7%;

Bevölkerungsanteil von OÖ, Salzburg, Tirol und Vorarlberg hingegen von nicht ganz einem Viertel 22,8% 1910 auf mehr als ein Drittel (36,1 % 2006) angewachsen zunächst insb. bis 1955 Ost-West-Wanderung, heute auf massiver einsetzende Geburtenbeschränkung zurückzuführen

Ähnliche leicht abgeschwächte Entwicklung bei Anteilen BIP (Ostösterreich 1965 Hälfte des BIPs, 1990 nur mehr 46,7%) bzw. Fremdenverkehr: hier insbesondere herausragendes Wachstum Tirols – mehr als ein Drittel am öst. Fremdenverkehr, trotz in letzter Zeit rückläufiger Tendenz auch Kärnten, große Verluste NÖ und OÖ

Stadtwanderung > Stadtflucht und Suburbanisierung, Counterurbanization = chaotische Urbanisierung des ländlichen Raums zum Teil parallel mit Aufspaltung der Wohnfunktion = Ausbildung von Zweitwohnungsregionen dadurch entsteht Bevölkerung auf Zeit

Anteil der in Eigentum befindlichen Wohnungen hat von ungefähr einem Drittel 1951 (35,6%) auf die Hälfte 1993 zugenommen

Nahezu Komplettausstattung mit Bad, Nutzfläche stieg von 58 auf 96m²

Verkehr technische Schwierigkeiten und hohe Kosten, Mangel an durchgehenden Bahn- und Straßenverbindungen zw. W und O, überwiegend zerstreute Siedlungen und kleinbetriebliche Strukturen begünstigen Individualverkehr

Problematik Personennahverkehr, dazu hohe Umweltbelastung durch Transitverkehr Alpentransversalen Brenner bzw. Tauern, Trasse durchs Alpenvorland

PKW Zahl von 22000 1931 auf 404000 1960 und auf 3,368 Mio 1993

**Vergleich der wirtschaftlichen Performance zwischen der 1. bzw. 2. Republik**

Größte Erfolgsstory Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft

Schätzung Seidel 1952 nach Schillingstabilisierung Geldvermögen privater Haushalte auf 5% des BIP geschätzt, 2004 130 Prozent

1918 und 1945 Desintegration, aber mit unterschiedlichen Auswirkungen

beide Male Inflation – nach 1945 schneller beseitigt > aber rascher Wiederaufbau auf Konsumverzicht (Währungsreform) basierend

beide Male Auslandshilfe – Marshall-Plan weit wirkungsvoller – indirekt ähnlicher Zwang > Westorientierung

unterschiedliche psychologische Ausgangssituation Diskussion über wirtschaftliche Nichtlebensfähigkeit, dahinter pessimistische Einschätzung des Kleinstaates insgesamt – Österreichbewusstsein muss erst entwickelt werden

nach 1945 „Überwindung des Lagerdenkens“ – dazu verhilft auch Opfermythos

Konsensbereitschaft findet auch in Sozialpartnerschaft Ausdruck

unterschiedlicher Wirkungsgrad der internationalen Institutionen

bessere Koordination der ökonomischen Beziehungen über eine Reihe supranationaler Institutionen GATT, IMF, Weltbank internationales Währungssystem – Marshall-Plan Grundlage eines neuen World Systems unter US-amer. Herrschaft

Grundlage stabile pluralistische Demokratien

unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzepte

Keynesianimsus (in unterschiedlichen Ausprägungen) setzt sich nach 1945 durch (bis etwa 1980)

**Hauptfaktoren der öst. Politik-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung:**

**Enge Verflechtung von Banken, Industrie und Staat – Konsens- bzw. Proporzdemokratie – Große Bedeutung von Parteien und Verbänden – Sozialpartnerschaft**

Enge finanzielle und personelle Verflechtung zwischen Banken und Industrie bzw. auch Wirtschaftsinstitutionen Charakteristikum der österreichischen Wirtschaftsentwicklung (ähnlich Deutschland) seit den 1880er Jahren: Banken bauen sich Industriekonzerne auf, unterstützen Industrialisierungsprozess, für den es nicht an Kapital generell, aber an Risikobereitschaft, in riskante Industrieanlagen zu investieren

mit Nachwirkungen bis heute: gering entwickelter Kapitalmarkt, gering entwickeltes Privatkapital (zeigte sich 1945 bei Verstaatlichung, zeigt sicher aber auch bei Privatisierungen), heute Politik der Veräußerung von Industriebeteiligungen

Verstaatlichungskonsens einer der Grundlagen für das korporatistische Wirtschaftsmodell

Verstaatlichte Industrie umfasste rund ein Fünftel der öst. Industrie (mehr noch bezüglich Exportanteil), besonders hohe Anteil ein Grundstoffindustrie (Kohle, Eisen, Stahl, Kupfer, Aluminium, Blei, Zink – Maschinenindustrie) –

1946 rd. 56.000 Besch., 1950 83.100, 1955 123.300 (rund 40% der verstaatlichten Unternehmen mit 28.000 Beschäftigten in Sowjetzone), 1960 130.900, bis Anfang 70er Abfall auf 110.760 1970, danach wieder leichter Anstieg auf 116.600 1980, 1985 102.160, 1990 83.100, 1993 64.900, 1995 18.900, 1999 1.200 (mit Mehrheitsbeteiligung der ÖIAG - unter Berücksichtigung von Minderheitsbeteiligungen 65.200)

Funktion der Subventionierung der Privatindustrie (Eisen und Stahl) wird zunehmend Hindernis für Weiterentwicklung (etwa auch der Produktpalette) – lange Zeit de facto Unkündbarkeit – Kreisky-Politik teuer, beispielsweise trotz Produktionsrückgängen in den 70ern kein Beschäftigtenrückgang, erst zu Beginn der 80er

Lösung der Probleme wird zunächst in Konzentration gesehen 1973 VOEST Alpine (Böhler, Schoeller-Bleckmann) insg. 67.000 Besch.; 1974/75 Gründung der Vereinigte Edelstahlwerke VEW

1974 stürzt europ. Nachfrage nach Stahl(produkten) ab, zw. 1973 und 1980 bleibt Beschäftigtenzahl des VOEST-Konzerns konstant

bis 1978 ausgeglichene Bilanzen – dann generell negative Ergebnisse, aber bis 1985 nicht katastrophal

1995 Verkauf der VOEST Alpine Stahl AG (Staat behält 43,3 % der Aktien)

**Konsens- bzw. Konkordanzdemokratie mit strengem Proporz**, wobei ursprüngliche Kontrollfunktion einer totalen Machtaufteilung wich, engmaschiges Beziehungsgeflecht zw. Interessenverbänden, Parteien und Staatsapparat > Ämterkumulierung

1949-1963 strittige Materien waren Koalitionsausschuss vorzulegen, von diesem ausgehandelte Regierungsvorlagen mussten von SPÖ- und ÖVP-Nationalräten einstimmig verabschiedet werden, zugleich Proporz für Verwaltungsposten in Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt

Um im öffentl. Dienst unterzukommen, um zu Wohnung oder Anstellung zu gelangen

Proporz im öffentlichen Sektor, bei Beamten und Lehrern, beim Management in Verstaatlichter, bei Gebietskörper-schaften, bei Sozialversicherung, beim ORF und neuerdings bei EU-Bürokratie

1947-1966 Herrschaft der Großen Koalitionen: 1947 beenden Kommunisten ihre Regierungsbeteiligung, nach Zeit der Großen Koalitionen Alleinregierungen bzw. Kl. Koalition, 1987-2000 neuerlich GK; nach Wahlerfolg der FPÖ 1999 (zweitstärkste Partei) 2000 Kleine Koalition ÖVP-FPÖ unter Schüssel > internationale Sanktionen; 2000 Zwangsarbeiterentschädigung, 2001 Rückerstattung geraubten jüdischen Vermögens

ÖVP 1945-70 Bundeskanzler, vier Jahre in Alleinregierung, 20 Jahre in Großer Koalition; SPÖ von 1970 bis 1999, 13 Jahre in Alleinregierung, dreizehn Jahre in Großer Koalition, vier Jahre in Kleiner Koalition mit FPÖ

Proporz- bzw. Konkordanzdemokratie

Ab Mitte der 60er stieg Anteil der Wechselwähler stark an Bruchlinie 70er

Erosion der politischen Lager(mentalität) ab Mitte der 1980er Jahre mit starker Umweltbewegung und einem erfolgreichen Rechtspopulismus um Jörg Haider und die FPÖ

Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit: Opposition gegen Zwentendorf und Kraftwerk in Hainburger Au, zwei Konfrontationen, in denen Sozialpartnerschaft große politische Niederlage erfuhr

Große Rolle dabei spielen Zeitungen, insbesondere Kronenzeitung, auffällig ist enorm hohe Medienkonzentration: Mediaprint (Kurier, Krone) seit kurzem mit News-Gruppe (News, profil, trend, Format, TV Media, Woman) vereint, Styria-Gruppe (Kleine Zeitung, Furche, Presse)

**Parteien- und Verbändestaat Österreich**

Österreich ist ein Parteien- und Verbändestaat par excellence mit bis zur Trendwende weitgehend verstaatlichtem Bankenwesen und verstaatlichter Großindustrie, ein Zuteilungsstaat mit den Regulativen der Sozialpartnerschaft und umfangreichen geschützten Sektoren des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, welche einen regionalen Disparitätenausgleich bewirkt und Segregationsprozesse hintangehalten haben.

straff zentralistisch organisierter Gewerkschaftsbund als unsichtbarer Teilhaber in der Regierung, große Bedeutung der Selbstverwaltungskörper mit Zwangsmitgliedschaft, Arbeiter-, Wirtschaftskammer

Sozialpartnerschaft eines der erfolgreichsten Beispiele eines korporatistischen Systems, lange wesentlich für Einkommens-politik und für Koordination konjunkturpolitischer Maßnahmen

Politische Landkarte ist föderalistisch differenziert Länder für Gestaltung der Kulturlandschaft und soz. Infrastruktur, Landesgesetze regeln Raumordnung und Raumplanung, Flächenwidmung, Spitäler und Volksschulwesen

Erfolg der Politik hohes Beschäftigungsniveau, geht zu Lasten der Einkommensverteilung, insbesondere Frauen schlechter bezahlt

Duale Ökonomie bzw. Arbeitsmarkt, großer geschützter Sektor 1988 über 40% dem geschützten Arbeitsmarktsegment zuzurechnen (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialvers., Interessenvertretungen und religiöse Einrichtungen, Gemeinwirtschaft) weiteres Kennzeichen geringe Mobilität

2. Republik am 27. April 1945 durch politische Parteien gegründet, deren Funktionen weit über Kernfunktionen von Parteien in Demokratien hinausgingen

> in Gerichtsbarkeit Verfassungsgerichtshof von ÖVP und SPÖ im Gleichgewicht besetzt

> in Medien, bis 1967 Radio schwarz, Fernsehen rot, auch fast alle Zeitungen so etikettiert

> in Wirtschaft detto, insb. durch Verstaatlichung

der politische Minderheiten ausschließende Aspekt der Konkurrenz- oder Mehrheitsdemokratie wurde ersetzt durch den Mehrheit und Minderheit aufhebenden Aspekt der Konkordanz- und Konsensdemokratie, nach Ende der Zeit der Großen Koalitionen 1966 erhielt Sozialpartnerschaft besondere Bedeutung

> auffallende Konzentration des Parteiensystems bis 70er Jahre 90% entfallen auf SPÖ bzw. ÖVP trotz deutlichen Merkmalen bzw. der Option eines Zweiparteiensystems mit Wechsel zw. Regierung und Opposition hielt Österreich an Großer Koalition fest

Wahlreform 1971 diente strategischer Option zugunsten einer Kleinen Koalition

auffallende Mitgliederstärke und Organisationsdichte der Parteien, viele Vorfeldorganisationen

> jede Partei verfügte über Jugend- und Seniorenorganisationen, Kultur- und Sportverbände

SPÖ 1949 614.366 1959 710.378, 1979 721.262, 1990 über 620.000, 1994 512.800, 2005 350.000

ÖVP steigt von 485.000 1949 auf 720.000 (1970 und 1979) 1994 579.000, 2005 630.000

Parteien der Zweiten Republik in auffallender personeller Kontinuität zu Parteien der Ersten Republik in ÖVP Leopold Figl, Leopold Kunschak, Julius Raab

Kurt Schuschnigg allerdings gebeten, nicht nach Österreich zurückzukehren - in Parteiname Distanzierung von Tradition des Politischen Katholizismus > bündische Struktur dominant

in SPÖ Kontinuität durch Karl Renner, Adolf Schärf, Bruno Kreisky steht als einer der wenigen für jene, die aus Österreich vertrieben worden waren

Politisch nach 1945 Konflikt zwischen rotem Wien und schwarzer Provinz abgeschwächt, 1945 Kärnten fällt an SPÖ, 1964 das Burgenland > SPÖ wurde zu gesamtösterreichischer Volkspartei, auf anderer Seite Urbanisierung der ÖVP

1975 Parteiengesetz öffnet direkter staatlicher Parteienfinanzierung Tür und Tor, damit aber auch andere Parteien verstärkt wettbewerbsfähig

VdU bzw. FPÖ können wegen Ausschlusses der Minderbelasteten bis 1949, der Schwerbelasteten bis 1955 nicht an Größe des alten deutschnationalen Lagers anschließen

FPÖ hat Mühe, die von den beiden Großparteien gemachte Erfolgsgeschichte mit zu vertreten, zu sehr fühlten sie sich von Anfängen und Eckpfeilern dieser Erfolgsgeschichte ausgeschlossen, erst als die Parteien immer weniger Zugang zu Posten und Karrieren, Wohnungen und Sozialleistungen kontrollieren konnten, ab ungefähr 1986, sichert Kritik am Proporzsystem auf einmal Erfolg

Funktionen und Strukturen des öst. Parteienstaates gleichen sich jedoch immer mehr anderen liberalen Demokratien an

**Sozialpartnerschaft**

große Zeit 1960-1975

Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft > zentral dabei informeller Interessen- und Konfliktausgleich

1945 Gründung einer straff und zentralistisch organisierten Gewerkschaftsbewegung SPÖ dominiert, 1946 Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hier ÖVP über Öst. Wirtschaftsbund entscheidende Positionen, mit Arbeiterkammern und Landwirtschaftskammern Netzwerk der Sozialpartnerschaft

5 Preis-Lohnabkommen 1947-51 erste Schritte in Richtung der österreichischen Sozialpartnerschaft

Institutionalisierung eines außerparlamentarischen Wirtschaftsdirektoriums (Präsident ÖGB, Vereinigung Österreichischer Industrieller, Arbeiterkammer, Bundeswirtschaftskammer) kritisiert als formale Desavouierung des parlamentarischen Systems

Streikwelle 1956 führt 1957 zur Einrichtung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen (Regierungsvertreter, ÖGB, Kammer der gewerblichen Wirtschaft, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer und der Arbeitkammer)

Prinzip der Einstimmigkeit, daher Zwang zum Kompromiss sowohl beabsichtigte Preiserhöhungen wie geplante Lohnforderungen müssen an Paritätische Kommission herangetragen werden

1962 Raab-Olah-Abkommen zur Stabilisierung der Löhne und Preise - Festlegung auf Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum

1963 dritter Unterausschuss der Paritätischen Kommission

Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen

Auf Olah folgt 1963 Benya, auf Raab Sallinger, beide 23 Jahre lang wesentliche Akteure in der Entscheidungsfindung

1959 Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden

Auswirkungen: bestimmte gesellschaftl. Positionen in der Bürokratie, der Sozialversicherung, der verstaatlichten und halbverstaatlichten Wirtschaft, den Banken über die jeweiligen Regierungsparteien zugewiesen > Patronagesystem

Gesellschaftliche Funktion Verhandlungseinigung über Lohnfragen, über Probleme des Arbeits- und Sozialrechtes

Grundlage. Pflichtmitgliedschaft in den Kammern – durch EU-Beitritt Einbuße an Regelungskompetenzen

Sozialpartnerschaft gehörte zu den international erfolgreichsten wirtschaftspolitischen Steuerungssystemen, sowohl hinsichtlich der Stabilisierungseffekte (Kombination niedriger Arbeitslosenquoten und Inflationsraten) aber auch unter längerfristigen Wachstumsaspekten > institutioneller Standortvorteil – Stabilisierung langfristiger unternehmerischer Erwartungen

Spezifíkum eines Verbandseinflusses auf Marktwirtschaft erfuhr in Österreich besondere Ausprägung durch mehrfache Personalunion von zentralen Akteuren der Sozialpartnerschaft in Regierung, Parlament und Interessenvertretung,

In 80ern, 90ern erste Krisensymptome der Sozialpartnerschaft 1978 Zwentendorf, 1984 Hainburg, bei Reorganisation der Verstaatlichten 1990er, in Frage der EU-Osterweiterung seit 1997/98, Scheitern der Sozialpartnerschaft an Pensionsreform 1997, zunächst Distanz SPÖ – Gewerkschaftsbewegung, durch Koalition ÖVP-FPÖ Achse ÖVP-Bundeswirtschaftskammer brüchiger

Positive Auswirkung: politischer Friede, geringe Streikintensität

Negativ: verlangsamter Strukturwandel, Behinderung von Importen zulasten der Verbraucher, wenig Preiswettbewerb bei Konsumgütern

**Vergleich des Wirtschaftswachstums**

**Österreich, BRD, europ. OECD-Staaten bzw. EU-15**

1913 – 2001 (durchschn. jährl. reales Wachstum des BNP)

Zeitraum Österreich BRD europ. OECD-Staaten

1913-1938 -0,4 1,2

1953-1962 6,3 6,8 4,8

1962-1967 4,3 3,6 4,4

1967-1974 5,2 4,4 4,6

1974-1979 2,7 2,8 2,5

EU-15

1961-1973 4,9 4,3 4,8

1974-1985 2,3 1,7 2,0

1986-1990 3,2 3,4 3,2

1991-1995 1,9 2,0 1,5

1996-2001 2,4 1,9 2,6

**BIP** real also preisbereinigt ist das BIP im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1993 um 3,8% jährlich gewachsen – höchstes Wirtschaftswachstum 6,5% real in 50ern, 4,7% in 60ern, 3,7% in 70ern, 2,3% zw. 1983 und 1993, danach um die 2%

**Österreichisches Struktur-Performance Paradoxon**

Gemeint ist damit Widerspruch zwischen dem Vorhandensein deutlicher Strukturschwächen der öst. Wirtschaft bei gleichzeitig positiver, überdurchschnittlicher wirtschaftlicher Performance

Öst. Produktionsstrukturen zeigen Übergewicht traditioneller, bestenfalls im mittleren Technologiesegment tätiger Firmen, relativ niedrige Forschungs- und Entwicklungsquote (dafür hoher Bildungsaufwand), geringe Patentaktivität, geringer Umfang von Venture-Capital Markt > öst. „Technologielücke“

Oft ist von Österreich als Weltmeister auf schrumpfenden Märkten die Rede

Strukturdefizite: Wertschöpfungsanteil besonders technologieorientierter Branchen unterdurchschnittlich > Problematik: Strukturdefizite in Form geringer Spezialisierung auf dynamische technologieorientierte Branchen belasten langfristige Wachstumschancen eines Landes

Pessimistisches Bild widerlegt durch günstige oder durchschnittliche Entwicklung von Einkommensniveau, Beschäftigung und Wachstum in den drei Jahrzehnten von 1970 bis 2000

BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten 1999 um 10% höher als EU-Wert

1970-2000 reales BIP pro Kopf um durchschnittlich 2,7% pro Jahr gewachsen, stärker als in der EU 2,4% bzw. in Deutschland 2,2% ; Beschäftigung 0,4 per anno wie EU, besser als Deutschland 0,3%

Reales BIP entwickelte sich v. a. in Phasen der Rezession günstiger als in den EU-Ländern trotz intensiver Außenhandelsverflechtungen und Exponiertheit ggüber int. Entwicklungen – Täler der Abschwungphasen (1975, 1981, 1993) weniger tief als in D oder EU

Wesentlicher Grund über das Sozial- und Steuersystem wirksame automatische Stabilisatoren (z. B. Abfederung von Einkommenseinbußen durch Arbeitslosenversicherung und Schwankung der direkten Steuerleistungen)

Österreich wies erheblichen Wachstumsvorsprung gegenüber EU in den 70ern auf, in 80ern und 90ern entsprach Wachstum lediglich EU-Durchschnitt (trotz deutscher Wiedervereinigung und Ostöffnung)

Österreichs hohe positive Wachstumsdifferenz gegenüber der EU ist einer durchschnittlichen Leistung gewichen – zusätzliche Wachstumseffekte durch catching up bereits ausgeschöpft, gesamtwirtschaftliche Belastung durch anhaltende Strukturdefizite zunehmend spürbar

Wachstumsperformance einer Volkswirtschaft von vielen, sich wechselseitig beeinflussenden Faktoren bestimmt

1)Wirtschaftsgeographie – Standort

2) Makropolitik

3) Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen

4) eine als „adaptive Spezialisierung“ umschriebene Form unternehmerischer Kompetenz

ad 1) Doppel-Integration durch EU-Beitritt und gleichzeitig enge Handelsverflechtungen mit ostmitteleurop. Ländern – attraktiver Standort profitiert von hoher Wirtschaftskraft in Süddeutschland und Norditalien wie von durch Ostöffnung freigesetzter Dynamik

Wechselkursbindung an DM, EU-Beitritt und Währungsunion

bedeutende integrationspol. Weichenstellungen – nächster Integrationsschub Osterweiterung (dazu Erschließung von Verkehrs- und Kommunikationswegen)

ad 2) Österreichs überdurchschnittliche Wachstumsperformance aus kohärentem System der makroökonomischen Steuerung erklärbar (antizyklische Fiskalpolitik, Inflationskontrolle durch Hartwährungspolitik – Vollbeschäftigung und Wachstum oberste pol. Priorität) Grundlagen eines eigenständigen Modells schrittweise abhandengekommen > Österreich nicht mehr in Aufholphase – nationale Handlungsspielräume in Geld- und Fiskalpolitik zunehmend beschränkt – makropolitische Steuerung Aufgabe der europäischen Politik mit neuem Abstimmungs- und Koordinationsbedarf

ad 3) Sozialpartnerschaft Vorteil hohe gesamtwirtschaftliche Reallohnflexibilität mit Rücksicht auf makroökonomische Ziele wie Beschäftigung und Inflationsentwicklung – Institution geriet zunehmend unter Druck – Konsensprinzip schwerfällig

Sozialpartnerschaft trug erfolgreich zu Stabilität und Kontinuität der makroökon. Entwicklung bei – wird aber für das Fehlen von Strukturreformen verantwortlich gemacht

ad 4) adaptive Spezialisierung > gute Einbettung der öst. Sachgüterproduktion in europ. Produktionsstrukturen – Fehlen technologieorientierter Branchen z. T. durch Qualitätsverbesserungen innerhalb bestehender Strukturen kompensiert, überdurchschnittliche Innovationsaktivität von Kleinbetrieben

Weltmeister auf schrumpfenden Märkten, Weltmeister auf Nischenmärkten